II.

**Zur Geschichte der Gerichtsverfassung Elbings
(Alt- und Neustadt).**

Von

Herrn Professor Dr. Wilhelm von Brünneck
in Halle a. S.**Vorbemerkung.**

Verglichen mit dem des magdeburg-kulmer Rechts, als des im Staate des Deutschen Ordens und in den preußischen Bischofslanden vorherrschenden Stadt- und Landrechts, war das räumliche Verbreitungsgebiet des lübischen Rechts in Altpreußen ein beschränktes. Es galt dieses Recht in einer verhältnismäßig geringen Anzahl von Städten: Elbing (Alt- und Neustadt), Braunsberg (Alt- und Neustadt), Frauenburg, Memel, Dirschau und Hela.

In Memel, Dirschau und Hela ist es noch vor dem Ausgang des Mittelalters wieder abgeschafft, und das magdeburg-kulmer Recht statt seiner eingeführt worden. Seitdem behielten allein noch die Städte Elbing (Alt- und Neustadt), Braunsberg (Alt- und Neustadt) und Frauenburg lübisches Recht. Es behauptete sich da bis zu der durch die erste Teilung Polens im Jahre 1772 herbeigeführten Einverleibung dieser Städte in das Staatsgebiet des Königreichs Preußen.

Ist darüber, welche Städte der heutigen Provinzen: Ost- und Westpreußen mit lübischem Recht bewidmet wurden, nahezu jeder Zweifel¹⁾ ausgeschlossen, so herrscht dahingegen Ungewißheit und Unklarheit über Maß und

¹⁾ Die Meinung, daß in Danzig und Konitz lübisches Recht eingeführt worden sei und längere oder kürzere Zeit Geltung gehabt habe, läßt sich nicht begründen. Wenn die danziger Bürger sich vom Rate der Stadt Lübeck die Ausfertigung einer Handschrift des lübischen

Tragweite der darin enthaltenen Vorschriften. Namentlich bedarf die Frage, welche Bedeutung das lübische Recht für die elbingsche Gerichtsverfassung gehabt hat, und ob und wie weit deren Entstehung und Fortbildung unter seinem Einfluß vor sich gegangen ist, oder aber von Anfang an oder im Verlauf der Zeit eine eigentümliche Form und Gestalt erhalten hat, der genauen Erwägung und Feststellung.

Wenn ich, soweit die Ergebnisse meiner Forschungen reichen, es versuche, die Geschichte der elbingschen Gerichtsverfassung von Zeit der Gründung der Alt- und Neustadt bis zum Jahre 1772 darzustellen, so bin ich hierzu dadurch ermutigt, daß sich mir die Möglichkeit eröffnete, neben und außer schon bekannten, jedoch bisher nur wenig benutzten Handschriften älterer Zeit, von dem Inhalte der Frauenburger Ratsakten aus der Zeit von 1645 bis zirka 1750¹⁾ Kenntnis zu nehmen und hierdurch von dem Vorhandensein eines Pfandbuches der Altstadt Elbing zu erfahren, dessen erste und älteste Bände anscheinend verloren gegangen sind und zum wenigsten in Elbing nicht mehr zu ermitteln und aufzufinden waren, wohl aber unter der veränderten Bezeichnung *liber hypothecarum judicialium* bzw. *publicarum* sich erhalten hat in einer größeren Reihe von Bänden (aus der

Rechts erbaten und eine solche zugestellt erhielten, folgt daraus noch nicht, daß sie davon Gebrauch machten und die darin verzeichneten Satzungen als Richtschnur für die eigene Rechtsbildung angesehen und benutzt haben (Gengler, *Cod. jur. municip.* I S. 634 ff. Note 4). Noch weniger Anhalt hat die auf Hanows Ausführungen in seiner Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen *jus Culmense ex ultima revisione* § 20 ff. gestützte Behauptung, es sei Konitz mit lübischem Recht bewidmet worden. Mag auch der pommerellesche Herzog Sambor, wie aus dem Schreiben erhellt, das der Rat von Lübeck der den Danzigern übersandten Ausfertigung einer Handschrift des lübischen Rechts beifügte, sich deren Bitte um Mitteilung einer solchen angeschlossen und sie unterstützt haben, so reicht dieser Umstand für sich allein nicht aus, um zu erweisen, es sei das lübische Recht außer in andern Städten Pommerellens auch in Konitz während der Herrschaft dieses Herzogs oder eines seiner Nachfolger eingeführt und angewandt worden.

¹⁾ Das Archiv des Frauenburger Magistrats bewahrt zwei Bände dieser Ratsakten aus der im Text angegebenen Zeit. Es sind die einzigen, die bei dem Brande der Stadt Frauenburg im Jahre 1708 gerettet wurden und erhalten geblieben sind.

Zeit von 1720/21 bis 1772), welche jetzt das Staatsarchiv zu Danzig aufbewahrt.

Der zu behandelnde Stoff gliedert sich zunächst, den Perioden der Stadtgeschichte entsprechend, in zwei größere Abschnitte. Während in dem ersten die Vorgänge zu besprechen und zu erörtern sind, welche sich in der Geschichte der elbingischen Gerichtsverfassung während der Dauer der Herrschaft des Deutschen Ordens abgespielt haben, sind in dem zweiten Abschnitt die Veränderungen klarzustellen, welche Rat und Gerichte nach dem Abfall Elbings vom Deutschen Orden innerhalb der Zeit der polnischen Herrschaft erfuhren.

Da die Entwicklung der Gerichtsverfassung in den beiden nebeneinander bestehenden Städten keine gleichmäßige war, sondern in verschiedener Weise vor sich ging, ist der besseren und leichteren Übersicht wegen es geraten, innerhalb des ersten Abschnittes in zwei gesonderten Unterabschnitten zuerst die Geschichte der Gerichtsverfassung der Altstadt Elbing in Betracht zu ziehen und hierauf erst die Geschichte der Gerichtsverfassung der Neustadt ins Auge zu fassen und zu besprechen.

I. Abschnitt.

Die Zeit der Herrschaft des Deutschen Ordens.

1. Die Gerichtsverfassung der Altstadt Elbing.

Erwachsen aus einer von lübecker Kaufleuten im Jahre 1237 angelegten Handelskolonie ist das ältere Elbing, wenn nicht schon damals, so doch bald danach vom Deutschen Orden zur Stadt erhoben und in der Eigenschaft einer solchen anerkannt worden.

Gleichzeitig oder doch kurze Zeit danach erbaten sich die elbinger Bürger von dem lübecker Rat die Ausfertigung einer Handschrift des lübischen Rechts. Dieser Vorgang in Verbindung mit dem Umstand, daß das gleich zu erwähnende Privileg von 1246 von der Verleihung des lübischen Rechts als einer vorangegangenen Tatsache spricht, recht-

fertigt die Annahme, es habe der Deutsche Orden den Elbinger Bürgern den Gebrauch des lübischen Rechts, wenn nicht bereits von Gründung ihrer Stadt an, so doch jedesfalls noch vor dem Jahre 1246 bewilligt und zugestanden.

Immerhin handelte es sich dabei wohl fürs erste nur um eine mündlich und mehr oder weniger unbestimmt erteilte Zusage, ohne daß näher festgestellt worden wäre, wie und in welchem Umfange ihnen erlaubt sein sollte, jenes Recht anzunehmen und in ihrer Stadt zur Anwendung zu bringen.

Die eigentliche Bewidmung der Altstadt Elbing mit lübischem Recht, wodurch dessen Verleihung urkundlich verbrieft und bestätigt wurde, geschah durch das vom Hochmeister Heinrich von Hohenlohe im Jahre 1246 erteilte Privileg.

War bis dahin die Frage noch offen gelassen, ob und wieweit das Verhältnis der Abhängigkeit, in welchem sich Rat und Bürger zum Orden als dem Landes- und Stadtherrn befanden, durch das ihnen verliehene lübische Recht berührt wurde, so fand diese nunmehr die gebührende Berücksichtigung und Entscheidung.

Der Hochmeister schränkt die Bedeutung der bewilligten und als geschehen anerkannten Verleihung des in Lübeck bestehenden Rechts durch mehrere nicht unwichtige Vorbehalte von größerer oder geringerer Erheblichkeit ein. Es werden zunächst von der Rezeption und Anwendung im älteren Elbing gänzlich ausgenommen und ausgeschlossen alle diejenigen Vorschriften des lübischen Rechts, welche wider Gott, den Orden, die Stadt und das Land, und, wie man hinzudenken muß, wider deren Wohl verstoßen oder solches gefährden. An ihre Stelle sollen Satzungen treten, die nach Rat und auf Vorschlag der Ordensbrüder, der Bürger und anderer auserlesener und erfahrener Männer vereinbart und beschlossen werden und den Zwecken und Interessen des Ordens, des Landes und der Stadt mehr oder besser entsprechen.¹⁾

¹⁾ S. das Privileg vom 10. April 1246 (Cod. dipl. Warm. I Nr. 13) bei den Worten: „eisdem civibus jura, que sunt in Lubeca concessimus, ita tamen, ut quicquid sit contra deum et domum nostram, civitatem et terram, penitus sit exclusum, loco cuius secundum fratrum

Nicht immer aber wollte der Hochmeister abwarten, bis mit den Bürgern neue Satzungen vereinbart und mit deren Zustimmung und Mitwirkung abgefaßt würden und zustande kämen, um die für sie und ihre Stadt nicht passenden Vorschriften des lübischen Rechts zu ersetzen. In einzelnen Fällen schien es ihm geboten, solche aus eigener Machtvollkommenheit für nicht anwendbar zu erklären und wegen des Gegenstandes, den sie betrafen, besondere in das von ihm erteilte Privileg aufzunehmende Verordnungen zu treffen. Von diesen kommt für die elbinger Gerichtsverfassung und deren Geschichte nur eine¹⁾ in Betracht. Sie handelt von der Urteilsschelte, dem Orte, wo diese anzubringen ist und dem Gericht, das berufen sein soll, in höherer Instanz zu entscheiden.

Es wird hierauf später einzugehen sein. Vorher ist zu ermitteln und festzustellen, wem in der Altstadt Elbing die Ausübung der Gerichtsbarkeit übertragen war, und wie die im Gericht durch den Richter verkündeten Urteile zustande kamen. Aus dem Privileg von 1246 erhellt, daß der Hochmeister Heinrich von Hohenlohe dem Erbrichter einen bestimmten Teil der dem Orden vorbehaltenen oder, soweit dieser zum Besten der Bürger und der Stadt darauf verzichtete, der letzteren zufallenden gerichtlichen Bußen zuerkannte und überließ.²⁾

consilium et civium et aliorum consilium discretorum statuatur aliud, quod domui nostre et terre et civitati visum fuerit expedire.“

¹⁾ Die andere Verordnung anlangend genügt es, hier beiläufig zu bemerken, daß sie im Gegensatz zu der Wehrverfassung Lübecks, welche die Bürger von der Teilnahme an auswärtigen Heerfahrten befreite und sie nur verpflichtete, die eigene Stadt zu befestigen und gegen feindliche Angriffe zu schützen und zu verteidigen, von den elbinger Bürgern fordert, daß sie nicht allein ihre heimische Stadt, sondern gleich andern Untertanen des Ordens das allen gemeinsame Vaterland zu wehren und zu schirmen, sich bereit halten. Man vgl. mit dem zu der Zeit der Erteilung des Privilegs von 1246 für Altelbing allein in Frage stehenden älteren lateinischen Text des lüb. R. art. 27 (Hach): „Nullus civis de Lubeke de jure tenetur ire in expeditionem sed munitionem suam stabunt et civitatem defensabunt“, das Privileg von 1246 bei den Worten: „statuimus, ut secundum quod incumbit necessitas ad defensionem civitatis et patriae sint parati“.

²⁾ S. die Worte des Privilegs von 1246: „ejusdem civitatis judici

Das Dasein dieses Erbrichters stellt sich als keine Neuschöpfung dar. Das Privileg von 1246 setzt ihn als vorhanden voraus. Muß hiernach die Übertragung des Gerichts an einen erblich beliehenen Besitzer schon früher geschehen sein, so verbietet sich auch die Annahme, es stehe der altelbinger Erbrichter mit Lübeck und einer dort bestandenen Einrichtung in irgendwelchem Zusammenhange. Dem lübischen Recht ist jede zu erblichem Besitzrecht verliehene Gerichtsbarkeit fremd.¹⁾

Die Einsetzung eines für sich und seine Erben vom Deutschen Orden mit dem Gericht beliehenen Richters muß demzufolge sehr früh und zwar bereits zu einer Zeit erfolgt sein, als die am Flusse Elbing entstandene Handelsniederlassung noch nicht zur Stadt erhoben, oder doch den Ansiedlern und nachherigen Bürgern der Gebrauch des lübischen Rechts noch nicht in irgendeiner Weise vom Hochmeister zugesichert und bewilligt war. Sieht man von der Verleihung des lübischen Rechts ab, so erscheint der Gedanke, den Kolonisten der Handelsniederlassung am Elbingflusse und nachmaligen elbinger Bürgern einen Erbrichter zu geben, nicht eben befremdlich. Die durch die Kulmer Handfeste vom 28. Dezember 1233 den Bürgern von Kulm und Thorn bewilligte Freiheit, sich selbst alljährlich Richter zu wählen²⁾, blieb

hereditario tertiam partem multarum judicialium relinquimus pro culpis majoribus pensatarum, pro minoribus. que cotidiane dicuntur, scilicet quatuor solidorum, duo solidi dabuntur domui et duo ipsi judici remanebunt. De duabus autem partibus nostris, que nos de eodem contingunt iudicio — cum eisdem civibus equaliter dimidiam dividemus, ut eo melius civitati dicte possint in vigiliis et in aliis necessitatibus providere.“

¹⁾ Weder der dem Stadtgericht vorsitzende Vogt noch der Büttel, welcher befugt war, über geringfügige Streitsachen im Werte bis zu 6 Denaren zu richten, besaßen ihre Ämter erblich. S. das ältere lateinisch abgefaßte lüb. R. (Hach) 90, 56, 28, 30 und vgl. damit die sog. Verordnung Heinrichs des Löwen von der Ratserneuerung zu Lübeck, Beil. E der Einleitung Hachs zu seiner Ausgabe des lüb. R. Für den Rat aber verbot, was die von ihm auszuübende Gerichtsbarkeit angeht, die von Zeit zu Zeit stattfindende Erneuerung seiner Mitglieder jede erbliche Amtsübertragung.

²⁾ S. die ältere K. H. F. von 1233 (Preuß. U. B. I Nr. 109) (art. 1). Vgl. damit die erneuerte K. H. F. vom 1. Oktober 1251 (Preuß. U. B. I Nr. 25a) (art. 1).

ohne maßgebende Bedeutung für das bei späteren Gründungen von Städten einzuschlagende Verfahren. Der Deutsche Orden hat kein Bedenken getragen, in anderen Städten und zwar gerade in solchen, die er mit magdeburg-kulmer Recht bewidmete, die Gerichtsbarkeit, sei es allein, sei es in Verbindung mit dem Schulzenamte einzelnen oder mehreren Personen für sich und ihren Erben zu verleihen.¹⁾

Der elbinger Erbrichter, dem während der ersten Zeit seiner amtlichen Tätigkeit²⁾ wohl kein anderes Recht, denn allein das magdeburg-kulmer Recht bekannt und vertraut geworden war, mochte sich mit dem der Altstadt Elbing verliehenen lübischen Recht wenig befreunden. Es ist das abzunehmen aus einem Schreiben, welches Rat, Schultheiß und Bürger von Altelbing um das Jahr 1263 an den Rat von Lübeck richteten und ihm durch einige, besonders dazu abgeordnete Bürger überreichen ließen. Sie sprachen darin das Ersuchen aus, er möge ihnen behufs Auslegung und Ergänzung des (etwa vor zwanzig Jahren) aus Lübeck nach Elbing mitgeteilten lateinischen Textes des lübischen Rechts mehrere Fragen beantworten, die sich in dem durch die abgeordneten elbinger Bürger überbrachten Schreiben enthalten fänden. Auch fügten sie dem die weitere Bitte hinzu, die Antworten auf diese Fragen schriftlich zu verzeichnen und die deshalb auszufertigende Urkunde den abgeordneten elbinger Bürgern zuzustellen, um sie bei ihrer Rückkehr in die Heimat mitzunehmen.³⁾ Nach Inhalt jenes um den bezeichneten Zeitpunkt von Elbing nach Lübeck gesandten Schreibens stritt sich der Erbrichter mit den Elbinger Bürgern wegen gewisser Artikel des lübischen

¹⁾ S. Joh. Voigt, Geschichte Preuß. VI S. 701 Note 3; 702. v. Brünneck, Zur Gesch. des Grundeigent. in Ost- und Westpr. I S. 59. Derselbe, Burggrafenamt und Schultheißentum S. 72.

²⁾ S. oben S. 29.

³⁾ Bekanntlich wurde der Bitte so, wie sie gestellt war, nicht entsprochen. Statt den Text des älteren lateinisch abgefaßten lübischen Rechts auszulegen und seine Lücken auszufüllen, übersandte der lübecker Rat dem Rat der Altstadt Elbing zwischen 1263—1267 eine Handschrift des inzwischen in Lübeck entstandenen in deutscher Sprache aufgezeichneten Textes dieses Rechts. Schröder, Lehrb. d. deutsch. Rechtsgesch. (5. Aufl.) S. 699.

Rechts um deren Sinn und Bedeutung. Er erschwerte und verhinderte so nach ihrer Meinung aus Unkenntnis die praktische Anwendung dieses Rechts, welches ja damals (vor 1263) erst zum Teil schriftlich aufgezeichnet war, während es sich im übrigen in Übung und Gewohnheit gründete.¹⁾

Mehr wissen wir von dem Erbrichter der Altstadt Elbing nicht. Er verschwindet aus der Geschichte ihrer Gerichtsverfassung. Die Zeit, wann seine richterliche Amtstätigkeit aufgehört hat, kann man nicht genau bestimmen noch angeben, sie läßt sich nur vermuten.

Eine vom 2. Februar 1288 datierte Urkunde berichtet, der Hochmeister Burchard von Schwanden habe den elbinger Bürgern die niedere Gerichtsbarkeit („die minneren gerichte“) binnen der Stadt Freiheit verliehen, um sie nach lübischem Recht in gleicher Weise und Gewohnheit, wie man innerhalb der Stadt richte, auszuüben. Vorbehalten wird jedoch dem Orden, neben und außer den „grozen Gerichte, die da gen an hant vnd an hals“, die Hälfte aller gerichtlichen Straf-gelder und Bußen, einerlei, ob sie bei Handhabung der hohen oder der niedern Gerichtsbarkeit entfielen, oder wegen Übertretung der in den Willküren getroffenen Vorschriften erhoben wurden. Die andere Hälfte soll der Stadt zufallen. Die Willküren selbst angehend, verbietet der Hochmeister den Bürgern, solche zu „setzen oder machen“ ohne der Ordensbrüder Willen und Zustimmung.

Weiter heißt es darin: „Dar zu gebe wir in gewalt, daz ir Ratlute kisen mugen jerlich einen sulchen richter, den di bruder liben“).²⁾ Die zuletzt angeführten Worte dürfen, will man sie recht verstehen, nicht aus dem Zusammenhange mit dem unmittelbar vorher

¹⁾ S. das Schreiben von etwa 1263 im Cod. dipl. Warm. I Nr. 119 und vgl. darin namentlich die Worte: „quidam articuli continentur in isto libro (nämlich in dem etwa 1240 von Lübeck nach Elbing mitgeteilten älteren lateinischen Texte des lüb. Rechtsbuches), de quibus iudex nobiscum sepius contendit, primus est etc.“ An einer anderen Stelle heißt es darin: „quia diversa nostra statuta commendatores et iudices, qui ignorant jura lubicensia, statuta nostra contendunt, cum ea in scripto apud nos non inveniuntur“.

²⁾ Cod. dipl. Warm. I Nr. 77 b.

Gesagten gelöst werden. Sie wollen nicht mehr besagen, als daß den altstädtischen Ratleuten verstattet wird, den Richter alljährlich zu wählen, der berufen sein soll, die der Altstadt Elbing vom Hochmeister verliehene räumlich und sachlich begrenzte Gerichtsbarkeit zu verwalten. Das schließt das Fortbestehen des Erbrichters und die Möglichkeit, daß er nach wie vor dem Gericht innerhalb der Stadt vorstand, nicht aus. Erstreckte sich doch, wie aus der Urkunde vom 2. Februar 1288 zu entnehmen ist, der Bezirk, in welchem er als Richter der Stadt¹⁾ zu richten hatte, nicht über die Planken bzw. über die solche später ersetzende Ringmauern hinaus.

Dennoch ist das vom Hochmeister Burkard von Schwanden den altelbinger Bürgern im Jahre 1288 erteilte Privileg für die weitere Entwicklung des Gerichtswesens ihrer Stadt schwerlich ohne Folgen geblieben. Der Erwerb einer eigenen wenn auch zunächst noch beschränkten Gerichtsbarkeit verbunden mit der Freiheit, sich selbst den Richter zu wählen, mußte bei dem altstädtischen Rat den Wunsch und das Bestreben erwecken, den Erbrichter aus dem Besitz der ihm verliehenen Gerichtsbarkeit zu verdrängen und diese für die Stadt zu erwerben. Freilich so bald und so leicht dürfte ihm das zu erreichen nicht gelungen sein.²⁾ Starb nicht der letzte Besitzer des erblich verliehenen Gerichts, ohne Nachkommen oder sonstige Erben zu hinterlassen, so dürfte dem Rate, um der Stadt die Gerichtsbarkeit innerhalb deren Ringmauern zu verschaffen, kaum noch ein anderes Mittel zu Gebote gestanden haben, als daß er den Erbrichter bewog, der Stadt sein Gericht gegen Zahlung

¹⁾ S. das Priv. von 1246 bei den Worten: „civitatis iudici hereditario“ oben S. 28 Note 2.

²⁾ Die von Toeppen, Elbing. Antiquitäten S. 235 vertretene Ansicht, es sei der altstädtische Erbrichter noch während Verlaufs des XIII. Jhdts. „ohne Zweifel infolge der Handfeste von 1288“ verschwunden, ist unhaltbar. Sie beruht in dem Mißverständnis, es habe der H. M. Burkard von Schwanden damals das Recht, sich alljährlich einen Richter zu wählen, dem Rat der Altstadt Elbing nicht bloß für den Bereich der Freiheit verliehen, sondern für den ganzen Umfang des städtischen Weichbildes, einschließlich des ältesten Teiles der Altstadt, der von Planken und nachher von Mauern umschlossen und begrenzt wurde.

eines angemessenen Preises zu verkaufen und abzutreten. Damit aber noch nicht genug. Es mußte der Orden angegangen werden und sich geneigt und bereit erweisen, der ihm vom Rat vorzutragenden Bitte zu entsprechen, die Veräußerung des Gerichts an die Stadt und dessen Übergang aus dem Besitz des bisher damit beliebten Erbrichters an letztere zu genehmigen und zu bestätigen.

Die Möglichkeit, daß der Erbrichter bis in den Anfang des XIV. Jahrhunderts hinein die ihm verliehene Gerichtsbarkeit besessen und ausgeübt hat, erscheint demnach keineswegs ausgeschlossen. Wohl aber läßt sich für die erste Hälfte dieses Jahrhunderts der Zeitpunkt, wann er spätestens aufgehört haben muß, dem Gericht innerhalb der Mauern der Altstadt vorzustehen, allerdings feststellen.

Maßgebend ist hierfür die im Jahre 1336 durch den gesamten Rat erlassene Fürsprecherordnung. Sie weiß nichts mehr vom Dasein des Erbrichters, sondern kennt als Richter der Stadt nur noch den Schulzen und den Vogt.¹⁾

Ein mit dem Namen Vogt bezeichneter Richter begegnet zuerst in dem nicht datierten, vermutlich aber aus der Zeit nach 1288 und vor 1300 abgefaßten Schreiben, welches Rat und Gemeinde an den Hochmeister richteten. Sie erhoben darin Beschwerde über Ein- und Übergriffe von Beamten des Ordens in die Gerechtsame ihrer Stadt und baten, sie bei den Freiheiten, mit denen sie vom Orden begnadigt seien, zu erhalten.²⁾ Der Vogt war, wie sich daraus abnehmen läßt, nicht befugt, irgendwelche Handlungen der hohen und peinlichen Gerichtsbarkeit vorzunehmen.

Man wird daher nicht irren, wenn man in ihm denselben

¹⁾ S. die Fürsprecherordnung vom Jahre 1336 (Cod. dipl. Warm. I Nr. 279) bei den Worten: „quod iudicabitur apud iudicem nostre civitatis et scultetum et advocatum.

²⁾ S. das Schreiben (1288—1300) im Cod. dipl. Warm. I Nr. 97. Die Worte, auf welche es hier ankommt, lauten: „Wir tun uch — kunt eynesache, die geschach uf deme wassere deme elbinge busen den planken, das cyn man den andern stach vnde wundete; der den mort hatte getan, der ginc yn die stat. der gewundete volgite im na yn die stat vnde sprach in an mit states rechte vnde brachte en in die hafte mit rate des huszcommendatoris vnde des rates. der gewunte man der was Heines Peuleris (?) vleischlicher bruder. der nam en in daz closter, darnach an dem

Richter erblickt, der auf Grund des Privilegs von 1288 alljährlich durch den altstädtischen Rat gewählt wurde und berufen und befugt war, die niedere Gerichtsbarkeit innerhalb der Stadtfreiheit zu verwalten. Hierbei hatte es, seine Zuständigkeit anlangend, fürs erste sein Bewenden.

Im Jahre 1339 aber bekamen die altelbinger Bürger durch den Hochmeister Dietrich von Altenburg für den gesamten Umfang ihrer Stadtfreiheit¹⁾ „di gerichte gross

dritten tage starp der man; daz geschach in der hecisten czit mitten in deme somer, daz di monche den toten man nicht erliden mochtin vor stanke. Do quomen sie vor den vogit vn vor die rotlüte vnd baten si des, daz si daz vugeten mit rechte, daz si den man bestaten mochten czu der erden. Do geschach, daz man ein vrteil dar obir gen lies vordeme richter vn vor den rotlüten also dasz ein lichezeichen bracht wart, dasz dieselbe craft hette vor gerichte als ob der tote man gegenwertig were. Nicht me ward do gericht. Die heren spruchen den richter czu er hette sich ires gericht's vnderwunden, der czog er sich an di rotlute, do gestunden in die rotlute des, daz er nach irem rate nicht anders gericht hette, wen vmme daz vorgenante lichezeichen; dorum must die stat geben dryhundert marc vnde der richter mut nicht mer richten. Darnach ward derselbe morder vs dem gevenknuss vry gelasen von vnsir here der bruder wege. Vorbaz so wisset daz ein totsclac geschach in der stat vriheit an der straze, daz richte vnsere heren die brudere — daz vor nie geschach, sint den mole daz der stat daz recht gegeben wart vnde rat mit lübschen rechte, wen vnse hantveste daz bewiset, waz vm gericht gefellet, es sy cleyn adir grosz, vf land vnde vf wazzer, dat die stat daz halb haben solte, den es geschach von dem totslage nicht. Dorumme bitten wir uch durch got, daz ir vns an den vorgenanten sachen vordert, daz vns daz werde dar wir recht czu haben —. Sintemol daz vnsir hantveste daz spricht, daz wir lubisch recht haben sullen in der stat vriheit vf lande vnde vf wazzer vnde vns dor ane ein teil bruch worden ist — so bitten wir vwer gnade daz ir vns darbie lazet alz es von alders gewest ist“ usw.

¹⁾ Deren Umfang war in der Zwischenzeit von 1284—1434 durch H. M. Werner von Orselen, der unter dem 24. August 1326 ein hierauf bezügliches Privileg erteilt hatte, räumlich erweitert worden. S. das Privileg im Cod. dipl. Warm. I Nr. 228: „Wernherus — generalis magister — dedimus (sc. consulibus et civibus) — facultatem, ipsam civitatem Elbingensem extra muros versus partem illam, que fluvio Elbingo adjacet, per eosdem — ampliandi, sub illa limitacione gadium, quam commendator Elbingensis — assignavit. Volumus insuper, quod in eodem loco dilationis civitatis — consules et cives ipso jure lubicensi libere perfruantur, quod a primaeva institutione locacionis civitatis ejusdem habuerunt et habent die hodierno“ etc.

vnd cleyne — zu lübischen gerichte“ verliehen und ver-schrieben.¹⁾

Die Frage, wie es mit den Einnahmen aus den vom Gericht einzuziehenden Strafgeldern und Bußen zu halten sei, wurde entsprechend dem Inhalt des älteren Privilegs von 1288 dahin geregelt, daß die Stadt solche mit dem Orden halb und halb teilen sollte. Doch unterließ der Hochmeister nicht, darauf aufmerksam zu machen, ein Begnadigungsrecht auszuüben stehe nur ihm zu, er allein habe daher darüber zu bestimmen, ob und wie viel von den verwirkten Strafen und Bußen den verurteilten Missetätern nachzulassen oder aber von ihnen beizutreiben sei.²⁾

Wichtiger waren zwei andere beschränkende Maßgaben, an welche der Hochmeister die bewilligte hohe und niedere Gerichtsbarkeit knüpfte. Die Gerichte überhaupt anlangend, ward den Elbinger Bürgern verboten, ohne Willen und Genehmigung des Ordens durch abzufassende und aufzustellende Willküren an diesen etwas zu ändern oder neue Einrichtungen bei ihnen einzuführen. Die zweite Einschränkung betraf insbesondere die peinliche Gerichtsbarkeit. In Strafsachen, welche dem Verbrecher an Hals und Hand gingen, durfte im Gericht der städtischen Freiheit kein Urteil gesprochen und noch weniger vollstreckt werden, es sei denn mit Wissen und Willen der Ordensbrüder.³⁾

¹⁾ S. das Privileg vom 21. Dezember 1339 (Cod. dipl. Warm. I Nr. 300) bei den Worten: „sal kunt syn daz wir bruder Thitrich burgrave von Aldenburg — homeister — lyhen vnde geben vnsern burghern der stat zu dem Elbing — die gerichte grosz vnd cleyne vswendik der stat vf strazin, wegin, stigen, brucken, stegin, vf wassern vnde vlizen, so verre der — stat vriheit wendit di lenge vnd di breite in iren bewiseten greniczen. Dar zu vf der brucken, di da gett obir wazzir elbing genant, ewiclichen zu Lubischen gerichte ezu behaldene.“ Ausgenommen von dem verliehenen Gerichte wurden die Untertanen des Ordens preußischer Abkunft. Sie sollten die Gewohnheiten und Gerichte behalten, die sie von alters her gehabt hatten.

²⁾ S. in dem Privileg von 1339 die Worte: „waz von den beiden gerichte gevalet, di helfte vnserm huyse, der ander teil zu der stat nucze gevalet. Ouch welle wir, waz wir laz in an denen gerichtten oder bruchten daz dis von den — burgheren an dem teil ouch si vorlazen.“

³⁾ S. das Privileg von 1339 bei den Worten: „Ez sullen ouch di — burghere dekeine willekur an desen gerichtten, da mitte wir

Fortan ist es der Vogt allein, der innerhalb der Grenzen der Stadtfreiheit Gericht zu halten das Recht hat. Er übt da nicht mehr bloß die niedere, sondern zugleich die hohe Gerichtsbarkeit aus, indem er, die letztere anlangend, in deren Ausübung nur insoweit beschränkt ist, als es sich um peinliche Strafsachen handelt. Da bedürfen, wie wir eben sahen, die von ihm zu verkündenden Urteile, um Rechtskraft zu erlangen, der landesherrlichen und oberstrichterlichen Genehmigung seitens des Ordens.

Das aus den angeführten Urkunden gewonnene Ergebnis erhält seine Bestätigung durch Quellen, welche freilich einer späteren Zeit angehören, inhaltlich aber mit der vorangegangenen geschichtlichen Entwicklung der altstädtischen elbinger Gerichtsverfassung durchaus in Einklang stehen.

Die im Jahre 1441, anscheinend für den Gebrauch des Bürgermeisters bei Amtshandlungen entworfenen und niedergeschriebenen Formulare bezeichnen das Gericht des Vogts deutlich und mit ausdrücklichen Worten als dasjenige Gericht, an das sich zu wenden habe, wer von Bürgern oder Einwohnern der Altstadt außerhalb deren Mauern des Rechts begehrt und richterliche Hilfe anruft.¹⁾ Mehr Schwierigkeit bereitet der rechtsgeschichtlichen Untersuchung der in der Fürsprecherordnung neben dem Vogt als Richter auftretende Schulz.

Dem Regiment der Altstadt Elbing hat ein Schultheiß oder Schulz, wenn nicht schon früher, so doch bereits um das Jahr 1263 angehört. Wurde doch das damals den nach Lübeck abgeordneten elbinger Bürgern mitgegebene Schreiben außer vom Rat und der Gemeinde auch von ihm oder

sy gebende habin begnadit, sundir vnsirre brudre vorhenknisse unde willen, machin oder setzin. Dar obir wir wellen, daz die selbin burghere di gröstin gerichte da vorbenant, als an hals vnd an hant geet, vbin vnde richten mit vnsirre brudere wissen vnde willen.“ Unter den Ordensbrüdern sind hier der Hochmeister und seine Gebietiger zu verstehen, welche die Rechte des Ordens als des Landes- und obersten Gerichtsherrn wahrnahmen und vertraten.

¹⁾ S. die von Toeppen, Elbing. Antiquit. S. 245 aus den Formularen von 1441 angeführten Stellen. Es wird darauf weiterhin zurückzukommen sein.

doch in seinem Namen und unter seiner Mitwirkung abgefaßt und abgesandt.¹⁾

Daß dieser, von den Aufgaben abgesehen, welche er in der Eigenschaft eines kommunalen Beamten und Vertreters der Stadt, auf die das Schreiben von 1263 hinweist, zu erfüllen hatte, ein Richteramt bekleidet hätte und richterliche Funktionen wahrzunehmen berechtigt und verpflichtet gewesen wäre, ist wenig wahrscheinlich. Eben jenes Schreiben kennt nur einen Richter und damit kann kein anderer als der im Privileg von 1246 genannte Erbrichter gemeint sein. Nur er allein konnte in Frage kommen, wenn, wie früher schon erwähnt ist, sich ein Gegensatz zwischen ihm und dem Rat, dem Schultheiß und der altelbinger Bürgerschaft herausgebildet hatte und von diesen mit ihm wegen der Auslegung und Anwendung des lübischen Rechts gestritten wurde.²⁾

Auch davon, daß der Schulz etwa in Fällen, wo der Erbrichter dem Gericht vorzusitzen verhindert war, ein für allemal berufen und befugt gewesen wäre, dessen Stelle einzunehmen und statt seiner zu richten, verlautet schlechterdings nichts. Eher ließe sich vermuten, daß der Rat ihn vor andern Ratsherren und häufiger als diese abordnete, um in den Gerichtssitzungen neben dem Erbrichter Platz zu nehmen und darauf zu achten, daß dieser ordnungsmäßig verfare und niemanden willkürlich und zu Unrecht behandle. In dem Streite mit dem Erbrichter mochte so der Schulz besonders befähigt und geeignet erscheinen, über Mißdeutung der Satzungen des lübischen Rechts oder deren Nichtbeachtung und Nichtanwendung Auskunft zu geben, welche der in Lübeck vorzutragenden Beschwerde als Unterlage dienten.

Als Richter tritt dieser erst auf, nachdem der Erbrichter aufgehört hat, die vom Orden seinem Vorgänger erblich verliehene Gerichtsbarkeit auszuüben, ein Ereignis, das, wie schon bemerkt wurde, spätestens in den letzten Jahren vor 1336 eingetreten sein muß. — Der Schulz überkommt

¹⁾ S. oben S. 30.

²⁾ S. oben S. 30.

das Richteramt nicht vom Erbrichter, noch verwaltet er es wie jener aus eigenem Recht. Er bleibt nach wie vor Mitglied des Rats¹⁾ und wird als Ratsherr für die Dauer seines Amts von der Stadtgemeinde, abgesehen von der ihm obliegenden Besorgung administrativer oder finanzieller Geschäfte, mit der Wahrnehmung der Rechtspflege beauftragt und betraut.

Das setzt den vorgängigen Erwerb des vom Erbrichter erblich innegehabten und besessenen Gerichts durch die Altstadt Elbing voraus. Schweigen die erhaltenen Quellen darüber, wie diese zum Erwerb eigener Gerichtsbarkeit gekommen ist, die Tatsache selbst wird sich darum nicht bestreiten lassen. Sie ist daraus abzunehmen, daß die fragliche Gerichtsbarkeit in dem gleichen und vollen Umfange, wie sie laut des Privilegs von 1246 dem Erbrichter zugestanden hatte, auf die Altstadt Elbing und in deren Besitz überging. Weder die Fürsprecherordnung von 1336 noch Urkunden aus späterer Zeit deuten im geringsten an, es sei der Schulz etwa gleich wie der Vogt während der ersten Jahre seiner richterlichen Amtsführung auf das Richten über bürgerliche Streitigkeiten und, was Strafsachen anbetrifft, auf Aburteilung bloßer Frevel beschränkt gewesen. Er stellt sich vielmehr dar als der von Anfang an durch die altelbinger Stadtgemeinde zur Verwaltung der hohen wie der niederen Gerichtsbarkeit ernannte und bestellte Richter. In einer Beziehung ging seine Zuständigkeit in Strafsachen sogar noch weiter als die dem Vogt nicht zwar durch das Privileg von 1288, wohl aber durch das spätere im Jahre 1339 eingeräumte richterliche Amtsgewalt. Während das letztere das Richten über Verbrechen, die dem Missetäter an Hals und Hand gingen, vom Wissen und Willen der Ordensbrüder abhängig machte, wissen die

¹⁾ S. die bei Toeppen a. a. O. S. 245 aus dem altelbinger Stadtbuch I S. 153 mitgeteilten Einzeichnungen zum Jahre 1360: „Dominus Iohannes de Volmerstedt scultetus, advocatus Martinus Damerow.“ Es geht daraus hervor, daß der Schulz als Mitglied des Rats und in der Eigenschaft des Ratsherrn auf das Prädikat dominus Anspruch hatte, während dem Vogte, weil dieser nicht dem Rat als Mitglied angehörte, dieses nicht zukam.

Urkunden nichts von einem in dieser Beziehung dem Erbrichter und nachher dem Schulzen gegenüber gemachten Vorbehalt.

Wie aber verhielt es sich mit der Kompetenz des Schulzen im Verhältnis zum Vogt und dessen richterlicher Gewalt? Die nach Wegfall des Erbrichters und Übergang seines Gerichts auf die Stadt durch den Schulz auszuübende Rechtspflege schloß, sollte man meinen, nicht ohne weiteres eine mit der seinigen konkurrierende richterliche Tätigkeit des Vogtes aus. Es ließ sich denken, daß der letztere zeitweilig statt des Schulzen im engeren Bereiche der Altstadt innerhalb deren Mauern und Tore habe richten dürfen.

Dem widerstreitet indes der Wortlaut der an anderer Stelle schon einmal erwähnten Formeln vom Jahre 1441. Danach hatte der Bürgermeister bei der jährlich sich wiederholenden Amtserneuerung von der Laube des Rathauses aus die Namen der beiden neu gewählten Richter, des Schulzen und des Vogts, den Bürgern zu verkündigen. War damit nun von ihm die Aufforderung zu verbinden, es möge, wer innerhalb des engeren Bereiches der Stadt das Recht begehre, die richterliche Hülfe des Schulzen, derjenige aber, der außerhalb der Mauern zu klagen habe, die des Vogtes anrufen¹⁾, so stellt sich die Zuständigkeit eines jeden der beiden Richter als eine örtlich streng begrenzte und bemessene dar, die jede konkurrierende richterliche Amtswaltung des einen von ihnen im Gerichtsbezirke des anderen verbot und ausschloß. Daß hiermit keine Neuerung eingeführt wurde, sondern schon von der Zeit an, als der Schulz, nachdem der Erbrichter zu richten aufgehört, und die Stadt die ihm gehörige Gerichtsbarkeit erworben hatte, ebensowohl wie der als Richter der städtischen Freiheit vom Rat gewählte und ernannte Vogt von Anfang an nur allein im Bereiche

¹⁾ S. Toeppen a. a. O. S. 177. Er teilt da aus einer Handschrift des elbinger Archivs Schrank C. Nr. 55 die entscheidende, um 1441 zusammengestellte, hier in Rede stehende Formel mit. Es heißt darin unter Nr. 5: „Vortmer so habin wir gekoren nach alder gewonheyt eyen scholtes und eynen foyt. Wer do begernde ist des gerichtes bynnen der statt, der suche is czu hern a. b., wer do begernde is des gerichtes dawssen der statt, der suche is czu c. d.“

seines besonderen Gerichtsbezirkes die Rechtspflege zu verwalten hatte, lehrt folgende Erwägung:

Solange die Altstadt einen Erbrichter hatte, kam für diesen eine etwaige räumliche Ausdehnung seiner Gerichtsbarkeit in die Gegend vor den Toren und Mauern überhaupt nicht in Frage. Außerhalb war es ja der Orden, der selber das Gericht hatte und durch seine Beamten richten ließ.

Als dieser im Jahre 1288 der Altstadt die niedere Gerichtsbarkeit innerhalb der städtischen Freiheit verlieh und ihrem Rat das Recht zugestand, sich selber alljährlich einen Richter zu wählen, behielt es bei der räumlich auf den engen Bereich der Stadt begrenzten Umfang der Zuständigkeit des Errichters und, als dieser wegfiel, des an seine Stelle tretenden Schulzen sein Bewenden. Hinwiederum trat mit dem Privileg von 1339 und der sachlichen Erweiterung der der Altstadt für ihre städtische Freiheit bewilligten Gerichtsbarkeit und deren Ausdehnung auf die großen Gerichte nicht etwa zugleich eine Änderung in Hinsicht der Grenzen und des Umfanges der räumlichen oder örtlichen Zuständigkeit der beiden nunmehr nebeneinander bestehenden Richter der Stadt: des Schulzen und des Vogtes ein.

Namentlich enthält, den letzteren angehend, das Privileg von 1339 nicht die geringste Andeutung dafür, daß er die ihm bewilligte ungeteilte hohe und niedere Gerichtsbarkeit nicht sowohl in der städtischen Freiheit, sondern auch im engeren Bereiche der Altstadt habe handhaben und in Konkurrenz mit dem Schulzen dort, wenn vielleicht auch nur zeitweilig und vorübergehend, habe Gericht halten dürfen.

So viel über die Personen der beiden Richter der Altstadt Elbing, den Schulzen und den Vogt.

Ein jeder von ihnen stand einem der beiden zur Ausübung der Rechtspflege in erster Instanz bestellten Gerichte vor, in der der Schulz allein innerhalb des engeren Stadtbereiches, der Vogt in der Freiheit der Altstadt und nur innerhalb deren Umfanges zu richten hatte.

Wie aber war das Gericht des einen wie des andern dieser beiden städtischen Richter im übrigen besetzt? Wer

mußte außer dem Schulzen bzw. dem Vogt als den Vorsitzenden des Gerichts den Verhandlungen beiwohnen, und wer war insonderheit berufen, beim Finden des vom Richter zu verkündenden Urteils mitzuwirken?

In Lübeck galt von alters her die Verordnung, der Vogt, wie dort der Stadtrichter genannt wurde, dürfe nicht zu Gericht sitzen, es sei denn, es nehmen neben ihm zwei Mitglieder des Rats Platz, um der ihnen zur Pflicht gemachten Aufgabe zu genügen, darauf zu achten, daß niemanden, ob reich oder arm, Unrecht geschehe.¹⁾

Mit dem lübischen Recht übernommen, wurden sie für die Gerichtsverfassung der Altstadt Elbing maßgebend. Urkunden aus den Jahren 1453 und 1467²⁾ lassen ersehen,

¹⁾ S. das ältere lateinisch abgefaßte lüb. R. (Hach, Cod. I) art. 90: „Advocatus non debet praesidere iudicio, nisi duo de consilio sedeant juxta eum ut audiant et videant, ne alicui pauperi aut diviti injuria fiat.“ Vgl. damit das spätere lübisch-Hamburger Recht (Hach, Cod. III, 2) art. 381: „De ratmane de vor rechte (andere Lesart: in dem richte) sitten dar by ereme ede dat se dat bewaren, dat juweliken manne recht sche — se scholen ok bewaren dat de voget nenen mannen vnrecht do vnd nenen man varen ofte vorschnellen.“

²⁾ Die beiden Urkunden finden sich, wie Toeppen a. a. O. S. 224 und S. 246 berichtet, handschriftlich erhalten in dem sog. liber memorialium, heute der Bibliothek der Nikolaikirche zu Elbing gehörig. „Richt und Rath“, heißt es in der Urkunde von 1453, sind „vor uns“ (d. h. dem sitzenden Rat) erschienen und haben die von Herrn Georg Rouber und Hans Christopher entgegengenommene Erklärung kundgetan, nach welcher der erstere dem letzteren den halben Teichhof mit Zubehörung für 500 Mk. abkauft usw. Zum Schluß folgen die Worte: „Richtsherren Herr Caspar Reymann und Herr Kort Rouber, Scholze Herr Tidemann Resze.“ Die zweite Urkunde von 1467 beginnt mit den Worten: „czu wissen, das Her Heinrich Ulrich hat Andris Ernste von Dantczk steckunge gethon, in die czwu huben usw.“ Weiter wird dann gesagt: „Doboben hat her Heinrich Ulrich vor den voith — den Andris Ernst zcu gerichte gebrocht — Doruff em Andris Ernst gebothen hat eidt und recht und ist mit recht von eim gescheiden vor gericht. Actum Anno LXVII Voith Bartholomewis Resze, Richtszherren her Mattes Folmer, her Gregor Rawthenberg.“ Daß die Richtsherren mit den beiden Ratmännern gleichbedeutend sind, die neben dem Richter an der Gerichtsstätte sich einfinden und den Verhandlungen beiwohnen mußten, geht zweifellos daraus hervor, daß die Urkunde von 1453 das Personal des Schulzengerichts der Kürze halber unter die Bezeichnung „Richt und Rath“ zusammenfaßt. Das Wort Richtsherren aber will andeuten,

daß, sollte das Schulzen- wie das Vogtgericht für gehörig besetzt gelten, neben und außer dem vorsitzenden Richter je zwei besonders dazu erwählte Ratmannen an Gerichtsstätte anwesend sein mußten, um die Verhandlungen mit anzuhören, oder auch, wenn das nötig werden mochte, in das Verfahren einzugreifen, während ihnen sonst für gewöhnlich eine bloß passive Rolle zufiel. Schwieriger ist es, eine klare Vorstellung darüber zu gewinnen, in welcher Weise die Urteile zustande kamen, welche ehemals der Erbrichter und später, als dessen Gerichtsbarkeit ein Ende genommen hatte und auf die Altstadt Elbing übergegangen war, der Schulz und der Vogt, ein jeder in dem Gericht, dem sie vorstanden, zu verkünden und zu sprechen hatten. Man ist, um diese Frage zu beantworten, allein auf das lübische Recht angewiesen.

Allerdings ist, will man es hier zu Rate ziehen, voraussetzen, daß mit Verleihung dieses Rechts durch den Deutschen Orden an die elbinger Bürger die darin enthaltenen Bestimmungen wegen Auswahl der Bürger zu Urteilsfindern durch den Richter, der dem Gericht vorsah, in der Altstadt Elbing als maßgebende Norm anerkannt wurden und in der Praxis ihrer Gerichte Anwendung fanden. Die nächste hieraus zu ziehende Folgerung ist die, daß die dem lübischen Recht unbekannte Schöffeneinrichtung der altelbingschen Gerichtsverfassung ebenfalls fremd blieb. Weiter wird für die Zeit des Mittelalters der Vorstellung Raum zu geben sein, daß gleichwie der lübecker Vogt die altelbinger Richter, zuerst der Erbrichter und nach ihm der Schulz und der Vogt in Ermangelung ständiger Urteilsfinder aus der Mitte der dingpflichtigen an Gerichtsstätte erschienenen und anwesenden Bürger den einen oder anderen aufriefen und aufforderten, die ihnen vorzulegenden Fragen zu beantworten und so das demnächst durch ihn den Richter auszusprechende Urteil zu finden.¹⁾

es handele sich um die vom Rat aus seiner Mitte in das Gericht abgeordneten beiden Ratmannen, die, weil ihnen das Prädikat Herr zukam, sonst Ratsherren genannt wurden. Vgl. Funk, Das lüb. Gericht in dieser Zeitschrift XXVI S. 59.

¹⁾ S. das ältere lüb. Recht art. 59 (Hach, Cod. I): „Si homo

Später aber verengert sich in Lübeck und seinen Gerichten der Kreis der Personen, aus welchen die Urteilsfinder ausgesucht und genommen werden.¹⁾

Nicht jeder dingspflichtige Bürger gilt mehr als geeignet, die an ihn gestellten Urteilsfragen zu beantworten und Urteil zu finden.

Der Richter wendet sich, wenn er die Fragen stellt und mit der Aufforderung verknüpft, über das erfragte Recht zu urteilen, nur allein noch an den einen oder den anderen der bei Gericht zugelassenen Fürsprecher. Von ihnen ließ sich erwarten, daß sie des Rechts mehr kundig und in dem von ihm zu machenden Gebrauch besser erfahren seien, als andere Bürger, die nicht so oft Gelegenheit hatten, die nötige Rechtskenntnis und Erfahrung zu erwerben.²⁾

In der Geschichte der altelbingischen Gerichtsverfassung treten Fürsprecher (Vorsprecher) als Urteilsfinder nachweislich zuerst in der ersten Hälfte des XV. Jahrhunderts auf. Die mehr erwähnten um 1441 zusammengestellten Formeln schildern einen Vorgang, der sich vor den Schranken des sog. Etdings (echten Dings) abspielte.³⁾

Da befiehlt der dieses Gericht abhaltende Schulz, indem er einer deshalb an ihn ergangenen Bitte des Bürgermeisters entspricht, einem Teidingsmann oder Fürsprecher (Vorsprecher), daß er auf die mit seiner, des Richters, Bewilligung vom Bürgermeister an ihn gestellten Rechtsfragen Urteil finde.⁴⁾

invenit injustam sententiam ante iudicium“ vgl. mit dem neuen Lüb. Recht (Hach, Cod. II) art. 59: „Vint en man en unrecht ordel vor deme richte.“

¹⁾ S. Hach in der Einleitung zu seiner Ausgabe des Lüb. Rechts S. 143. 149; Funk a. a. O. XXVI S. 62. 63.

²⁾ Selbstverständlich durfte der Richter, sollte die Unparteilichkeit gewahrt werden, nur solche Fürsprecher zu Urteilsfindern auswählen, die in dem anstehenden Prozeß nicht zuvor für den Kläger oder den Beklagten das Wort geführt oder auch nur den einen oder den andern in der betreffenden Streitsache beraten hatten.

³⁾ Es soll davon in dem weiterhin dem vorangehenden Text beigefügten Anhang behandelt werden.

⁴⁾ S. den Abdruck der bezeichneten Formeln bei Toeppen a. a. O. S. 178 Nr. 7: „So man byspraket der statt freiheit, tryt der burgermeyster mit syme kumpan und mit im die kernerer von bynnen vor dy böwme (Schranken) vnd spricht alzo: Her scholtis gunnet ir mir der

Etwa zehn Jahre, nachdem jene Elbinger Formel abgefaßt und zusammengestellt war, entstand die um 1450 aufgezeichnete soester Gerichtsordnung. Soweit nach Inhalt derselben eine Mitwirkung von Urteilsfindern überhaupt noch Platz griff, und der Richter nicht selbst urteilte und Recht sprach, fiel, wie in Altelbing, die Aufgabe, die vom Richter gestellten Urteilsfragen zu beantworten und Urteil zu finden, allein noch den dazu ausgewählten Fürsprechern zu¹.)

Der Gebrauch rechtserfahrene Fürsprecher und nur solche Urteil finden zu lassen muß, hiernach zu schließen, in Städten, die keine Schöffenverfassung hatten, erst gegen den Ausgang des Mittelalters aufgekommen sein. Andererseits aber erscheint für die geschichtliche Entwicklung der Gerichtsverfassung der Altstadt Elbing die Annahme begründet, daß, ehe und bevor jener Gebrauch sich bildete, der Richter, mochte das nun in älterer Zeit der Erbrichter, oder später der Schulz oder der Vogt sein, ganz so, wie es in Lübeck geschah, aus der Mitte der an Gerichtsstelle erschienenen dingpflichtigen Bürger einzelne Männer aufrief und sie ersuchte oder vielmehr ihnen befahl, auf Fragen, die er an sie richtete, Antwort zu geben und Urteil zu finden.

statt wort czu diser czeit czu reden? Der scholtis spricht: Her burgermeyster ich gunne euch allis, daz eyn recht ist. So spricht der burgermeyster: Her scholtis bevelet eyne tedingsmanne, daz her zuhöre vnd mir orteyl vnd recht teyle. Der scholtis spricht czu eyne tedingsman: Hore czu. So spricht der burgermeyster: Ich stee alhie vnd bysproche der stat freyhet. sie sey an acker, an wesen — adir woranne is sey, vnd vroge eyn rechtt, ab sich imand der vnderwunde ane wissen vnd wille der burgermeyster adir der kemerer von bynnen adir von bawssen, waz der sol bestanden seyn? So teylet der vorspreche seines freien halzes. So vroge denne der burgermeyster vortan vnd spricht: Her scholtis, ich vroge, waz eyn man thun mag mit syme gewonnen gute. So teylet der vorspreche, alze sich daz gebört. — So spricht der burgermeyster: her scholtis, ich dancke euch gutes gerichtes.“

¹) S. von Brünneck in dieser Zeitschrift G. A. XXXII S. 332ff, XXXIII S. 49ff.

Anhang.

Das echte Stadtding.

Den um 1441 entstandenen Elbinger Formeln war für die Aufgabe, die wir uns stellten, um deshalb Gewicht beizulegen, weil sie geeignet erschienen, die Tatsache darzutun, daß damals die bei Gericht zugelassenen Fürsprecher allein noch als befähigt und befugt galten, Urteil zu finden.

Welche Bewandtnis aber hatte es mit dem in eben diesen Formeln begegnenden echten Stadtding (etdyng)? Es ist, will man sich hierüber klar werden, von dem durch den Rat Lübecks den Elbinger Bürgern etwa um das Jahr 1240 übermittelten lateinischen Text des älteren lübischen Rechts auszugehen.

Zwei seiner Abschnitte oder Artikel handeln von legitima placita.¹⁾ Der erste Artikel bestimmt: Dreimal im Jahr soll sich das echte Ding versammeln. Jeder Besitzer eines eigenen Hauses hat der Versammlung beizuwohnen, sofern er sich innerhalb der Mauern der Stadt befindet. Der andere Artikel betrifft die sachliche Zuständigkeit des echten Dinges und setzt deren Grenzen des näheren fest. Es soll in ihm allein geurteilt und entschieden werden über Erbschaft, torfacht Eigen und über dringende das Gemeinwohl der Stadt betreffende Angelegenheiten. In die den elbinger Bürgern zwischen den Jahren 1263 und 1280 vom Lübecker Rat mitgeteilte Ausfertigung einer Handschrift des neuen deutschen Textes des lübischen Rechts sind die angeführten Artikel des älteren lateinischen Textes nicht aufgenommen worden.

Dennoch sollte sich in der Altstadt Elbing ein Überrest des lübecker legitimum placitum bis in die Zeiten des XV. Jahrhunderts, ja vielleicht noch darüber hinaus, erhalten. Dort angefertigte Handschriften des deutschen Textes des lübischen Rechts enthalten Bestimmungen über das echte Stadtding, die, wie nicht zu verkennen ist, in manchen Stücken mit den vom legitimum placitum handelnden Artikeln des älteren lateinisch abgefaßten lübischen Rechts übereinstimmen.²⁾ Wann diese ge-

¹⁾ S. das lüb. Fragment (U.-B. der Stadt Lübeck I Nr. 32 S. 39) und vgl. damit Hachs Ausgabe des lüb. R. Cod. I art. 2 „De legitimo placito. Tribus vicibus in anno conventus erit legitimi placiti et omnis qui possessor est proprii caumatis aderit si fuerit infra muros. art. 3. In legitimo placito tantum judicabitur de tribus causis vel articulis scilicet de hereditatibus de cespitalitatum proprietatibus et de reipublice necessitatibus.“

²⁾ S. den Abdruck dieser Bestimmungen der fraglichen elbinger Handschrift bei Toeppen a. a. O. S. 175 bei den Worten: „czu dreyn molen — yn dem jare sal man echte stadt dyngk halden — sal eyn ytezlicher seyn, der eyn erbe besiczet addir verczynsett, is daz her czukegenwertigk unde eynhemisch yst bynnen der stadt. In deme etdynghe sal man alleyn teydynghen vnd richten von dreyn stucken, czum ersten von steenden erben vnd von legendenn grunden,

troffen und aufgezeichnet sind, läßt sich nicht genau feststellen. Es muß jedenfalls erst geschehen sein, nachdem der Erbrichter zu richten aufgehört hatte, und die ihm vom Orden verliehene Gerichtsbarkeit von der Stadt erworben war. Sonst wäre nicht zu verstehen, daß die elbinger Handschriften an der deutschen Rezension des lübischen Rechts eingefügten Stelle den Schulzen als den Vorsteher des echten Dinges bezeichnen, bei dem man in Sachen, für welche dieses zuständig, um richterliche Hilfe nachsuchen mag.¹⁾ Zeigt sich in der Übertragung des Vorsitzes im echten Dinge auf den Schulzen das Bemühen, dieses Sondergericht der altelbinger Gerichtsverfassung anzupassen, so war²⁾ das doch nicht die einzige Wandlung, welche das von alters her überkommene Institut sich gefallen lassen mußte. Stand früher nur fest, daß die Hausbesitzer sich dreimal im Jahre zum echten Dinge versammeln sollten, so wurde nachmals angeordnet, es sei dieses an genauer bezeichneten Zeiten und Tagen abzuhalten.³⁾ Erheblicher ist eine Neuerung, für die man vergeblich nach einem Anhalt sucht in den Vorschriften des älteren lübischen Rechts. Nicht sollte mehr ein Gläubiger genötigt sein, seinen Schuldnern das echte Ding zu kündigen, um sie vor dieses zu laden, auch brauchte er nicht jeden einzelnen, wider den er Klage erheben wollte, mit Namen zu nennen, es reichte aus, daß er sich an den vorsitzenden Schulzen wandte und zu ihm sprach: ich beklage und beschuldige alle, die mir schuldig sind, und bitte um richterliche Hilfe.⁴⁾ Der Schulz war dann gehalten und verbunden, bei der Auspfändung

czum anderen mole von wesewachse vnd von dorffhaft eygen, daz dritte von allen notdorfftighen sachen vnd offenbaren.“

1) S. den von Toeppen gegebenen Abdruck der bezeichneten Bestimmungen a. a. O. S. 176 bei den Worten: „her spreche: Herr scholze, ich beklage und beschuldige al dy mir schuldig seyn vnd bitte gerichtes.“

2) Weil es sich dabei um eine außerhalb des Rahmens der ordentlichen Gerichtsverfassung fallende Einrichtung handelt, kam es für die im echten Ding auszuübende Gerichtsbarkeit nicht darauf an, daß sie sich auf Grundstücke und Gerechtsame erstreckte, welche sich innerhalb der städtischen Freiheit befanden (s. unten S. 48 Note 3). Es hätten diese eigentlich vor das Gericht des Vogtes gehört, stände hier nicht eben die besondere Beschaffenheit des echten Dinges und dessen eigentümlich bemessene Kompetenz in Frage.

3) S. die von Toeppen a. a. O. S. 176 aus einer elbinger Handschrift des lüb. R. mitgeteilten Bestimmungen bei den Worten: „czu dreyen mole vnd czu dreyen czeyten yn dem jare sal man echte stadt-dyngk halden, czu dem ersten noch den usgende gebunden tagen, noch dem osterlichen achten tage an dem vreytage, czu dem anderen mole, noch synte Michels tage, als dy gemeyne woche usgeyth, dornoh an den nesten vreytaghe czu den dritten mole.“

4) S. die Note 2 unten S. 47.

des Schuldners zu helfen, wenn der Gläubiger binnen „twer nacht“¹⁾ d. h. bis zur Mitte des andern Tages vor Gericht kundgab, gegen wen diese vorzunehmen und in welche ihm gehörenden Grundstücke sie zu bewirken sei. Immerhin handelt es sich vorerst nur um eine Maßregel provisorischer Art und Bedeutung. Die vorzunehmende Pfändung durfte, mochte ihr Zweck, einen Druck auf den Schuldner auszuüben, erreicht werden oder nicht, nicht länger aufrechterhalten werden als bis zum nächsten Markttage. Anders war zu verfahren, wenn infolge rechtskräftig gewordenen Urteils der Kläger und Gläubiger die Zwangsvollstreckung in Grundstücke, die ihm vorher schon zu Pfand standen, betreiben wollte. Dann mußte er diese in den drei jährlich zu haltenden echten Dingen zu den Preisen, welche der Höhe seiner Forderung entsprachen und für die sie ihm hafteten, gerichtlich ausbieten lassen. Daraufhin erlangte der Kläger die Möglichkeit, nach Ablauf von einem Jahr und sechs Wochen von Zeit des erlangten Pfandrechts gerechnet, die gerichtliche Zwangsversteigerung der Grundstücke zu erreichen oder, wenn kein annehmbares Gebot von seiten dritter Käufer einging, es durchzusetzen, daß ihm diese an Zahlungsstatt zu Eigentum zugeschlagen und aufgelassen wurden.²⁾

Eine wichtige und folgenschwere Wendung trat in dem Schicksal des echten Dinges der Altstadt Elbing nach Beginn oder im Verlaufe des XV. Jahrhunderts ein.

¹⁾ S. Behrend im Glossar zu seiner Ausgabe der Magdeburger Frage bei diesem Worte.

²⁾ S. die von Toeppen a. a. O. S. 176 aus der Elbinger Handschrift des deutschen Textes des lüb. R. mitgeteilten Bestimmungen bei den Worten: „Is ist keyne noth, dasz eyn man seynen schuldigern das etdyng losze kundigen, vnd auch endarff her nicht eynen itzzlichen beschuldigten besundern bey namen nennen, sunder her spreche: Her scholcze, ich beklage vnd beschuldige al, dy mir schuldig seyn, vnd bitte gerichtes; so sal der richter alle den helffen pfenden, dy gelaubart han vor gerichte obir dy twer nacht. Dasz pfant endarff man nicht lengher halden, wen czu dem nesten marktstage. czu denselben dryen dingen sal man offbitten erbe, dy do pfandes stan vnd nicht dicker, wen man sy czu pfande halden sal sechs wochen vnd eyn jar, ehe man erbe ervolgeth.“ Daß in den vorstehend angeführten Stellen nur von Grundstücken die Rede ist, in welche vom Richter die einstweilige Pfändung verstattet oder auf Grund des durch rechtskräftiges Urteil erlangten Pfandrechts die gerichtliche Zwangsvollstreckung und Zwangsversteigerung betrieben wird, geht nicht bloß aus den gebrauchten Redewendungen, sondern auch aus dem Gegensatz hervor, in welchem diese zu den nachfolgenden sich unmittelbar anschließenden Worten stehen: „Ander beweglich pfant mag man offbitten alle dingtage im yare, wen sy czu dem ersten synth offgebothen, dornoch sal man sy offbitten obir virezin tage, czu dem dritten mole aber obir acht tage.“

Von alle dem, was darüber in den elbinger Handschriften des lübschen Rechts sich vermerkt fand, verlautet nichts mehr.

Wesen und Zweck des echten Stadtdinges erfahren eine so gründliche Umgestaltung, daß es zu einer fast gänzlich neuen Einrichtung wird, die sich kaum noch mit dem alten *legitimum placitum* des lübischen Rechts in Zusammenhang bringen läßt und lediglich nur noch den Namen und die Form des früheren Instituts bewahrt. Nicht wird mehr dreimal im Jahr zu den rechtlich feststehenden Zeiten und Tagen echtes Ding gehalten. Es findet solches nur noch einmal im Jahr am St. Peterstage, dem gleichzeitigen Tage der Ratserneuerung statt, nachdem der Bürgermeister es zuvor den Bürgern angekündigt und jedermann ermahnt hat, sich so zu verhalten, daß er nicht zu Schaden komme.¹⁾ Nicht wie früher steht jedem Bürger frei, in dem echten Dinge aufzutreten und den ihm vorsitzenden Schulzen um richterliche Hilfe zu ersuchen. Der Bürgermeister, sein Gehilfe und die Kämmerer der inneren Stadt sind es allein noch, welche vor die Schranken (Bäume) des Gerichts treten, um irgendwelchen möglichen unbefugten Eingriffen in die Freiheit der Stadt zu begegnen und solche abzuwehren. Ersterer bittet den Schulzen, ihm zu verstaten, daß er für die Stadt und als deren Vertreter das Wort ergreife. Nachdem dieser Bitte gewillfahrt ist, ersucht der Bürgermeister, wie bereits an anderer Stelle erwähnt wurde²⁾, den Schulzen, einem Fürsprecher zu befehlen, das, was er, der Bürgermeister, vorzubringen habe, anzuhören und darüber zu urteilen. Der Schulz entspricht der Bitte und erteilt den gewünschten Befehl. Der Bürgermeister erklärt nunmehr, er stehe da und vertrete und verteidige die Rechte der Stadt an Äckern, Wiesen, Weiden und allen übrigen ihr gehörigen Liegenschaften. Er richtet zugleich an den Fürsprecher die Frage, was Rechtens sei, wenn sich jemand dieser Güter unterwinde, ohne Wissen und Willen des Bürgermeisters oder Kämmeres, und welche Strafe er verwirke.³⁾ Noch eine zweite Rechtsfrage durfte der Bürgermeister nach beim Richter eingeholter Erlaubnis im echten Dinge zur Sprache bringen. Sie betraf

¹⁾ S. Toeppen a. a. O. S. 177. Er führt da aus den Formeln von 1441 die Worte an: „wie der burgermeyster ettyng kundigt. wir bitten euch czu horen: wir verkundigen alle unsern burgern ettyng, eyn jderman beware sich also, daz er nicht czu schaden enkome.“

²⁾ S. oben S. 43.

³⁾ S. Toeppen a. a. O. S. 178. Die da aus den Formeln von 1441 abgedruckte Stelle ist oben S. 43 Note 4 bereits mitgeteilt. Man vgl. damit die Lüneburger Eddachartikel (*articuli iudicii legitimi civitatis Luneburgensis* (Pufendorf, *Observ. II Append. Nr. 8 S. 190* (aus dem Ende des XV. Jahrhunderts (?)), daselbst Nr. 9 S. 197 (aus dem XVI. Jahrhundert (?)). Aus dem lüb. R. aber möge man vergleichen (*Hach, Cod. II*) art. 50: „Van der stades ghude: So wesc underwint torfachtech eghenes, dat der stat is binnen der stat oder buten, dat scholen de ratman — claghen vor deme richtere vn de richtere schalit richten.“

das wohlgewonnen Gut. Die von ihm hierüber zunächst an den Schulz zu richtende und von diesem weiter dem Fürsprecher vorzulegende Urteilsfrage war dahin zu fassen, was ein Mann mit seinem gewonnenen Gute tun möge. Der Fürsprecher hatte hierauf zu antworten und zu urteilen: „so wie sich das gehört.“¹⁾

Das Ergebnis, zu dem wir gelangen, ist dieses: das echte Ding hört, wenn nicht schon früher, in der ersten Hälfte des XV. Jahrhunderts auf, ein Organ der altelbinger Gerichtsordnung zu sein. Es wandelt sich um in eine Einrichtung, die allein noch in der Vollziehung feierlicher Handlungen von zeremonieller Art und Bedeutung besteht.

Wenn der Bürgermeister noch der versammelten Bürgerschaft Etding verkündet, geschieht das, abgesehen davon, daß man sich nicht so bald entschließen mochte, vom alten Herkommen und Gebrauch abzugehen, wohl hauptsächlich deshalb, weil die Abhaltung dieses Sondergerichts im Anschluß an die unmittelbar vorangehende Ratserneuerung sich dazu eignete, dem gewachsenen Ansehen und der erhöhten Stellung und Bedeutung des Rats in feierlicher Weise Ausdruck zu verschaffen und dem Bürgermeister Gelegenheit zu geben, sich als wachsamem Hüter der Güter und Rechte der Stadt zu erweisen, nicht weniger aber sein Bemühen darzutun, den Bürgern die ihnen besonders wertvolle, durch das lübische Recht gewährte Freiheit zu bewahren, über ihre wohlgewonnenen Güter frei und ohne der Erben Erlaubnis zu bedürfen, zu verfügen.

Wen die Altstadt Elbing zu der Zeit ihrer Bewidmung mit dem lübischen Recht zum Richter hatte, erhellt aus dem ihren Bürgern im Jahre 1246 durch den Hochmeister des Deutschen Ordens Heinrich von Hohenlohe erteilten Privileg. Ebenfalls weiß man, daß es später dort zwei Stadtgerichte gab: eines für den engen Bereich der Stadt innerhalb der Planken und der im Verlaufe der Zeit an ihre Stelle tretenden Ringmauern, das andere für die städtische Freiheit. Jedes hatte seinen eigenen Richter, jenes den Schulz, dieses den Vogt.

Wer aber war berufen und ermächtigt zu richten, wenn Kläger oder Beklagter mit dem im Gericht des Erb-

¹⁾ Toeppen a. a. O. S. 178: „so vroget denne der burgermeystir vortan vnd spricht: Her scholtis ich vroge, waz eyn man thun mag mit symegewonnen gute? so teylet dervorspreche, alze sich daz gebört; — so spricht der burgermeystir: herscholtis, ich dancke euch gutes gericht.“ Vgl. Lüb. R. (Hach, Cod. II) art. 44. 103. (Hach, Cod. III) art. 282.

richters und später in dem des Schulz bzw. des Vogts gesprochenen Urteil sich nicht zufrieden erklärte und die Urteilsschelte erhob?

Daß der altstädtische elbinger Rat berechtigt war, über gescholtene Urteile Recht zu sprechen und zu entscheiden, kann einem Zweifel wohl kaum unterliegen.

Schweigt auch das Privileg von 1246 hierüber, so steht doch nichts der Annahme entgegen, es sei damals den elbinger Bürgern ein Artikel des um 1230 aufgezeichneten sog. lübischen Fragments: „*si quispiam redarguit super domum consulum sententiam, si praevalere non poterit, componet magistris consulum dimidiam libram*“ (U.B. der Stadt Lübeck I Nr. 32) oder zum wenigsten eine Bestimmung ähnlichen Inhalts¹⁾ bekannt gewesen und von ihnen als maßgebend erachtet worden. Ist doch die Wortfassung des Privilegs, wo es von mißbilligten Entscheidungen (*sententiae reprobatae*) redet, so allgemein gehalten und weitgehend, daß sie nicht sowohl die im Stadtgericht gesprochenen Urteile, sondern auch die vom Rat in zweiter Instanz ausgehenden Entscheidungen mitbegreift und einschließt.

Was aber die spätere Zeit angeht, so erhellt die Geltung und Anwendung des Art. 61 des deutschen Textes des lübischen Rechts (Hach, Cod. II) in der Altstadt Elbing aus der Fürsprecherordnung vom Jahre 1336.²⁾

Wohin sollte nun aber die Urteilsschelte gehen, wenn die eine oder die andere Partei sich bei dem, was der alt-elbinger Rat für Recht erkannt hatte, nicht beruhigen mochte?

¹⁾ Von den durch Hach in den Text seiner Ausgabe des älteren lateinisch abgefaßten lüb. R. Cod. I art. 30 aufgenommenen Lesarten muß freilich dabei abgesehen werden. Sie sind unklar und verworren.

²⁾ S. die Urk. im Cod. dipl. Warm. I Nr. 279 bei den Worten: „*si autem sententia ad domum consulum reclamabitur*“, womit zu vergleichen eine spätere Fürsprecherordnung von 1356 (Cod. dipl. Warm. II Nr. 239) bei den Worten: „*wirt aber di sache beschölden vf daz huz*“.

Die von manchen Schriftstellern¹⁾ aufgestellte Behauptung, der Zweck der in dem Privileg von 1246 wegen der Urteilsschelte getroffenen Bestimmung sei, um die elbinger Bürger nicht zu Reisen zu nötigen, dahin gegangen, den Rechtszug nach Lübeck auszuschließen, ist nicht zu erweisen. Die Worte des Privilegs von 1246²⁾ „longas vias“ (nicht longam viam) deuten nicht auf den Rechtszug nach einer einzelnen, ein für allemal bestimmten Stadt, sondern überhaupt auf den Rechtszug nach einem Orte außerhalb Elbings, und zwar nach einer oder der andern, der Wahl des Urteilsschelters überlassenen Stadt hin.

Es kommt hinzu, daß der dem sog. Lübecker Fragment (1226—1228) zeitlich nächststehende Text einer breslauer Handschrift des älteren lübischen Rechts aus der Zeit von 1227—1243 noch eines über Lübeck stehenden Oberhofs gedenkt.³⁾

Demnach wird man mit Grund an der Möglichkeit zweifeln, es sei im Jahre 1246 wie den elbinger Bürgern, so dem Hochmeister Heinrich von Hohenlohe die Tatsache der höchstwahrscheinlich erst später zugestandenen und übergeordneten Stellung Lübecks als Oberhof bekannt gewesen.

War der Rechtszug nach außerhalb ausgeschlossen, so fragt sich jetzt weiter: welche in der Altstadt Elbing selbst befindliche Behörde sollte nach dem im Privileg von 1246 zum Ausdruck gebrachten Willen des Hochmeisters Heinrich von Hohenlohe imstande und berechtigt sein, über die vom Rat ausgegangenen Erkenntnisse nach erhobener Urteilsschelte zu entscheiden?

Die deshalb getroffene Verordnung lautete dahin, es habe die Berichtigung und Verbesserung der mißbilligten Erkenntnisse zu geschehen „innerhalb der vier Gerichts-

¹⁾ Toeppen, *Elbinger Antiquit.* S. 237. Steffenhagen, *Deutsche R.-Quellen in Preußen* S. 76. 77.

²⁾ S. das Privileg von 1246 (Cod. dipl. Warm. I Nr. 13) bei den Worten: „Et ne pro sententiis reprehensis longas vias ad correctionem ipsarum facere compellantur, sancimus etc.“

³⁾ S. Schröder, *Deutsche Rechtsgeschichte* (5. Aufl.) S. 699.

bänke“.1) Der lübecker Notar Heinrich von Witborn, an den von dem altelbinger Rat im Jahre 1300 oder kurz vor- oder nachher das Ersuchen ergangen war, den von der Urteilsschelte handelnden Artikel des Privilegs von 1246²⁾ zu deuten und auszulegen, hat die Worte *scamna judicialia* (mit Nichtbeachtung des ihnen zugefügten Wortes *quatuor*) dahin verstehen wollen, es werde damit als Gerichtsstätte das Rathaus und in diesem das Zimmer bezeichnet, in dem die Ratmannen, wenn sie über Rechtsstreitigkeiten verhandeln und entscheiden, sich versammeln und zu Gericht sitzen.³⁾

Diese Ansicht kehrt in der neueren Literatur⁴⁾ wieder. Sie ist völlig unhaltbar.

Der Sprachgebrauch der norddeutschen Stadtrechtsquellen des Mittelalters bedient sich der Worte „vier Gerichtsbänke“ allein und ausschließlich zur Bezeichnung der Stätte, wo unter freiem Himmel innerhalb der zu einem Viereck zusammengestellten Bänke, die zugleich die Hegungsschranken bilden, Gericht gehalten wird.⁵⁾

¹⁾ Das Privileg fährt an der oben S. 51 Note 2 bezeichneten Stelle fort: „*sancimus, ut ipsa correctio fiat infra (sic) quatuor scampla judicialia.*“

²⁾ S. die vorige Note.

³⁾ S. die Urkunde im Cod. dipl. Warm. I Nr. 118 bei den Worten: „*scamna judicialia dicuntur, vbi administratores, qui sententias dicunt, sedere consueverunt, vnde non consedebunt fratres et consules in domo fratrum nec alibi, sed infra scampla predicta, hoc est in consistorio, ubi sententiae pronuntiantur ab administratoribus civitatis, hoc sunt consules.*“

⁴⁾ S. Toeppen a. a. O. S. 237. Steffenhagen a. a. O. S. 77. Nicht aber ist Rhode, auf den sich Steffenhagen ebenfalls beruft, den Anhängern dieser Ansicht zuzurechnen. Ersterer spricht sich in seiner Schrift über den elbinger Kreis S. 455 weit besonnener und vorsichtiger aus.

⁵⁾ Magdeburger Schöffengericht (Laband, Magdeb. R.-Qu. I S. 116—117) IX: „Ob sich zwene wunden vnder einander gliche, der eine ge czu dem richter in sin hus vnd chlage, der ander ge in di vire bencke vnd chlage mit geruffte den scheppen oder den dingeluten sin wunden — Her beheltet di erste chlage, ob her des geozuc hat, an den scheppen oder an den dingeluten, das her binnen den vier bencken ge-chlaget hat“; Magdeburg-Breslauer system. Schöffengericht (La-

Als städtisches Gericht kam in der Altstadt Elbing für das Jahr 1246 allein das Gericht des Erbrichters, sieht man aber auf die spätere Zeit, nachdem dieses in den Besitz der Stadtgemeinde übergegangen war, nur das Gericht in Frage, dem der Schulz vorstand.

Doch nicht bloß in der Person des vorsitzenden Richters kam das zu Entscheidungen in dritter Instanz berufene Gericht der vier Bänke mit dem ordentlichen Stadtgericht überein. Auch im übrigen muß man sich dessen Bildung und Zusammensetzung der des städtischen Gerichts entsprechend vorstellen. Nicht nur, daß die beiden Ratmannen, die als Beisitzer des Richters über eine unparteiische Rechtspflege zu wachen hatten, im Gericht der vier Bänke ebenfalls anwesend sein mußten. Man wird nicht minder annehmen dürfen, daß Bürger in größerer oder geringerer Anzahl verpflichtet waren, als Dingleute sich einzufinden, um es dem vorsitzenden Richter zu ermöglichen, aus ihnen die geeigneten Urteilsfinder auszuwählen.

In letzterer Beziehung aber machte sich nun freilich ein bemerkenswerter Unterschied gegenüber dem ordentlichen Stadtgericht geltend. Nicht jeder an Gerichtsstätte erschienene Dingmann konnte vom Richter zur Beantwortung der Urteilsfragen und zum Urteilsfinden aufgerufen und aufgefordert werden. Als Urteilsfinder waren allein diejenigen Bürger heranzuziehen, welche nicht schon früher einmal in derselben Sache, als diese noch in erster Instanz schwebte, im Stadtgericht Urteilsfragen beantwortet und Urteil gefunden hatten.

Noch gewichtiger und bedeutsamer aber ist ein anderer Umstand, durch welchen sich das Gericht der vier Bänke des Privilegs von 1246 von dem Stadtgericht

band III, 10. 17); Alter Kulm (Leman) III, 17; Statuta und Ordele der Stadt Bremen, Ordel 6. 11 (Pufendorf, Obs. II Append. S. 73. 74): „So welk man beklagd wert binnen 4 bencken vor dem vogede.“ Privileg vom 23. Juni 1444 (Häberlin, Analect. med. aevi S. 412): „wir Johann, ind alle vnse erven sullen vnd willen sey ind de stat Soist behalden vnd laten by dem gericht der veyr bencke bynnen Soist.“ Vgl. auch Warnkönig, Flandr. R.-Gesch. I S. 281 III S. 1271.

in dessen gewöhnlicher Zusammensetzung unterscheidet und sich als besonders und eigentümlich geartet darstellt.

Die in dritter Instanz zu fällenden Entscheidungen sollen, wie das Privileg besagt, nicht anders ergehen noch zur Verkündigung durch den Richter gelangen, denn „*secundum consilium domus nostre*“.¹⁾ Was ist darunter zu verstehen?

Zunächst ist davon auszugehen, daß das Gericht der vier Bänke, sollte es gehörig besetzt sein, außer der Anwesenheit von Bürgern, welche die Dingpflicht dorthin rief, die Zuziehung eines oder mehrerer, durch den Hochmeister oder seine Gebietiger dazu verordneten Ordensbeamten oder sonstige Ordensritter erforderte.

Welche Bewandtnis aber, so ist weiter zu fragen, hatte es mit dem Rat (*consilium*), den der Richter oder vielleicht auch die das Urteil findenden Bürger von ihnen einzuholen hatten, wie das Privileg es vorschrieb?

Der lübecker Notar Heinrich von Witborn²⁾ will den von den Ordensbrüdern einzuholenden und zu erteilenden Rat nicht als maßgebend erachtet wissen für die über das gescholtene Urteil zu fällende Entscheidung.

Der altelbinger Rat, in welchem er die Behörde erblickt, die in dritter Instanz zu erkennen hat, soll zwar die Ordensbrüder hören, um zu erfahren, wie sie über das zu sprechende Urteil denken, nicht aber auch gehalten und verbunden sein, ihrer Meinung sich anzuschließen und dem von ihnen gemachten Urteilsvorschlag Folge zu geben und der zu treffenden Entscheidung zugrunde zu legen.³⁾

Diese Ansicht, welche sich noch in zwei anderen, bei lübecker und pariser Rechtsgelehrten durch Rat und Bürger der Altstadt Elbing eingeholten Gutachten wiederfindet⁴⁾, ist sicher unrichtig.

¹⁾ S. die Stelle des Privilegs von 1246: „*sancimus, ut ipsa correctio fiat infra quatuor scampna judicialia secundum consilium domus nostre*.“ ²⁾ Vgl. über ihn U.-B. der Stadt Lübeck I Nr. 320.

³⁾ S. dessen Gutachten im Cod. dipl. Warm. I Nr. 118.

⁴⁾ S. die Urkk. im Cod. dipl. Warm. I Nr. 117 (Gutachten mehrerer Kanoniker in Lübeck). I Nr. 108 (Gutachten zweier pariser Rechtsgelehrten: Petrus de Bellapertica und Hugo de Bisontio).

Sie müßte selbst dann als verkehrt verworfen werden, wenn man in Widerspruch mit dem Wortlaut des Privilegs von 1246 den Ausdruck „vier Gerichtsbänke“ statt auf das Gericht, auf den Rat der Stadt beziehen würde. *Secundum consilium* ist, wenn man die Worte unbefangen ansieht und auffaßt, auf deutsch durch „dem Rate gemäß“ oder „nach Maßgabe des Rates“ wiederzugeben.

Daß diese Deutung indes nicht nur sprachlich, sondern zugleich sachlich im gegebenen Falle die einzig richtige und gebotene ist, zeigt sich, wenn man folgende Erwägung anstellt.

Der Artikel „*ne pro sententiis reprehensis*“ reiht sich im Privileg von 1246 unmittelbar an das Verbot der Anwendung gewisser Vorschriften des lübischen Rechts an. An deren Stelle haben, wie wir bereits an anderer Stelle sahen, Satzungen zu treten, die sich für den Orden, das Land und die Stadt besser eignen. Solche aber sollen aufgestellt werden und zustande kommen „*secundum fratrum consilium et civium et aliorum consilium discretorum*“.¹⁾

Hiernach hatte dabei ein Zusammenwirken der Ordensbrüder mit den elbinger Bürgern und anderen auserwählten rechtskundigen Männern stattzufinden. Eine jede dieser Gruppen hatte nicht etwa eine bloß beratende, sondern eine beschließende und mitentscheidende Stimme. Sollte doch Vereinbarung und Beschlußfassung gemäß dem von den Mitgliedern jeder derselben ausgehenden Rat und den danach entworfenen Vorschlägen geschehen.

Bedeuteten die Worte *secundum consilium* an der bezeichneten Stelle soviel wie: nach Maßgabe des Rats, und zwar nicht bloß von den Ordensbrüdern, sondern nicht weniger auch von den Bürgern und anderen erfahrenen Männern erteilten Rats, so ist wahrlich nicht einzusehen, warum in dem gleich folgenden Artikel des Privilegs denselben Worten ein anderer Sinn und eine abgeschwächte Bedeutung unterzuschieben ist, um daraufhin den Ordensbrüdern, wenn es gilt, in dritter Instanz Urteil zu finden, eine nur beratende Stimme und nicht ein ausschlaggebendes Votum zuzuschreiben.

¹⁾ S. oben S. 27 Note 1.

Man muß im Gegenteil behaupten, das Gewicht, welches man der Stimme der Ordensbrüder bei der Urteilsfindung im Gericht der vier Bänke beizulegen hat, ist noch bedeutsamer und von größerer Wirkung als in den Fällen, wo es darauf ankam, an Stelle der vom Orden reprobirten Vorschriften des lübschen Rechts andere neue Satzungen zu vereinbaren und aufzustellen.

Hat da der Rat der Ordensbrüder nur die gleiche Kraft wie der Rat der mitwirkenden Bürger und anderer zur Beratung zugezogener Männer, so wird hier, wo es gilt, Urteil zu finden und Recht zu sprechen, lediglich und allein des Rates der Ordensbrüder gedacht und nur diesem maßgebende Bedeutung zuerkannt.

Das Verhältnis der in das Gericht der vier Bänke abgeordneten Ordensbrüder gegenüber den übrigen an diesem und dem dabei beobachteten richterlichen Verfahren beteiligten Personen wird man sich ähnlich vorzustellen haben dem Verhältnis, in dem sich der Umstand der Dingleute zu den Schöffen, oder in Städten, die keine Schöffeneinrichtung hatten, zu den aus der Mitte der Dingpflichtigen durch den Richter ausgewählten Urteilsfindern befand. Wie der von den Schöffen oder Urteilsfindern ausgehende Urteilsvorschlag, um die Kraft eines wirklichen Urteils zu erlangen, die ausdrücklich oder stillschweigend erfolgende Billigung von seiten des Umstandes voraussetzte und erst, wenn diese feststand, durch den Richter verkündet werden konnte, so durfte in dem Gericht der vier Bänke der Altstadt Elbing der vorsitzende Richter das von den Urteilsfindern in Vorschlag gebrachte Urteil nicht anders und nicht eher verkünden, denn nachdem er sich vergewissert hatte, daß die mitanwesenden Ordensbrüder mit diesem einverstanden seien und nicht Widerspruch erhoben bzw. ihrerseits einen Gegenvorschlag machten. Erhoben sie Widerspruch, so wird man der Meinung Raum zu geben haben, daß, wenn nicht noch nachträglich ein bisher unbeteiligter Dingmann ein neues Urteil vorschlug, das ihre Zustimmung fand, sie nunmehr ihrerseits selbst das Recht, Urteil zu finden, zu beanspruchen und ein Urteil in Vor-

schlag zu bringen hatten. Dieses ward dann für die zu treffende Entscheidung maßgebend. Der Richter mußte es diesem zugrunde legen und demgemäß Recht sprechen.

Während der ersten Zeit nach Erteilung des Privilegs von 1246 regte sich unter den altelbinger Bürgern anscheinend noch keine Unzufriedenheit mit den Bestimmungen des Hochmeisters Heinrich von Hohenlohe wegen der Verweisung der gescholtenen Urteile vor das städtische Gericht der vier Bänke und des von seiten der Ordensbrüder zu übenden Einflusses auf die in diesem erfolgende Rechtsprechung. Zum wenigsten verlautet in den auf unsere Tage gekommenen Quellen hierüber nichts.

Erst zu Ausgang des 13. oder nach Beginn des 14. Jahrhunderts machte sich in der Altstadt Elbing der Wunsch und das Bestreben geltend, wie in anderen Dingen, so namentlich in der Rechtspflege und deren Ausübung größere Freiheit der Landesherrschaft gegenüber zu erlangen.

Es spricht hierfür die Tatsache, daß Ratmannen und Bürger um das Jahr 1300 sich, wie schon erwähnt wurde, außer von dem lübecker Notar Heinrich von Witborn noch von anderen in Lübeck und jenseits der Grenzen Deutschlands lebenden Rechtsverständigen über den Inhalt des Privilegs von 1246 und namentlich über die sich darin wegen der Urteilsschelte findenden Bestimmungen Gutachten erstatten ließen und um Aufklärung und Belehrung nachsuchten. Die Erwartung und Hoffnung aber, die sie hegen mochten, daß der Einblick in diese Gutachten und die Kenntnisnahme von den darin enthaltenen Rechtsausführungen (— deren Verfasser durchaus einseitig den Interessen ihrer Stadt das Wort redeten, ohne deren Abhängigkeit von ihrem Landes- und Stadtherren zu berücksichtigen —) auf den Hochmeister und die Gebietiger des Deutschen Ordens Eindruck machen und sie bewegen würden, auf eine Änderung des bisherigen Rechtszustandes Bedacht zu nehmen, sollte sich nicht erfüllen.¹⁾

¹⁾ Außer der schon besprochenen Deutung der Worte des Privilegs von 1246 „secundum consilium domus nostre“ mag hier noch zum

Es vergingen noch mehr denn vierzig Jahre, bis der Hochmeister Ludolf König sich aus Gründen, die sich unserer Kenntnis entziehen, veranlaßt und bewogen fand, den altelbinger Bürgern die Möglichkeit des Rechtszuges nach Lübeck zu eröffnen. Jedoch tat er das, wie sich gleich zeigen wird, nicht ohne Vorbehalte und nicht ohne der Gefahr vorzubeugen, daß Macht und Ansehen des Ordens als des Landes- und obersten Gerichtsherrn Abbruch geschehe.

Durch Urkunde vom 25. Juni 1343¹⁾ bewilligte und bestätigte er namens der Landesherrschaft die von den

Beleg für das bei Abfassung der fraglichen Gutachten eingeschlagene leichtfertige und willkürliche Verfahren auf eine Stelle aus dem von mehreren lübecker Kanonikern durch die altelbinger Ratmannen und Bürger um das Jahr 1300 eingeholten Gutachten (Cod. dipl. Warm. I Nr. 117) verwiesen werden. Aus dem Beweggrund, daß die elbinger Bürger nicht durch lange Reisen ermüdet und beschwert würden, wird, völlig unlogisch, auf die Absicht des Hochmeisters geschlossen, der das Urteil scheltenden Partei die Wahl freizugeben, ob sie ihre Sache in dritter Instanz vor den Rat der Altstadt Elbing („den es mit dem Gericht der vier Bänke für gleichbedeutend hält“) bringen und dort entscheiden lassen oder aber den Rechtszug nach Lübeck ergreifen und den dortigen Oberhof um richterliche Hilfe anrufen wollen „civibus in Elbinghe in favorem concessum, uti dicitur in privilegio, et ne pro sententiis reprehensis longas vias facere compellantur. — Si ergo magis volunt longis viis fatigari, quam in suo jure periclitari, deferendum est.“ Dabei wurden dann, weil diese dem Gutachter offenbar unbequem, die nachfolgenden ganz kategorisch lautenden Worte des Privilegs „sancimus, ut ipsa correctio“ etc. ganz beiseite und unberücksichtigt gelassen.

¹⁾ S. die Urk. vom 25. Juni 1343 (Cod. dipl. Warm. II Nr. 25): „Wir bruder Ludolf Kunig — Meyster libin dise ordnung vnd wilkore, di herna geschribin stet, die vnse burger in der stat zu dem Elbinge vnde ratluyte gemachit habin: „zo welche luyte habin zu sachen mit eineandir in clagewise offenbar vor gerichte, vnde in di ratluyte vindin vf dem rathuse eyn recht nach clage vnde noch entworthe vf ir beydir orteyl noch irim bestin sinne, welchir im denne das gevunden recht nicht behagit vnd wil sin wisir werdin, der mag is scheldin ken Lubech in sulchir wise als herna geschribin ist: Zo wer das recht beschilt, der sal zu dem ersten vorburgin adir vorphandin virzig marc, vorbas sal man beschribin clage vnde antworthe mit mitwissene vnde mit bekentnisse des Huscompthurs vnde gerichtis vnde ratis an di von Lubech, ouch sal der brief beschlossin sin vnde vorsegild beyde mit des huscompthurs vnde der stat ingesegilen, vnd sal gewurt werdin

Bürgern und den Ratleuten der Altstadt Elbing vereinbarte Ordnung und Willkür¹⁾ wegen der Urteilsschelte und des Rechtszuges an den lübecker Oberhof.

Eine für die Dauer berechnete Neuerung war damit nicht geschaffen. Der Hochmeister erklärte ausdrücklich, er bewillige die Willkür mit der Maßgabe, daß sie vorerst nur für die Zeit eines Jahres in Geltung zu treten habe. Nach dessen Ablauf sollte, wenn sie dem Orden oder den Bürgern „unbequem dünke“, Rat und Bürgerschaft der Altstadt Elbing wieder von ihrem alten Recht und der bisher befolgten Gewohnheit Gebrauch machen.

Von der Widerruflichkeit der ihm stattgebenden Willkür abgesehen, wird dann aber der Rechtszug nach Lübeck in der seine Bewilligung aussprechenden Urkunde außerdem noch von Erfüllung mehrerer beschränkender und erschwerender Bedingungen abhängig gemacht.

Wer ein Erkenntnis des Rates schelten und den lübecker Hof anrufen wollte, mußte vorweg durch Bürgen oder Pfand in Höhe von 40 Mark Sicherheit bestellen. Ferner waren Klage und Antwort niederzuschreiben und mit Wissen und Anerkenntnis des Hauskomturs sowie des altelbinger Gerichts und Rats dem Rate von Lübeck zu übermitteln. Die hierüber abzufassende Urkunde mußte verschlossen und mit den Siegeln des Hauskom-

von den sachwalden, adir von iren sichirn boten bis zu Lubech, sundir vorsprechin adir ouch allirhande teydingisluyte durch lichtikeit der vare — wirt darnach der beschelder eines rechtis nidirvellik geteylit zu Lubech, so sal her di virczig mark usrichtin alczumale, die sullen halb dem huse, vnde halb der stat gevallin, wirt her abir recht geteylit, so sal noch her noch sin wedirsache dar vmme icht vorlisiin. Vnde dise vorschribin wilkore habe wir mit den burgern gelibit Zu ey me jare, is das si denne vns vnde vnse vorgeante burger gevellich dunkit, so mac man si vor haldin, is das si abir vns unde — di burger vnbequeme dunkit, so sullin di burger vnd ratman zu dem Elbinge iris alden rechtis vnde gewonheyte gebruchin noch bewysunge iris rechtis.“

¹⁾ Daß städtische Willküren, zumal solche, welche die Verfassung und das Verfahren der Gerichte betrafen, nicht ohne Bewilligung und Bestätigung des Ordens verfaßt und eingeführt werden durften, ergibt sich für die Altstadt Elbing aus den in anderem Zusammenhange bereits angeführten Urkunden der Jahre 1288 und 1339 (Cod. dipl. Warm. I Nr. 77b, Nr. 300).

turs und der Stadt versehen werden. Die Beförderung nach Lübeck hatten die streitenden Parteien selbst oder durch von ihnen damit beauftragte sichere Boten zu besorgen. Fürsprecher oder Teidingsleute dabei zuzuziehen ward nicht erlaubt.

Die Bedingungen, an welche die Erlaubnis, den Rechtszug nach Lübeck zu nehmen, geknüpft ward, sind darum bemerkenswert, weil die bezeichneten Kautelen nicht bloß dem Interesse des Urteilschelters und seines Gegners zu dienen bezweckten. Es geht daraus vielmehr zugleich die Absicht und das Bestreben hervor, der Gerichtsherrschaft das Recht der Aufsicht zu wahren über die mit der Rechtspflege befaßten Richter und richterlichen Behörden. Als Gerichtsherr kam im gegebenen Falle die Altstadt Elbing, neben und über ihr aber der Orden, von dem die Stadt die Gerichtsbarkeit empfangen hatte, als Landes- und oberster Gerichtsherr in Frage. So erklärt sich, daß von dem nach Lübeck zu richtenden Schreiben neben und außer dem Gericht und dem Rat der Altstadt Elbing auch der Hauskomtur Kenntnis zu nehmen und solche zu bestätigen berechtigt sein soll. Ebenso ist hieraus die Anordnung herzuleiten, welche gebietet, die Urkunden, welche die Schreiben einschlossen, mit den Siegeln des Hauskomturs und der Stadt zu versehen.

In der Gerichtsherrschaft gründete sich endlich auch eine vorhin noch nicht erwähnte Bestimmung. Die Frage, was mit den 40 Mark zu geschehen hat, wenn der Urteilschelter beim Oberhof in Lübeck in dem vor diesen gebrachten Rechtsstreit unterliegt, wird in der vom Hochmeister bewilligten und bestätigten Willkür dahin beantwortet: Der unterliegende Urteilsschelter muß die 40 Mark, wegen deren er Sicherheit bestellt hat, zahlen. Die von ihm verwirkte Sukkumbenzstrafe aber verfällt zu einer Hälfte dem Orden, zur andern der Stadt. Anders verhält es sich, wenn die in Lübeck eingelegte Urteilsschelte Erfolg hat. Dann trifft weder den Urteilsschelter noch seinen Gegner irgendwelcher Nachteil. Die von ersteren bestellte Sicherheit gilt als erledigt. Er selbst erhält

das von ihm gestellte Pfand zurück; ein anderer aber, der sich für ihn verbürgte, wird von der übernommenen Verpflichtung befreit.

Dreizehn Jahre später, nachdem in der Zwischenzeit keiner von beiden Teilen, weder die Altstadt Elbing noch der Orden, von dem vorbehaltenen Widerruf Gebrauch gemacht hatte, vereinbarten und beschlossen Rat und Bürgerschaft eine Erneuerung der Willkür von 1343. Diese erhielt die landesherrliche Billigung und Bestätigung durch den Hochmeister Winrich von Kniprode am 27. Dezember 1356.¹⁾ Dennoch kam es auch jetzt noch nicht dazu, daß der Rechtszug nach Lübeck für die Altstadt Elbing zu einer bleibenden und beständigen Einrichtung erhoben und als solche anerkannt worden wäre. Wie sein Vorgänger Ludolf König gab der Hochmeister Winrich von Kniprode dem Wunsche und Begehren der altelbinger Bürger wegen Gestattung des Rechtszuges nach Lübeck nicht anders nach denn mit dem Vorbehalt des Widerrufs nach Ablauf eines bestimmten Zeitraumes. Nur wurde dieser bei der Bewilligung und Bestätigung der erneuerten Willkür statt wie bisher auf 1 Jahr auf 6 Jahre festgesetzt und verlängert.²⁾

Die Maßgaben und Bedingungen angehend, von deren Beobachtung die Erlaubnis, den Rechtszug nach Lübeck zu nehmen, abhängig gemacht wird, läßt die Erneuerung der Willkür es der Hauptsache nach bei dem Inhalte der Willkür von 1336 bewenden. Die Änderungen, wodurch sich der Text der Erneuerung von der älteren Willkür unterschied, beschränken sich vornehmlich auf die Herabsetzung der den unterliegenden Urteilsschelter treffenden Sukkumbenzstrafe von 40 auf 20 Mark³⁾ und sonst

¹⁾ S. die Urkunde in Cod. dipl. Warm. II Nr. 246.

²⁾ S. die Urk. vom 27. Dezember 1356 (Cod. dipl. Warm. II Nr. 246) bei den Worten: „Vnde dise willekore libe wir sechs jar. Dunket sie denne vns vnde vnsern ratluiten vnde burgern gevellik sien, so mak mansie vorthaldin. Is das abir nicht, so sullen die ratluite vnde die burger von deme Elbinge eris alden rechtis vnde gewonheit gebruchen nach bewisung eris rechtis.“

³⁾ S. die Urk. von 1356 (Cod. dipl. Warm. II Nr. 246) bei den Worten: „wer daz recht beschilt, sal zu deme ersten vorburgin odir vor-

noch darauf, dass der in Lübeck unterliegenden Partei, sei es der Urteilsschelter oder sein Gegner, die Verpflichtung auferlegt wird, dem andern Teil die durch die Reise nach Lübeck entstandenen Zehrungskosten und sonstigen Auslagen zu erstatten.¹⁾

Zu der im Jahre 1356 vorbehaltenen Aufhebung der erneuerten Willkür und Wiederherstellung des vor 1343 bestandenen Rechtszustandes ist es, solange die Altstadt Elbing der Herrschaft des Deutschen Ordens unterworfen blieb, nicht gekommen. Der Rechtszug nach Lübeck blieb so mit den Maßgaben, an welche ihn die Erneuerung der Willkür von 1356 knüpfte, den elbinger Bürgern bis zum Aufhören der Ordensherrschaft erhalten. Ja er sollte, wie wir später sehen werden, sogar noch einige Jahre deren Ende überdauern.

Bisher ist nur von der streitigen Gerichtsbarkeit die Rede gewesen. Es erübrigt, ehe wir mit der Geschichte der Gerichtsverfassung der Altstadt Elbing unter der Herrschaft des Deutschen Ordens abschließen, noch den Blick zu richten auf die freiwillige Gerichtsbarkeit, um zu untersuchen und klarzustellen, wer diese dort während des Mittelalters wahrzunehmen hatte, und wo das geschah.

Die erste Notiz über Vornahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, auf die man beim Durchmustern der Urkunden stößt, findet sich, soweit meine Kenntnis reicht, in dem Schreiben, welches Rat, Schult-
 heiß und Bürger der Altstadt Elbing um das Jahr 1263 an den Lübecker Rat mit dem Ersuchen richteten, in dem ihnen früher mitgeteilten Kodex des älteren lateinischen Textes des lübischen Rechts gewisse Artikel, welche darin nicht aufgenommen, ihnen aber höchst nötig wären, sowie alle sonstigen lübischen Satzungen, welche ihrer Stadt nötig werden möchten, eintragen zu

pfandin zwenczik mark. — Unde wirt der bescheldir des rechtis nidirvelik geteilt zu Lubek, so sal her — vz richten die czwenczik mark.“

¹⁾ S. daselbst die Worte: „welch teil nidirvelick wirt, daz sal deme andirn teile sine kost vnde czerunge vf (sic!) richten.“

lassen, andere darin vorhandene, jedoch mehr oder weniger dunkeln und Zweifel erweckenden Artikel genauer zu deuten und zu erklären.¹⁾

Eine der darin gestellten Fragen, deren Beantwortung erbeten wird, lautet: „si aliquis possit resignare hereditatem suam coram duobus consulibus vel tribus vel si coram omnibus debeat resignare“. Man ersieht daraus, daß zur Zeit der Abfassung des Schreibens in der Altstadt Elbing die Auflassung eines Grundstücks (hereditas, Erbe) vor den Ratmannen geschah. Zweifel erhoben sich darüber nur insofern, ob diese vor dem ganzen versammelten Rat oder vor zwei oder drei seiner Mitglieder zu geschehen habe. Da der ältere (lateinische) Text des lübischen Rechts noch keine die Auflassung von Grundstücken betreffende Vorschrift aufweist²⁾, konnte es sich bei dem den Ratmannen und Bürgern Altelbings aufgestiegenen Zweifel wegen Vornahme der Auflassung vor dem Rat nur um eine dem lübischen Gewohnheitsrecht entstammende, von Lübeck nach Preußen verpflanzte Einrichtung handeln. Man wird ferner aber anzunehmen haben, daß seit der Verleihung des lübischen Rechts (mithin von etwa 1240 an) der Rat die für Entgegennahme der Auflassung von Grundstücken allein zuständige Behörde war.

Denn, wenn nachweislich in Lübeck schon vom Jahre 1227 an Auflassungen vor dem Rat stattfanden und in dem damals zuerst angelegten Stadtbuch stets der Rat als diejenige Behörde, vor der solche zu geschehen hatten³⁾, genannt wird, mußte um 1263 der Gebrauch und die Gewohnheit, Grundstücke vor dem Rate aufzulassen, bereits so eingewurzelt gewesen sein, daß man füglich davon nicht mehr abweichen mochte noch konnte.

¹⁾ S. die Urk. im Cod. dipl. Warm. I Nr. 119 und vgl. dazu oben S. 30. 31.

²⁾ Solche begegnet uns zuerst in der zwischen den Jahren 1263 und 1267 von Lübeck nach Elbing mitgeteilten Handschrift des deutschen Textes des lüb. Rechts art. 23. 36 (Hach, Cod. II).

³⁾ S. Rehme, Das lübecker Ober-Stadtbuch S. 44 Note I. 2, S. 110.

Die von Pauli¹⁾ und Frensdorff²⁾ vertretene Ansicht, daß, weil Art. 3 des älteren lübischen Rechts³⁾ nicht allein die streitige sondern auch die freiwillige Gerichtsbarkeit begreife, die Auflassung von Grundstücken in Lübeck anfänglich vor dem echten Dinge habe stattfinden müssen, ist mit den Feststellungen Rehmes⁴⁾ schlechterdings unvereinbar. Gründen sich diese doch in Urkunden, welche bis zum Jahre 1227, mithin bis in die Zeit der Entstehung des sog. lübischen Fragments, der nachweislich ältesten überlieferten Form und Gestalt des lateinischen Textes dieses Rechts⁵⁾, zurückreichen. In der Altstadt Elbing muß jedenfalls die Möglichkeit, die Auflassung von Grundstücken anderswo als vor dem Rat vorzunehmen, für ausgeschlossen erachtet werden. Es wäre sonst kaum zu verstehen, warum die dortigen Ratmannen und Bürger, wenn sie um 1263 in Lübeck um Belehrung wegen der Auflassung nachsuchten, der Frage, ob diese vor dem Richter, im echten Dinge vorzunehmen sei, oder ob solche wenigstens nicht außer vor den Ratmannen auch vor dem echten Dinge geschehen könnte, nicht im geringsten gedacht, noch solche irgend berührt und angedeutet haben sollten.

Daß im weiteren Verlaufe des Mittelalters den Vorschriften des lübischen Rechts⁶⁾ entsprechend in der Altstadt Elbing die Auflassung von Grundstücken vor dem dortigen Rate vorzunehmen war, zeigt eine im Archiv des elbinger Magistrats befindliche, zwei Bände umfassende Handschrift des altstädtischen Stadtbuchs (*liber civitatis*) aus der Zeit von 1330—1418.⁷⁾ Darin lesen wir Bd. II S. 8^a: „wissentlich si, das Hancow

¹⁾ Abhandl. aus dem lüb. R. I S. 171.

²⁾ Stadt- und Gerichtsverf. Lübecks S. 84.

³⁾ „In legitimo placito tantum iudicabitur de tribus causis uel articulis scil. de hereditatibus, de cespitalitatum proprietatibus et de reipublicae necessitatibus.“

⁴⁾ S. dessen S. 63 Note 3 angeführtes Buch S. 110.

⁵⁾ Schröder, Deutsche Rechtsgesch. (5. Aufl.) S. 699.

⁶⁾ S. art. 36 (Hach, Cod. II).

⁷⁾ Wir werden später sehen, welche Bewandnis es mit diesem Stadtbuch hatte, und welchen Zwecken es zu dienen bestimmt war.

Vinger hat recht vnd redelich vorkouft Jacobo Cruger, Gercken Crugers sone van siner ersten husvrowen vnd hat ym vf gelazen vor dem sitzenden stule des rates sin dritten teil van dem steyn huse sines erbes.“

Wie aus einer anderen Eintragung zu ersehen ist, hatte, wenn jemand beabsichtigte, aus seinem Eigengut einem anderen eine Rente in Gestalt eines jährlichen Zinses zu verkaufen, dieser sein Vorhaben vor dem Rat zu bekennen und kundzutun.¹⁾ Dagegen erhellt nicht, ob in diesem Falle zu dem Bekenntnis des beabsichtigten Verkaufes noch die ausdrückliche Erklärung der Auflassung der Rente durch den Grundeigentümer an den Gläubiger und Rentenkäufer hinzukommen mußte. Anscheinend hielt man diese nicht für nötig. Man nahm vermutlich an, daß, wenn ersterer sich zu dem Vorhaben der Veräußerung der Rente, mit der sein Gut belastet werden sollte, bekannte, damit implicate sein Wille, diese an den Gläubiger aufzulassen, kundgegeben sei.

Hinwiederum mußte, wenn der auf einem Hause lastende Zins durch Rückzahlung des entsprechenden Kapitals abgelöst werden sollte, der bisherige Gläubiger dem Grundeigentümer vor den Ratmannen den Empfang von Kapital und Zins bekennen.

Auch wurde auf Befehl des Rates in das Stadtbuch der Vermerk aufgenommen, daß, wenn sich der Zins noch ferner darin enthalten finden möchte, die Einzeichnung als „getotit vnd getilgit“ anzusehen sei.²⁾

Wie der Rentenkauf, mußte die Verpfändung eines Grundstücks in der Art und Form der sog. neueren

¹⁾ Die Eintragung findet sich verzeichnet im Stadtbuch Bd. I S. 90: „Sit notandum, quod Godko Velod filius D — relicte sustulit et vendidit pro usu suo — quinque marcas census de proprietate sua, sicut (sic!) coram consulibus est professus.“

²⁾ Bd. II S. 84: „Man sal wissen, das vor vns gewest is hern Werners Druge G. — wittib mit irem vormunde, so das si bekant hat, das sy VI mrc. czintz hat gehad in Claus W — huse stande in der torm strasse, dessen hat se vntphangen das hauptgut mit dem tzinse vs dem vorgenanten huse. Vnd is is sache, daz man den tzins vorgenant in vnsyrm stat buchen beschriben vynt, so sul das getotit vnd getilgit sin czu gantzem ende.“

Satzung vor dem Rat stattfinden. Zwar geschieht seiner Anwesenheit bei Abgabe der bezüglichlichen Erklärung von seiten des Eigentümers des verpfändeten Grundstücks keine Erwähnung. Daß aber die Satzung der gleichen rechtlichen Beurteilung und Behandlung unterlag wie der Rentenkauf, ist aus nachstehender Eintragung im Stadtbuch Bd. I S. 93 zu entnehmen: „Notandum: Thideman Busdorp tenetur Nicolao Gerkoni Hansen in decem et octo marcis denariorum census, pro quibus obligavit hereditatem suam, vt infra vnum annum redimat aut dicta hereditas sua sit pignus.“

Rentenkauf und Satzung werden hier dergestalt miteinander verknüpft, daß, wenn die Rente von 18 Mk. nicht innerhalb eines Jahres durch Zahlung ihres kapitalisierten Betrages abgelöst wird, das Grundstück dem Rentengläubiger verpfändet sein soll.

An anderer Stelle findet sich im Stadtbuch die Satzung eines Hofes verzeichnet, welche der Vater seinen Kindern erster Ehe gegenüber verlautbart, um sie wegen einer Forderung von 200 Mk. preußischen Geldes, welchen Betrag er ihnen schuldet, sicherzustellen.¹⁾ Das leitet hinüber zu den Einzeichnungen des Stadtbuchs über Rechtsgeschäfte, welche in das Familien- und Erbrecht einschlagen.

Vor den Ratmännern hatten junge Männer nach erreichter Volljährigkeit ihre bisherigen Vormünder von jeder Schuldverbindlichkeit aus der durch sie geführten Vermögensverwaltung befreit und entledigt zu erkennen und ihnen Entlastung zu erteilen.²⁾

Vor den Rat gehörte ferner die Abschichtung einer verheirateten Tochter durch den Vater, wenn es sich darum handelte, sie wegen des ihr gebührenden Erb-

¹⁾ Bd. I S. 152: „wissentlich si, daz ich Heyno Wichart habe gesatzzeit minen hof minen kindern von minem ersten wibe vor CC^o mrc. prusch.“

²⁾ Bd. II S. 22: „Notandum, quod Petrus Medenaw cum Paulo fratre fuerunt coram nobis et dominis Hinrico Wesseling et domino Hartwico Bedeke, qui eorum fuerunt provisores seu tutores, dimiserunt liberos et solutos reddentes eis gratiam de omnibus accionibus (sic!).“

teils aus dem Nachlaß der verstorbenen Mutter abzufinden.¹⁾

Nicht weniger mußten Kinder erster Ehe, sei es in eigener Person, sei es, sofern sie noch minderjährig waren, vertreten durch ihre Vormünder, vor dem Rat erscheinen, um nach dem Tode des Vaters wegen dessen Nachlasses sich mit seiner zweiten Ehefrau (ihrer Stiefmutter) auseinanderzusetzen oder eine Erbschichtung mit ihr zu errichten.²⁾

Überhaupt aber war, wie das Stadtbuch lehrt, die Regelung von Nachlaßsachen, sofern sie nur schiedlich und friedlich geschehen konnte, ohne daß es unter den beteiligten Personen zu Rechtsstreitigkeiten kam, Aufgabe des Rates, dem es denn auch oblag, die Erbschichtung unter ihnen vorzunehmen und festzustellen.³⁾

Nicht immer aber wurde der Rat, wie es nach den Eintragungen im Stadtbuch scheinen möchte, von Bürgern angegangen, die miteinander Verträge und Rechtsgeschäfte zu schließen und zu errichten beabsichtigten. Unter Umständen geschah es, daß die Kontrahenten sich

¹⁾ Bd. II S. 17: „Notandum, quod Rother de Hervorden totaliter se expedit et a se separavit filiam suam Annam a parte maternae successionis ita, quod plane nichil ei tenetur et hoc predicta Anna cum ejus marito Ebercone Holken coram nobis pariter sunt confessi (sic!).“

²⁾ Bd. II S. 7a: „wissentlich sy, das Clawes Medenaw vormunder vnd sineldeste sun Peter, der zon (schon) der mal mundik wer, quamen vor vns in densitzendenstuldes rates vnd kanten (bekannten), das eyne recht gancze erbschichtunge geschen es zwischen desselben Clawis Medenaw kindern vnd siner letzten husvrowen, der kinder styfmuter, also das in gnuget zeu beyde siten.“

³⁾ Bd. II S. 56: „Man sal wissen, das vor vnsern rat czu Elbing sint gewest Lambert von der Linde vnd syn sweger Lorentz Groß vnd haben beyde vor vns diser sachen bekant, als sy hir volgent beschriben: czum ersten, das Lambert — hat synen sweger Lorentz vfgegeben vnd derlanget alle syn gut als her hat, es sy bynnen derstatt Elbing adir bussen, vsgenomen II marc czinse, dy her hat in des Ottegers huse steende — Darto so ez (ist) Lorentze Lamberte schuldic II O vnd XL mrc. vnd alle syn gut bussen vnd bynnen vor allenschuldenern. Dy sal her in betzalen in acht iaren nach en ander volgende, jo des iaris XXX mrc. czu geben. Hyr myte so sint alle dinge, ez sy von erbschichtunge adir wouon ez sy, czwischen in beyden geendit vnd gelendit.“

zunächst an das Gericht, also entweder an das des Schulzen oder an das des Vogtes, mit dem Ersuchen wandten, ihre Willenserklärungen wegen des von ihnen zu schließenden Vertrages und dessen Modalitäten entgegenzunehmen. Die Kenntnis dieser Tatsache verdanke ich der Mitteilung Toeppens¹⁾ von dem Inhalte einer Urkunde, welche eine mit dem Namen *liber memoriarum* bezeichnete Handschrift²⁾ enthält. Sie berichtet, es sei vor dem Stadtgericht eine Verhandlung aufgenommen worden, derzufolge Hans Christof dem Gustav Rouber den halben Teichhof mit allem Zubehör für 500 Mk. verkauft. Davon sollen 250 Mk. als Restkaufgeld auf dem Hofe stehen bleiben, während die anderen 250 Mk. teils sogleich, teils zu bestimmten Terminen an gewisse Personen auszusahlen sind, welche der Verkäufer Hans Christof darauf angewiesen habe.

Weiter aber ergibt sich aus der Urkunde, daß der Schulz und die beiden neben ihm im Gericht sitzenden und den Verhandlungen beiwohnenden Ratmannen oder Richtsherren, wie sie hier genannt werden, sich hinterher auf das Rathaus begaben und dort vor dem sitzenden Rat die im Gericht aufgenommene Verhandlung kundgaben und verlaublichen.³⁾

¹⁾ Elbinger Antiquitäten S. 245. 246.

²⁾ Die Handschrift wird, wie Toeppen a. a. O. angibt, aufbewahrt in der Bibliothek der Nikolaikirche zu Elbing. Trotz angewandter Bemühungen ist es mir nicht gelungen, Einblick in diese Handschrift zu erlangen.

³⁾ Der Grund, warum im bezeichneten Falle die Auffassung des verkauften Grundstücks nicht in Betracht gezogen ward, ist wahrscheinlich darin zu suchen, daß diese nach dem Willen der Kontrahenten so lange ausgesetzt blieb, bis der Kaufpreis von 500 Mk. ganz oder doch wenigstens zur einen Hälfte berichtigt sein würde. Die nachträgliche Verlaublichung mußte aber vermutlich deshalb geschehen, weil unter den Personen, die der Verkäufer Hans Christof auf das gestundete Restkaufgeld anwies, Minderjährige sich befinden mochten, deren Rechte der Rat als Vormundschaftsbehörde überwachte. Ich möchte das daraus abnehmen, weil in der Urkunde, aus welcher Toeppen einen Auszug mitteilt, von der Eintragung des geschlossenen Rechtsgeschäfts in das für Vormundschaftssachen besonders bestimmte, unter Aufsicht des Rates geführte Waisenbuch die Rede ist.

Anhang.

1. Das Stadtbuch.

Die Handschrift des altelbinger Stadtbuchs, aus welchem bisher nur einzelne Urkunden im Codex diplomaticus Warmiensis abgedruckt worden sind, zerfällt in zwei Teile, von denen jeder besonders für sich gebunden ist. Das Format beider Bände ist Klein-Folio. Der erste Band wird auf dem Vorsetzblatt bezeichnet: „Liber notandorum de anno 1330 aut circiter ad annum 1360.“ Der zweite Teil ist überschrieben: „Iste liber compilatus est sub anno incarnationis domini M^oCCC^oLXI, in quo census civium continetur et liber civitatis appellatur.“ Die neben diesen Namen auf dem Vorsetzblatt angebrachten kürzeren Bezeichnungen „liber civitatis I 1330—1360“ und „liber civitatis II 1360—1418“ rühren augenscheinlich nicht von dem Fertiger der Handschrift her. Sie sind erst in späterer Zeit hinzugefügt. Gleichwie das in Lübeck 1227 angelegte, bis 1284 fortgeführte Stadtbuch¹⁾ hat das altelbinger Stadtbuch einen ganz verschiedenartigen, immerhin aber auf Vorgänge von rechtlicher Bedeutung beschränkten Inhalt. Die in der Überschrift des zweiten Teils begegnende Angabe, es sei darin der Zins der Bürger (census civium), d. h. der von und an Bürger zu leistende Zins enthalten, ist irreführend. Sie trifft nur insoweit zu, als eine übrigens nur geringe Anzahl von Eintragungen Zinsen zum Gegenstande hat, mit denen Grundstücke dinglich belastet sind oder belastet werden.

Des einen Wortes Zins (census) bedient sich der Schreiber ebenso, um den bei vorangegangener Erbleihe vorbehaltenen Zins²⁾, wie um eine im Wege des Rentenkaufs einem Grundstück auferlegte Rente zu bezeichnen. Und, wo es sich um einen der Stadt vorbehaltenen Zins handelt, macht er diesen als Erbzin (census hereditarius) kenntlich.³⁾

¹⁾ S. Rehme, Das lübecker Ober-Stadtbuch S. 1—2.

²⁾ Bd. II S. 18: „wissentlich sie, das der ganzte rat mit eyntrecht habe den schumechern durch erer bete willen gebuwet eyn gerwehus van der states gute vnde habin in das gereit geantwortet also das se das hus vortmer buwen oder halten sullen vff des ammetis ebinture vnd kost also das se davon alle iar der stat sullen zinsen vf ostern IIII mrc. vnde vf michaeli IIII mrc. ewigen erblichen czinses. Dis is geschen in dem iare unsers herrn M^oCCC^oLXXI.“ S. ferner II S. 44: „Man sal wissen, das her Hartwic Bettke vnd her Herman Werinczink als vormunder Johannis Stephen Gistis (?) haben gekoft VI mrc. czinses in der helfte des huses her Herman Werinczinkey (?) steende in der hilgen-gest strat zu geben of ostern, abe czu koufen vor C mrc. vnd darczu den czins czu geben.“ S. auch unten S. 70 Note 1.

³⁾ Bd. I S. 87: „Notandum civitatem habere quatuor marcas census hereditarii in domo, que pertinet Waltheren Wungenab in platea fabrorum. Debentur michaelis et pasche.“

Hinwiederum gebraucht er, wo er von einer verkauften Rente spricht, auch wohl ausnahmsweise den Ausdruck „ingeld“.¹)

Nirgends stößt man dahingegen in dem altelbinger Stadtbuch auf den im lübischen Recht für Zins wie Rente gebrauchten Ausdruck Wiebelde oder wibeldeghelt.²) Ein anderer, nicht bloß formeller, sondern sachlicher Unterschied zeigt sich dem lübischen Recht gegenüber darin, daß, während in Lübeck nur für gekaufte Renten seit dem großen Brande vom Jahre 1276 die Ablösbarkeit allgemein gestattet wurde, sie in der Altstadt Elbing nicht weniger auch auf vorbehaltenen Zinsen erstreckt ward. Es mußte daher, sollte keine Ablösung Platz greifen, bei der Eintragung ausdrücklich gesagt werden, der auf dem Grundstück lastende Zins solle ein ewiger, immerwährender sein.³)

Den räumlichen Umfang anlangend, für den das Stadtbuch berechnet war, so beschränkte sich dieser keineswegs allein auf den engen Stadtbereich innerhalb der Mauern Altelbings. Er begriff vielmehr zugleich die städtische Freiheit einschließlich der darin belegenen, der Stadt gehörenden und von ihr als der Grundherrschaft abhängenden Dörfer. Die im Buche gemachten Eintragungen beziehen sich daher außer auf Häuser und Buden in der Stadt nicht minder auf die in den sog. Städteigentumsdörfern befindlichen Höfe, Hufen und Gärten der Bauern.

Nicht ohne rechtsgeschichtliches Interesse sind die da und dort den Eintragungen von Zinsen oder Renten hinzugefügten Nebenbemerkungen. Sie dienen verschiedenen Zwecken. In einem Falle wird darauf hingewiesen, es gehe dem für den Gläubiger eingetragenen Zins in der Priorität ein auf denselben Grundstück lastender, der Stadt gehöriger Zins vor.⁴) Wiederum begegnet an anderer Stelle der Zusatz:

¹) Bd. II S. 5a: „wissentlich sy, das Henrich von dem Colmen hat eyne achtin teyl in dem ganzoen orte by der visser brucken, darin hat er vorkoufft eyne mark ingeldes Johanni Groten vf vnser vrowen tag lychtmess vnd mak sy weder koufen mit X mrc. vnd den zcyys darzu.“

²) S. lüb. R. (Hach, Cod. II) art. 124. 125.

³) Man vgl. mit den zahlreichen Eintragungen ablösbarer Zinsen (darunter namentlich solche, welche die Stadt bei Gründung von Dörfern in der Stadtfreiheit und bei Ansiedelung von Bauern an den ihnen erblich verliehenen Höfen und Hufen sich vorbehielt) I SS. 53. 141. 141a. 143; II SS. 5a. 8. 33. 44a. 50. 51. 52 andere Eintragungen, welche mit ausdrücklichen Worten besagen, der mit einem oder dem anderen erblich verliehenen Grundstück verbundene Zins solle ein ewiger sein. I S. 87: „Notandum civitatem habere novem marcas census hereditarii in acie — Thidemann pelfificis perpetuo dandus Michaelis et pasche.“ I S. 171. Von den im Dorfe Fürstenau durch den Rat zu erblichem Besitzrecht angesiedelten Bauern heißt es: „von eyner icliche hube sullen sie czinsen des jares vf wynachten vumf (5) marg ewigen czinses.“ S. ferner II S. 18, oben S. 69 Note 2.

⁴) I S. 141a: „Notandum Volquinum Kanngiter habere vnam marcam census in domo Albrehti Hensildorp dand. pasche. Redimi

„nullus de premissis actibus in dato debet anteferri“. Indem die Handlungen der Eintragung zweier auf demselben Grundstück haftender Zinsposten für zwei verschiedene Gläubiger als gleichzeitig geschehen gelten sollen, wird angedeutet, daß keiner von beiden wegen seiner Forderung den Vorzug vor dem andern haben soll.¹⁾ Eine andere Nebenbemerkung bezweckt der Gefahr vorzubeugen, die dem Eigentümer des beschwerten Grundstücks aus einer versehentlich an zwei verschiedenen Stellen des Stadtbuches erfolgten Eintragung desselben Zinses entstehen könnte. Da werden nach Wiederholung der aufrechterhaltenen Eintragung die Worte zugefügt: „Et si aliquid de predicto censu prius scriptum invenietur, hoc deleri debet“ (II S. 32a).

Handelt es sich dabei nur um eine Berichtigung des Stadtbuches, so war darum dessen Führer doch der Begriff der Löschung im engeren und eigentlichen Sinne keineswegs fremd. Es erhellt das aus dem Verfahren, das in Fällen der Ablösung des Zinses oder der Rente durch Zahlung des Kapitals Platz griff, dessen Betrag nach Verhältnis des jährlich zu entrichtenden Zinses oder der Rente früher durch vertragsmäßige Vereinbarung zu bemessen freistand, bis ihr Betrag später (1386) durch landesherrliche Verordnung ein für allemal dahin festgesetzt wurde, daß die Mark nicht höher gekauft oder verkauft werden sollte, denn um 12 Mk.²⁾ Da hatte nicht bloß der Gläubiger den Empfang des Hauptgutes (Kapitals) nebst dem zuletzt fällig gewordenen Jahreszins vor dem Rate anzuerkennen und zu bestätigen. Es mußte vielmehr zugleich und zwar anscheinend von Amts wegen Fürsorge getroffen und verfügt werden, es solle der im Stadtbuch verzeichnete Zins „getotit vnd getilgit sin tzu gantzem ende“.³⁾ — Sieht man auf die im Stadtbuch eingetragenen, mit Grund und Boden verknüpften Zinsen und Renten und zieht man namentlich die deren Eintragung hinzugefügten Nebenbemerkungen in Betracht, so könnte man versucht sein, hierin die ersten Anfänge der Anlage eines Grundbuches

potest pro decem marcis addito censu.“ Dasselbst: „Notandum pueros Johannis Vinger habere tres (3) marcas census in duobus mansis Bernardi Vuse in Vurstenaw dand. pasche, redimi potest marca pro decem marcis census, et debetur prius pro civitate.“

¹⁾ II S. 44a: „Notandum quod filius Ludekonis von. Vrede Henricus habet vnam marciam census in dimidia parte domus sue matris Magdalene Czitterphenning in platea doleatorum et dominum Heinrichum Monch habere tres marcas in eadem dimidia parte domus predictae. Reemi potest ista vna marca pro XVIII marcis et istae tres marcae pro quinquaginta marcis addito censu et nullus de premissis actibus in dato debet anteferri.“

²⁾ II S. 18. S. oben S. 69 Note 2. S. ferner Verordn. des H. M. Konrad Zölner von Rothenstein vom 2. Mai 1386 (Akten der Städtetage Preußens, herausg. von M. Toeppen I S. 44). Aus dem lüb. R. mögen hierzu verglichen werden art. 123. 126. 127 (Hach, Cod. II).

³⁾ II S. 84, oben S. 65 Note 2.

zu erblicken. Man möchte dafür vielleicht noch weiter auf den Umstand aufmerksam machen, daß die Auffassung des ideellen Teils eines Grundstücks und außerdem zwei Verpfändungen von Liegenschaften zwischen die Eintragungen von Zinsen und Renten sich eingeschaltet finden. Dennoch wird man, auch wenn man sie auf den „die zinsen der Bürger“ enthaltenden Teil einschränken wollte, die Behauptung, es zeigten sich in dem altelbinger Stadtbuch bereits Anfänge eines dem lübecker Oberstadtbuch ähnlichen Unternehmens, nicht für angebracht noch gerechtfertigt erachten müssen. Ins Gewicht fällt demgegenüber die Behandlung, welche dem Rentenkauf zuteil wird.

Neben den aus Grundstücken verkauften und ihm als Reallast auferlegten Renten tauchen nämlich in dem altelbinger Stadtbuch beurkundete Rentengeschäfte auf von lediglich obligatorischer Art und Bedeutung.¹⁾

Ja selbst Schuldverschreibungen über unverzinsliche Darlehn sind in das Stadtbuch aufgenommen und haben inmitten der Eintragungen von Zinsen und Renten einen Platz angewiesen bekommen.²⁾

Nächst dem dem „Zins der Bürger“ gewidmeten Teil füllt die Beurkundung und Aufzeichnung der vor dem Rate stattfindenden Vermögensauseinandersetzungen zwischen Eltern und Kindern, nicht minder der Nachlaßregelungen und Erbschichtungen unter mehreren Erben den verhältnismäßig größten Raum aus.³⁾ Weniger zahlreich sind die dem Vormundschafswesen gewidmeten Aufzeichnungen.⁴⁾ Der Eindruck der Buntscheckigkeit, den man beim Durchblättern der Seiten des Stadtbuches gewinnt, wird noch gesteigert, wenn man zwischen den Blättern, welche über konkrete Rechtsverhältnisse und Rechtsgeschäfte

¹⁾ II S. 47a: „Man sal wissen, das vor vns sint gewest erbar luthe, alze Albrecht von Leyden vnd Nickel Menzel burgermeister vnd burgermeisters compan der stat vnd haben verkouft titze (diese) houbtluthe des rathis vnd der gantzen gemeinde der statt Landesberg — V mrc. czinsz deme erbaren manne hern Jacob Volmersteyn vnd synen ernamen alle jar halb vf senthe Jacobitag vnd halb vf senthe Martinstag von deme rathuse vs der stat buxen (Kasse) czu czinsen. Wenne och die erbar luthe in Landesberg das vormogen vnd wollen, so mogen sie disen czins abekoufen.“ (Weiter wird noch ausgemacht, daß die sämtlichen Landsberger Ratmannen selbstschuldnerisch sich verbürgen sollen für pünktliche Erfüllung des von ihrer Stadt mit dem Jakob Volmersteyn abgeschlossenen Rentenkaufgeschäfts.) II S. 69: „Man sal wissen, das der — her Arnd Rouber von dem rathe hat gekouft VIII mrc. czinse tzu des landes behuff tzu der reysen vnfren (unfern) Kalmar, dy der her Johan von Thoren tzog, vnd dis gelt is gekome tzu syner tzerunge vnde dy moge man abelosen vff pfingisten vor 1 ° (100) vnd XXXII mrc. addito censu.“

²⁾ II S. 32. 48. 82a.

³⁾ S. oben S. 66ff.

⁴⁾ S. oben S. 66.

der einzelnen Bürger sowie der Altstadt Elbing Aufschluß geben, auf eingeschaltete Urkunden stößt, die nicht allein ihres größeren Umfanges wegen, sondern auch, weil ihr Inhalt von allgemeiner Bedeutung ist, die Aufmerksamkeit auf sich lenken.

Es gehören dahin die Verschreibungen wegen Anlage und Besiedelung des in der städtischen Freiheit vom Rate der Altstadt Elbing im Jahre 1361 gegründeten Dorfes Lupushorst und wegen der 1378 stattgehabten Verteilung eines bisher zur Stadtfreiheit gehörigen Areals an die Einwohner des schon früher besetzten Dorfes Fürstenau zu Erbzinsrecht.¹⁾

Nicht weniger sind darin aufgenommen zwei altelbinger Fürsprecherordnungen, eine ältere von 1336 und eine jüngere von 1356.²⁾

2. Das Erbbuch vom Jahre 1417.

An den zweiten Teil des altelbinger Stadtbuchs schließt sich zeitlich eine andere im Archiv des elbinger Magistrats aufbewahrte Handschrift größeren Folioformates an. Sie wird schlechthin das Erbbuch von 1417 genannt, weil dieses, wie die vorangeschickte Einleitung ergibt, damals angelegt worden ist. Wer, ohne daß es ihm möglich wurde, sich durch den Augenschein zu überzeugen, welche Bewandnis es damit hat, von dem altelbinger Erbbuch nicht mehr weiß, als daß sich, wie Toeppen³⁾ berichtet, eine so bezeichnete Handschrift heute in Elbing vorfindet, könnte meinen, es sei im Jahre 1417 für die Altstadt Elbing ein neues Stadtbuch geschaffen worden. Dieses aber habe von Anfang an allein und ausschließlich dem Zwecke dienen sollen, Eintragungen, die Veräußerung und Belastung unbeweglicher Güter betreffend, aufzunehmen. Das Wort Erbe im Sinne oder in der Bedeutung von Grundstück, so ließe sich weiter vermuten, weise im Zusammenhange mit Buch darauf hin, es solle das altelbinger Erbbuch ein Grundbuch sein, in welchem man gleich oder doch ähnlich dem lübecker Oberstadtbuch den Vorgänger des Grundbuches unseres heutigen deutschen Rechtes zu erkennen habe.

Der Ungrund dieser Annahme würde sich jedoch bald herausstellen. Schon die dem Erbbuch vorangeschickte Vorbemerkung deutet darauf hin, daß die Absicht bei dessen Anlage auf ein anderes und weit enger gestecktes Ziel gerichtet war.

Weil, heißt es da, beim Zu- und Einschreiben von „allerley czinse“ in den alten Stadtbüchern früher viel versäumt und durch Aufsuchen und Feststellen der der Stadt wie den einzelnen Bürgern gehörigen, auf Grund und Boden lastenden Zinsen viel Arbeit und Mühe verursacht

¹⁾ I S. 168. 171, abgedruckt im Cod. dipl. Warm. I Nr. 329. III Nr. 46.

²⁾ I S. 194. 195, abgedruckt im Cod. dipl. Warm. I Nr. 279. II Nr. 232.

³⁾ S. dessen elbinger Antiquitäten S. 232.

worden sei, hätten die Bürgermeister und Ratmannen ein neues Buch anfertigen und schreiben lassen, damit ihre Erben und Nachkommen „in irem wesen vnd geschefften des Rechts desto rugsamer vnd friedelicher mügen sittzen“.

Noch klarer aber stellt sich, wenn man seinen Inhalt genauer ansieht, heraus, wie wenig das altelbinger Erbbuch dem Begriff eines wirklichen Grundbuches entspricht. Ja es zeigt sich sogar, daß seine Einrichtung nicht einmal dem in der Vorbemerkung bezeichneten Zweck, ein Zins- und Rentenbuch zu sein, in ausreichendem Maße genügt.

Zwar zeichnet es sich, wie man zugestehen muß, vor dem früheren Stadtbuch durch Übersichtlichkeit und Gliederung des Stoffes vorteilhaft aus. Nicht nur, daß, nach Ausscheiden der in das Familien- und Erbrecht einschlagenden Rechtsgeschäfte¹⁾, in ihm allein noch Eintragungen, die sich auf „Erbe und Buden“ (größere und kleinere Häuser) beziehen, Aufnahme gefunden haben, sind diese nach Stadtteilen und Straßen geordnet und um deshalb die Blätter und Seiten des Buches, auf welchen sie verzeichnet stehen, mit entsprechenden Überschriften versehen.

Die einzelnen Seiten aber zeigen die Form von Tabellen. Linien, die von oben nach unten gehen, zerlegen eine jede Seite in Spalten (Kolumnen).

Innerhalb einer jeden Spalte ist für spätere Nachträge Raum gelassen. So wird es möglich, in der nebenstehenden Spalte von oben nach unten Eintragungen zu bewirken, welche sich auf andere Häuser oder Buden beziehen, als diejenigen, welche in der nebenstehenden Spalte (linker oder rechter Hand) verzeichnet sind.

Von der, verglichen mit dem früheren Stadtbuch, geschickteren Anlage und zweckmäßigeren Form abgesehen, läßt dagegen das Erbbuch, was die Eintragungen anbetrifft, auf welche es doch hauptsächlich ankommt, und die Art und Weise, wie sie bewirkt wurden, sehr viel zu wünschen übrig.

¹⁾ Für die Beurkundung von Vermögensauseinandersetzungen zwischen Eltern und Kindern sowie von Erbschichtungen wurde im Jahre 1417 ein liber memoriarum betiteltes, besonderes Buch angelegt. Es befindet sich, wie an anderem Orte schon vermerkt wurde (oben S. 68), heute in der Bibliothek der Nikolaikirche zu Elbing. Übrigens besitzt das Archiv des elbinger Magistrats ebenfalls eine Handschrift, in welcher fast allein nur von Abschtung der Kinder aus dem Hause und Gute des Vaters oder, wenn dieser verstorben ist, nachdem er sich wieder verheiratet hat, zwischen ihnen und dessen zweiter Frau, ihrer Stiefmutter, und außerdem von Nachlaßregelung und Teilung unter mehrere Erben gehandelt wird. Obschon sie inhaltlich nicht mit ihm übereinstimmt, hat sie die irreführende Bezeichnung eines zweiten Teils des Erbbuches von 1417 erhalten, ohne daß erhellt, wann das geschehen und auf wessen Veranlassung solche gewählt und auf dem Einbanddeckel vermerkt worden ist.

Zunächst muß als großer Mangel seine Unvollständigkeit gerügt werden. In dem 1417 angelegten und bis in den Anfang des XVIII. Jahrhunderts fortgeführten Bande finden sich nicht wenige Seiten, ja ganze Blätter, auf denen allem Anschein nach Jahrzehnte hindurch, ja vielleicht noch länger, überhaupt keine Eintragungen erfolgt sind.¹⁾

Bei manchem Erbe (Hause) ist zwar der derzeitige Eigentümer oder Besitzer vermerkt. Wie dieser aber und auf Grund welchen Rechtstitels er das Eigentum des Grundstücks erworben hat, oder wie es zugeht, daß er in dessen Besitz gelangte, während Eigentümer ein anderer ist, ist nicht zu ersehen. Nur selten einmal erfährt man, daß ein Haus durch Kauf aus einer Hand in die andere überging,²⁾ oder daß der jetzige Besitzer das Eigentum bzw. Miteigentum infolge der Eheschließung mit seiner Frau erwarb, indem diese es ihm als Heiratsgut zubrachte.³⁾

Unter dem Namen des Eigentümers oder des Besitzers werden die für die Stadt oder für andere Gläubiger auf den betreffenden Grundstücken haftenden Zinsen oder Renten eingetragen.⁴⁾ Bei einem oder dem anderen Erbe ist vermerkt, daß es wegen des darauf für die Stadt lastenden Zinses mit einem an anderer Stelle des Buches verzeichneten Grundstück verbunden sei. Es soll damit ausgedrückt werden, daß für eine und dieselbe Zinspost zwei Häuser correaliter haften. Die Stadt wird so in den Stand gesetzt, sich, wenn das eine Haus dergestalt an Wert verlieren würde, daß ihre Zinsforderung nicht mehr genügend sichergestellt wäre, sich behufs Vermeidung eines entstehenden Ausfalles an das andere, mitverhaftete Haus und an dessen Eigentümer zu halten.⁵⁾

¹⁾ Während sich S. 46 eine einzige Eintragung aus dem Jahre 1429 vorfindet, stößt man S. 8 auf eine Eintragung aus dem Jahre 1595. S. 16 begegnet man neben einer Eintragung vom 18. Oktober 1630 einer anderen vom 29. April 1681.

²⁾ S. 46 ist als Eigentümer eines Grundstücks das unter Aufsicht des Ordens stehende Hospital und als Verwalter der Spittler, daneben in einer besonderen Spalte Erman Detmer eingezeichnet. In einer darüber angebrachten Bemerkung aber heißt es: „czu wissen, dasz der herr spittler her Hinrich von Wenthusen hatt recht vnd redelich mit wissen, volbort vnd willen vnsers herrn Kumpthurs hern Conrade von B— vnd vnses herren huskumpthurs herrn Ehrenfried (?) von Kaltenborn vorkouft Erman Detmer, in vnd sinen rechten erben anno M^oCCCC^oXXV (1425).“

³⁾ S. 7: „Nielos Zelecke accepit cum uxore“, S. 48: „Jacob Runge accepit cum uxore“.

⁴⁾ S. 6: „Her Michel Engelke. civitas habet XV scot pasche Michael. perpetue.“ S. 8: Hans Dickeberger, Hanneke Willambe (?) halb vnd halb — Her Michel Erler hot hyr off czu czynse ausz gegeben XXV mrc. im von czu czynsen 1 mrc. ost., Michael. Redimende myt dem czynsze.“

⁵⁾ S. 6: „Das erbe ist verbunden mit dem anden erbe hir vor-

Auf einzelnen Seiten des Buches sind lediglich und allein die Namen der Eigentümer oder Besitzer der Häuser eingetragen, ohne daß angegeben wäre, ob und mit welchen Zinsen oder Renten die letzteren beschwert sind.¹⁾ Ob es sich da tatsächlich um ganz lastenfreie Erben handelte, entzieht sich der Feststellung. Bei der augenscheinlich recht geringen Sorgfalt, mit der das Erbbuch geführt wurde, ist es wohl möglich, daß das Unterbleiben der Eintragung von Zinsen oder Renten in Fahrlässigkeit und Versehen seinen Grund hat. —

Dennoch ist trotz aller seiner Mängel das altelbinger Erbbuch von 1417 keineswegs ohne rechtsgeschichtliches Interesse. Es besteht dieses darin, daß, wenn nicht von Zeit seiner ersten Anlage an, so doch im Verlaufe des XV. und XVI. Jahrhunderts das Erbbuch zu einer Einrichtung gestaltet und ausgebildet wurde, die es geeignet machte, nicht zwar in jeder Hinsicht, wohl aber in einer recht wichtigen und bedeutsamen Beziehung den Zwecken des öffentlichen Glaubens zu dienen. Ich habe hier im Auge den Aufschluß, welchen das Erbbuch dem, der einen Einblick in seinen Inhalt nahm, gab über das Vorhandensein oder Fehlen einer bestimmten rechtlich erheblichen Eigenschaft der im engeren Bereiche der Altstadt Elbing befindlichen Häuser oder Buden. Auf Seite 8 ist unter dem Namen Andreas Wagner als Eigentümer eines in der Hummel²⁾ gelegenen Hauses vermerkt: „fahrende anno 1595, 14. April“. Gleiche oder doch ähnliche Vermerke, deren Zahl mehr und mehr zunimmt, begegnen neben Eintragungen aus der Zeit des XVII. und XVIII. Jahrhundert.³⁾

zeichnet, also von der stat czinsen wegen, ab das eyne abeneme, so sal sich dy stat an dem andern ires czinses derholen.“

¹⁾ So findet sich S. 47 nichts weiter verzeichnet als „Marquart Dorner Wittwe Elsebet, Therese Kenefelder halb vnd halb“, ebenso S. 48: „her Johann Trugehorn“ und in einer Nebenspalte: „Jacob Runge accepit a uxore“.

²⁾ So heißt ein nach dem Bach oder Fließchen gleichen Namens, das unweit der Altstadt in den Elbingfluß mündet, bezeichneter Stadtbezirk.

³⁾ S. 16: „August Wegner fahrend anno 1636, 18. Okt.“ und in einer rechts davon angebrachten besonderen Spalte: „Christian Arendt vor seine allhie wohnenden Kinder gantz fahrend. ao. 1681, 22. April“. S. 17: „Herr Andreas Braun fahrend anno 1640, 20. April.“ S. 56: „Peter Korn (?) fahrend an. 1680. 12. Okt.“ „Herr Michel Engelke gantz fahrend anno 1728, 2. April.“ „Herr Michel Engelke das (inzwischen neu erworbene anstoßende Eckhaus und Nebenhaus) gantz fahrende anno 1728, 7. Okt.“ S. 65: „Andres Korn (?) $\frac{3}{4}$ fahrend und $\frac{1}{4}$ cum uxore, hat also das Haus ganz, 23. April an. 1641.“ „Michel Rosalgar ein Haus fahrend ganz anno 1710, 24. Mai.“ S. 93: „Pierre Aubaut und Jacque Hernaut, ein Haus ganz fahrend ann. 1711, 9. Okt.“ S. 112: „Hievon hat Herr Michel Mylius (?) cum uxore die Hälfte, und Hans Florin ex hereditate die (andere Hälfte) ann. 1630, 4. April“

Die in diesen Vermerken einzelnen Grundstücken oder ideellen Teilen von solchen zugeschriebene Eigenschaft als fahrend wird sofort verständlich, wenn man sich die Bedeutung und Tragweite gegenwärtig hält, die das lübische Recht mit dem Begriff des wohlgewonnenen Gutes im Unterschiede von dem des Erbgutes verband. Indem von zahlreichen, namentlich aufgeführten Eigentümern gesagt wird, sie besäßen ihre Häuser „fahrend“, soll dadurch ins Licht gestellt werden, es seien solche als Fahrnis zu erachten und beweglichen Sachen gleich den wohlgewonnenen Gütern zuzurechnen, so daß die für diese geltenden Vorschriften auf sie Anwendung fänden.¹⁾

Wer ein Haus innerhalb der Mauern Altelbings erwerben wollte oder damit umging, eine auf einem solchen Hause lastende Rente zu kaufen, ward so in den Stand gesetzt, indem er sich deshalb an den zuständigen Beamten wandte, sich das Erbbuch vorlegen zu lassen, um sich durch den Augenschein zu vergewissern, daß das für ihn in Betracht kommende Grundstück frei und ungehindert durch Retrakt- und Beispruchsrechte der Erben des Eigentümers aus freier Hand oder im Wege der Zwangsvollstreckung und Zwangsversteigerung veräußert und in das Eigentum eines neuen Erwerbers übertragen werden könne. Über die Voraussetzungen, von denen die Eintragung des Vermerks abhing, daß ein Haus oder eine Bude ganz oder zu einem Teil die Eigenschaft der Fahrnis oder des wohlgewonnenen Gutes habe, sagt das Erbbuch nichts. Man wird aber wohl kaum fehlgehen, wenn man sich vorstellt, daß zwei an sich verschiedene rechtliche Vorgänge den Grund und Anlaß gaben für das Vermerken der Fahrniseigenschaft des einen oder des andern in dem Erbbuch verzeichneten und eingetragenen Grundstücks. Hatte jemand ein Haus von einem andern, der dieses selbst schon als gewonnenes Gut besaß²⁾, käuflich an sich gebracht, so stand, nach vollzogener Auflassung vor dem Rate (an deren Stelle in neuerer Zeit die gerichtliche Bestätigung des Kaufvertrags und die Übergabe treten sollte³⁾), seinem Antrag, es möge dem Führer des Erbbuches anbefohlen werden, das Grundstück unter seinem, des neuen Eigentümers Namen als fahrendes Gut zu verzeichnen, kein Bedenken noch rechtliches Hindernis im Wege. Ebenso verhielt es sich, wenn der bisherige Eigentümer sein Grundstück, das so lange Erbgut gewesen, mit ausdrücklicher oder stillschweigender Zustimmung seiner nächsten Erben verkauft und dem Käufer zu Eigentum übertragen hatte.⁴⁾ Der neue Er-

(weiter aber heißt es) „Johann Florin die andere Hälfte fahrend und jetzt ganz ann. 1656, 26. April“.

¹⁾ Lüb. R. art. 44 (Hach, Cod. II): „Dat si witlic, so welic man sin gewunne ghit vor ratmannen gift, de mechtich is, na stades rechte, mit welckeme vnderschede he dat gift, dat schal immer stede bliuen.“ art. 103. 282 (Hach, Cod. III); Revid. Lüb. R. Bd. I Tit. 10 art. 3.

²⁾ Vgl. Lüb. R. art. 44 (Hach, Cod. II).

³⁾ Hiervon wird im zweiten Abschnitte zu reden sein.

⁴⁾ Lüb. R. art. 29 (Hach, Cod. II), vgl. art. 283 (Hach, Cod. III).

werber besaß es ja dann seinerseits selbst als wohlgewonnenes Gut. Er durfte deshalb verlangen, daß es im Erbbuch als fahrend verzeichnet wurde. Anders und weniger einfach gestaltete sich die Rechtslage, wenn es sich um ein Grundstück handelte, das der Eigentümer von Anfang an als Erbgut besaß. Bekanntlich erlaubte das lübische Recht die Veräußerung eines Gutes, das dem Eigentümer von Eltern oder Voreltern durch Erbschaft angefallen war, nicht ohne Einwilligung seiner nächsten Erben und nicht, ohne daß er es diesen zuvor zum Kaufe für einen Preis, den ein Dritter zu zahlen bereit war, angeboten und ihnen so Gelegenheit gegeben hatte, das ihnen gesetzlich zustehende Näherrecht geltend zu machen.¹⁾

Die Einholung der Erlaubnis der Erben kam zuerst bloß dann in Frage, wenn Umstände vorlagen, die dartaten, daß der Eigentümer des Erbgutes dessen Veräußerung ernstlich beabsichtigte und darauf abzielende Schritte getan hatte. Berücksichtigt doch das lübische Recht in dem Artikel, der von dem Verkauf von Erbgütern handelt, nur allein diese Möglichkeit.²⁾ Mit der Zeit aber bildete sich in Lübeck während des XIV. Jahrhunderts, in der Altstadt Elbing anscheinend seit dem Ende des XV. Jahrhunderts, wenn nicht sogar erst noch später, der Gebrauch aus, daß der Eigentümer eines Erbgutes seine Blutsfreunde und nächsten Erben zur Abgabe von Erklärungen zu vermögen und zu bestimmen wußte, wodurch diese im voraus in dessen Veräußerung willigten, obschon diese zur Zeit noch gar nicht fest geplant war, sondern nur in Zukunft möglicherweise einmal in Betracht gezogen und ins Werk gesetzt werden würde. Der Vorgang aber, der sich abspielte, um die Aussicht zu eröffnen, daß ein Haus oder anderes Grundstück, welches bis dahin Erbgut gewesen war, frei und unbeschränkt durch ein entgegenstehendes Näherrecht veräußert werden konnte, kleidete sich in die Form der „Fahrnismachung“ (mobilitatio).³⁾ Der Eigentümer gab vor dem Rate seinen Willen kund, das oder das näher bezeichnete Haus, welches er bisher als Erbgut besessen hatte, fahrend zu machen, um es so in wohlgewonnenes Gut umzuschaffen. Sein nächster gesetzlicher Erbe oder, wenn ihrer mehrere waren, diese insgesamt, erklärten ihrerseits vor dem Rat ihr Einverständnis mit dem Vorhaben ihres Verwandten und willigten so in jede künftige mögliche und zur Ausführung kommende Veräußerung.

Der Rat (bzw. in neuerer Zeit der zuständige Richter) wies hierauf, wie man annehmen darf, den mit der Führung des Erbbuchs betrauten

¹⁾ Lüb. R. art. 29 (Hach, Cod. II).

²⁾ S. in dem angeführten art. 29 die Worte: „So we so heuet erueghut vnde dat wil vercopen, de schal it erst beden den negesten eruen — ne willet se is nicht so copen dan ver copet it de andere wor so he wil sunder vare na stades rechte.“

³⁾ S. Rehme, Lübecker Ober-Stadtbuch S. 125. 136. 177 und vgl. damit in dem angefügten Urkundenbuch S. 311 Nr. 162. 164.

Beamten an, in diesem neben oder unter dem Namen des Eigentümers das ihm gehörige Haus als „fahrend“ zu bezeichnen und den Vermerk einzutragen.

2. Die Gerichtsverfassung der Neustadt Elbing.

Wann die Neustadt Elbing gegründet worden ist, wird sich kaum genau feststellen lassen. Daß der Hochmeister Dietrich von Altenburg dem Ordensbruder Sigfried befahl, ein Areal, welches später ihre Bürger durch den Orden als städtische Freiheit verliehen bekamen, zu bezeichnen und abzugrenzen¹⁾, reicht nicht aus, jeden Zweifel an der Richtigkeit der Annahme²⁾ auszuschließen, es sei ihre Gründung im Jahre 1335 vor sich gegangen. Mehr erfahren wir aus zwei weiterhin näher ins Auge zu fassenden Aufzeichnungen in dem nicht gedruckten, nur handschriftlich vorhandenen Stadtbuch der Neustadt Elbing.

Es erhellt daraus, daß schon im Jahre 1341³⁾ die Einwohner der nachher mit dem Namen der Neustadt Elbing bezeichneten Ortschaft einen Bürgermeister und einen Rat hatten. Sie muß daher damals bereits zur Stadt erhoben worden sein und die Rechte einer solchen besessen haben.

Welches Recht in der Neustadt Elbing galt, ehe und bevor sie, wie wir später sehen werden, im Jahre 1347 mit dem lübischen Rechte bewidmet wurde, erhellt nicht. Weder im neustädtischen Stadtbuch noch in Urkunden aus den Jahren 1340—1347 ist hiervon die Rede. Die Ermittlung und Feststellung dieses Rechts ist darum aber nicht ausgeschlossen. Es kann das meiner Überzeugung nach füglich kein anderes gewesen sein als das magdeburg-kulmer Recht.

¹⁾ S. das weiterhin anzuführende Privileg, das der Hochmeister Heinrich Dusmar von Arfberg den Bürgern der Neustadt Elbing im Jahre 1347 erteilte.

²⁾ Hartknoch, *Altes und neues Preußen* S. 381 behauptet, ohne nähere Begründung, der im Text genannte Ordensbruder Sigfried habe 1335 die Neustadt Elbing gegründet.

³⁾ S. Toeppen, *Elbinger Antiquitäten* S. 236.

Für die der Herrschaft des Deutschen Ordens unmittelbar unterworfenen preußischen Städte kommt, die wenigen Fälle abgerechnet, in welchen einzelnen von ihnen lübisches Recht verliehen und verschrieben ward, lediglich und allein das in der Kulmer Handfeste sich gründende Recht in Frage. Für die Neustadt Elbing mangelt es überdies nicht an Argumenten für die Tatsache, daß dort von Gründung der Stadt bis zu ihrer 1347 erfolgten Bewidmung mit dem lübischen Recht magdeburg-kulmer Recht Geltung gehabt hat. In dem neustädtischen Stadtbuch S. 55 findet sich nachstehende Aufzeichnung: „actum anno M^oCCC^oXLV Es sal ouch wizzentlich sin allen, dasz geschen ist in eyne gehegeten dinge vorme huskomtur Heinrich de Vnderberg vnd vor dem burgermeister Kunoe (Kunec) Meler vnd Ny. von Hermansdorf vnd Hinrich Snider vnd Jo. Monig, Tytze Helfer, Jo. Pistor, vnd vor den scheppen Ny. Meschin, Ny. gener. Tischneri, Joh. Wizze, Arnold Kursener, dasz Hinrich Tifenow hat sin erbe vfgegeben Hinrich Wleychsch“.

Schon der Umstand, daß nach dieser Aufzeichnung im Neustädter Stadtbuch in dem dortigen Gericht Schöffen auftraten, verlangt Beachtung.

Die Gerichtsverfassung der Altstadt Elbing, welche sich hierin durchaus der Gerichtsverfassung Lübecks anschloß, kannte, wie wir gesehen haben, keine Schöffen. Gesetzt, es wäre wie in der Altstadt¹⁾ der Verschreibung des lübischen Rechts durch das Privileg von 1246 eine nicht förmliche Verleihung dieses Rechts durch den Orden an die Bürger der Neustadt vorhergegangen, so würde sich damit die Einführung von Schöffen bei dem neustädter Gericht schwerlich vertragen haben.

Bezeichnend ist ferner, was das neustädter Stadtbuch über den elbinger Hauskomtur und dessen Anwesenheit im Gericht bei der Auflassung von Grundstücken aus der Zeit vor 1347 ersehen läßt.

Wie die oben angeführten Worte besagen, hat im Jahre 1345 Heinrich Tifenau in einem gehegten Dinge

¹⁾ S. oben S. 26. 27.

sein Erbe dem Heinrich Wleysch vor dem Hauskomtur Heinrich von Unterberg sowie vor dem Bürgermeister Kunok (Kunek) und vor mehreren Männern, von welchen 4 als Schöffen bezeichnet sind, aufgegeben.¹⁾ Nicht zwar der Hauskomtur, wohl aber sein Vertreter, der Vizekomtur, war im echten Dinge gegenwärtig, als ein Jahr zuvor Heinrich Johann Dersow an Degenhard einen seiner Haus- und Hofstätte auferlegten Zins von 6 Mk. vor dem sitzenden Rat, vor Bürgermeister und Ratmannen und vor Schulz und Schöffen bestellte und vergabte.²⁾

Daß der Hauskomtur oder der Vizekomtur der Veräußerung bzw. Belastung eines städtischen Grundstücks durch Auflassung vor dem echten Dinge beiwohnte, erscheint auf den ersten Blick höchst befremdlich. Was gingen, möchte man fragen, den Orden und seine Beamten die mit Häusern und Höfen der Bürger vorgehenden Eigentumsveränderungen an? Bedurfte es doch sonst in den preußischen Städten, mochte ihnen nun lübisches oder magdeburg-kulmisches Recht verschrieben und verliehen sein, bei stattfindender Veräußerung von Häusern und Höfen keiner Mitwirkung noch Zustimmung der Landesherrschaft.³⁾

Man muß demgegenüber aber bedenken: Wissen wir denn, zu welcher Zeit die Grundstücke, um welche es

¹⁾ S. oben S. 80. Fünf andere, in unmittelbarem Anschluß an den Bürgermeister namentlich aufgeführte Männer sind ihrer amtlichen Eigenschaft nach nicht näher bezeichnet. Es erscheint aber unbedenklich, in ihnen Mitglieder des Rates zu erblicken und zwar solche, die zugleich Schöffen waren und das Schöffenamts im Gericht zu versehen und Urteil zu finden hatten.

²⁾ S. Neustädter Stadtbuch S. 59: „Nouerint vniuersi, quod Henricus Jo. Dersowe Degenhardo coram iudicio excommunicato in area sua propria mrc. sex constituit et datauit et coram sedenti consilio et coram vicecommendatore Jo. Crumesbein et sculteto et proconsule Volzko et dominis Ny. de Hermansdorf, H. Sartore Otten, hagen, Jo. Putore, Jo. Pellifice, Jo. Prutzen, C. Putore et scabinis Fry. de Hollant, Jo. Degew, Tyze gener. adjutoris, C. Winter, Jo. Saxo anno domini M^oCCC^oXLIV.“

³⁾ S. von Brünneck, Zur Gesch. des Grundeigentums in Ost- und Westpreußen. I. Die kölmischen Güter S. 63—67.

sich in den fraglichen, im Neustädter Stadtbuch bezeichneten Fällen handelte, von deren Eigentümern¹⁾ oder ihren Rechtsvorgängern zuerst erworben worden sind? Es kann das ja sehr wohl in den ersten Anfängen der Niederlassung an dem Orte, aus dem später die Neustadt Elbing erwachsen sollte, zu einer Zeit geschehen sein, ehe und bevor diese zur Stadt erhoben und ihre Bewohner zu einer städtischen Gemeinde verbunden und vereinigt wurden. Gesetzt aber, die Verleihung der Grundstücke an deren erste Erwerber sei erst nach Gründung der Neustadt Elbing vor sich gegangen, so mangelt es doch an all und jeden urkundlichen Belegen, aus denen zu entnehmen wäre, der Orden habe mit der Anwerbung von Kolonisten und der Verleihung von Baustellen und zugehörigen Äckern an diese einen Unternehmer (locator) betraut, der im Namen der Landesherrschaft und als Vermittler ermächtigt gewesen wäre, zwischen ihr und den ersten Einwohnern jedem von ihnen das für ihn bestimmte Areal zu erblichem Besitz zu überweisen und zuzuteilen.

Ebensowenig ist festzustellen, daß etwa schon von Zeit der ersten Entstehung einer Niederlassung an oder doch, nachdem sich eine kleinere oder größere Menge von Kolonisten an demselben Orte eingefunden oder sesshaft gemacht hatte, ein Schulz vom Orden mit dem Schulzenamt erblich beliehen worden und berechtigt und verpflichtet worden wäre, Grund und Boden an die einzelnen Ansiedler zu verleihen, die damit verknüpften Zinsen für die Landesherrschaft an den Fälligkeitsterminen einzuziehen und zugleich darauf zu achten, daß, wenn die verliehenen Grundstücke später weiter veräußert oder außer und neben den für den Orden darauf lastenden Erbzinsen mit sonstigen Zinsen belastet würden, aus deren Veräußerung oder Belastung der Landesherrschaft kein Nachteil entstünde.

Zur erblichen Verleihung des Schulzenamtes in der

¹⁾ So seien hier der Kürze halber die Besitzer von Grundstücken benannt, welche vom Orden gegen die Verpflichtung, einen Erbzins

Neustadt Elbing sollte es, wie wir demnächst sehen werden, erst kommen, nachdem diese zuvor mit dem lübischen Recht bewidmet worden war.

Wollte oder konnte der Hochmeister des Ordens keinen Unternehmer gewinnen, der die Besetzung des Ortes, an dem nachher die Neustadt Elbing entstand, mit Kolonisten übernahm, mochte er auch die Verteilung und Verleihung von Baustellen und Äckern an diese nicht ein für allemal einem erblich beliehenen Schulzen übertragen, so blieb nur die Möglichkeit, daß er damit einen Ordensbeamten oder andern Ordensbruder beauftragte.

Für die einzelnen Ansiedler und späteren Bürger der Neustadt Elbing ergab sich hieraus die Rechtsfolge, daß, wenn sie die vom Orden aus erster Hand empfangenen, zu Erbzinsrecht ihnen verliehenen Grundstücke später wieder veräußern oder belasten wollten, das nicht anders denn mit Wissen und Zustimmung des elbinger Hauskomturs oder seines Vertreters geschehen durfte.

Der Grund aber für diese von seiten der Landesherrschaft auszuübende Kontrolle beruhte im magdeburg-kulmer oder, wie man es mit Hinweis auf die besonderen Vorschriften der Kulmer Handfeste von 1233 und 1251 gewöhnlich zu nennen pflegte, im kulmer Recht.

War die den Bürgern von Kulm und Thorn bewilligte Freiheit, die ihnen vom Orden zu Erbzinsrecht verliehenen Güter zu veräußern, durch die Kulmer Handfeste von 1233 oder deren Erneuerung von 1251 an die Bedingung geknüpft, daß der Veräußerer sein Gut in die Hände der Ordensbrüder zurückreiche, und der Erwerber sich dieses von ihnen von neuem verleihen lasse¹⁾, so erfuhr die dem Besitzer kölmischer Güter bewilligte

zu zahlen, Grundstücke zu Erbleihe empfangen hatten, mochte auch ihr Eigentum nur sog. Unter- oder Nutz Eigentum und kein wahres Eigentum sein.

¹⁾ S. Kulmer H. F. vom 28. Dezember 1233 (art. 15) (Preuß. U.-B. I Nr. 105). Erneuerte Kulmer H. F. vom 1. Oktober 1251 (art. 15) (daselbst I Nr. 252).

Veräußerungsfreiheit im XIV. Jahrhundert eine nicht unwesentliche Erleichterung. An die Stelle der Verreichung an den Ordensbeamten, der diese entgegenzunehmen ermächtigt war, und der von ihm zu vollziehenden Neuverleihung des veräußerten Gutes an den neuen Erwerber trat die Auflassung vor dem zuständigen Gerichte, mochte dieses nun das kulmer Landding oder, wie in den Fällen, von denen das neustädter Stadtbuch redet, das in der Stadt gehegte Ding sein.¹⁾

Nicht berührt wurde hierdurch das Recht des Ordens, darüber zu wachen, daß die von ihm verliehenen Güter nicht in die Hände von Besitzern gelangten, welche dem Lande und der Landesherrschaft sich als nicht geeignet erwiesen und ihr daher nicht genehm sein konnten.²⁾

Es blieb darum nach wie vor die Veräußerung der fraglichen Güter von der Genehmigung des Ordens abhängig. Ihre Auflassung vermochte nicht anders gültig und mit rechtlicher Wirksamkeit zu geschehen, als wenn der Veräußerer den bei der Landesherrschaft von ihm nachgesuchten und erlangten Konsens zur beabsichtigten Veräußerung nachwies und beibrachte.

Während dieser Konsens aber, wo es sich um Auflassungen im kulmischen Landdinge handelte, außergerichtlich eingeholt werden konnte, begegnet in der Neustadt Elbing in der Zeit vor ihrer Bewidmung mit dem lübischen Rechte die besondere Einrichtung, daß der Hauskomtur oder sein Vertreter im echten Dinge der Stadt sich einfanden und der Auflassung der vom Orden dem einen oder anderen Ansiedler und späteren Bürger zu erblichem Besitz gegen Erbzins verliehenen Grundstücke beiwohnen mußte. Die Zustimmung zu der beabsichtigten Veräußerung vermochte er da mit ausdrücklichen Worten oder stillschweigend und mittelst schlüssiger Handlung dadurch kundzugeben und zu erklären, daß er die Auf-

¹⁾ Vgl. von Brünneck a. a. O. I S. 78ff.

²⁾ S. Kulmer H. F. 1233 (art. 15) bei den Worten: „ut bona sua, que a domo nostra possident, vendendi talibus, qui terre ac domui nostre bene competant, habeant facultatem“. Ebenso Kulmer H. F. 1251 (art. 15).

lassung, ohne seinerseits dagegen Widerspruch zu erheben, vor sich gehen und vollziehen ließ.

Der Beweis, daß in der Neustadt Elbing während der ersten Zeit ihres Bestehens magdeburg-kulmer Recht Geltung gehabt hat, dürfte somit erbracht sein.

Wie aber verträgt sich damit, muß man fragen, der Umstand, daß, wie die angeführten Aufzeichnungen des Stadtbuches zeigen, die Auffassung von Häusern und Höfen und ebenso deren Belastung mit Zinsen im gehegten Dinge nicht sowohl vor Schulz und Schöffen, sondern zugleich vor dem Bürgermeister und den Ratmannen geschah?¹⁾

Verwies das lübische Recht die Auffassung von Grundstücken und deren Belastung durch Zinsen und Renten statt vor das Gericht vor den Rat der Stadt, so wird m. E. nicht zu verkennen sein, daß in der Kombination von Gericht und Rat in ein und demselben gehegten Dinge sich ein gewisser Einfluß des lübischen Rechts von der benachbarten Altstadt Elbing aus nach der Neustadt Elbing hin erstreckte und bereits zu der Zeit geltend machte, als dort noch das magdeburg-kulmer Recht das sonst maßgebende Recht war. —

Die Untersuchung hat sich nunmehr mit der Gestaltung der neustädter Gerichtsverfassung zu beschäftigen, welche diese erfuhr, als an Stelle des magdeburg-kulmer Rechts das lübische das für sie mehr oder weniger maßgebende Recht wurde. Die Bewidmung der Neustadt Elbing mit dem lübischen Recht erfolgte durch das ihr vom Hochmeister Heinrich Dusmer von Arfberg am 25. Februar 1347 erteilte Privileg.²⁾ Danach sollte sich,

¹⁾ S. oben S. 81 Note 2.

²⁾ S. dieses Privileg im Cod. dipl. Warm. II Nr. 87. Es seien daraus hier die Worte angeführt: „Wir bruder Heinrich Tusmer vorlyhen vnde gebin der Nuwenstadt czu dem Elbinge, den inwonrn vnde irin nachkumelingen allen ewiglichen Lubyz recht vnde gebin en die vriheit vor der stat legin (gelegin), als sye en von meister Dytheriche von Aldinburg vnd von bruder Syfride bewisit vnde vmeriten ist. Wir gebin en ouch drisick hubin waldis zu irre vriheit by der Juncvrowen gelegin mit allem nueze zeu gemeynirgebruchunge vry zeu Lubyzschim rechte zeu besiczin. Vnde woldin sye vbir etliche zeit denselben walt

seine räumliche Ausdehnung anlangend, das Geltungsgebiet des lübischen Rechts nicht nur auf den engen Bereich der Stadt, sondern auch auf die vor dieser und ihren Mauern und Toren belegene Freiheit in der auf Geheiß des Hochmeisters Dietrich von Altenburg durch den Ordensbruder Siegfried ausgewiesenen und abgegrenzten Freiheit, sowie ferner über dreißig beim Dorfe Jungferndorf belegene Hufen Waldes erstrecken. Diese verließ der Hochmeister Heinrich Dusmer von Arfberg den Bürgern der Neustadt, um sie gemeinschaftlich zu gebrauchen und zu benutzen. Sie sollten der städtischen Freiheit hinzutreten und darum ebenfalls in dem Bereiche des lübischen Rechts einbegriffen sein.

In dieser Beziehung aber wurde ein Vorbehalt gemacht. Würden Rat und Bürgerschaft früher oder später einmal den ihnen verliehenen Boden dazu benutzen, um nach Niederlegung des Waldes ein Dorf anzulegen, so sollten sie dieses zu magdeburgischem Recht besetzen. Das hieß mit anderen Worten, den dort anzusiedelnden Bauern durfte der Gebrauch des lübischen Rechts nicht verstattet werden. Für sie ist das magdeburg-kulmische Recht¹⁾ das maßgebende.

vsgebin zcu eyme dorp, so sullin sye das dorp usgebin zcu magdeburgizschim rechte. Wir gebin ouch yn allin den genys, den sy in der selbin stat habin vnd noch gemachen mogin vnde vf irre vriheyte, vsgenomen sunderlich das gerichte beyde gros vnd cleyne, was wir tun oder lasin, das sy des geuolgik syn. Ouch neme wir vs di Polen vnde di Prusyn, di wir sundirlichin vns behaldin zcu richtin, wen wir sye von aldir gerichtit habin. Durch dirre gif(t) vnde lehins willen sullin die ratlute, burger vnde inwonere der selbin stat gebin vnserm huse zcu dem Elbinge iarlich czu einse achzeik mark pfenninge gewonlichir muneze, halbin czins vf sente Mertins tag des byschofis, di andir helfte vf pfingistin.“

¹⁾ Ein besonderes magdeburger Dorf- oder Stadtrecht gab es im preußischen Ordenslande nicht. Wo einmal da und dort in einer Urkunde des Mittelalters der Ausdruck magdeburgisches Recht in Verbindung mit Bewidmung eines Ortes gebraucht wird, ist darunter stets magdeburg-kulmer Recht oder, was dasselbe bedeutet, kulmisches Recht zu verstehen. S. Joh. Voigt, Geschichte Preußens VI S. 595. 596. Vgl. daselbst III S. 419 Note 9, VI S. 593 Note 1. Derselbe, Übersichtliche Darstellung der Rechtsverfassung Preußens S. 20 Note 37, S. 21. Weil das kulmische Recht wegen Übernahme der ehelichen Halbteilung und des

Innerhalb des Geltungsgebietes des lübischen Rechts war das Gericht der Neustadt Elbing für deren Bürger und Einwohner das zuständige Gericht. Eine Ausnahme macht das Privileg von 1347 nur wegen der dort wohnenden oder zeitweilig verweilenden Polen und Preußen. Über sie zu richten behält der Hochmeister dem Orden vor.

Ein anderer Vorbehalt, der hier noch kurz erwähnt sein mag, betrifft die Gerichtsgefälle, insonderheit die bei Handhabung der großen wie der niederen Gerichtsbarkeit aus Strafgeldern und Bußen erwachsenden Einnahmen. Die Verfügung hierüber soll nach dem Privileg allein dem Orden zustehen, der daher auch, ohne daß Rat und Bürgerschaft dem widersprechen dürfen, im einzelnen Falle zu befinden hat, ob und wieviel etwa dem verurteilten Verbrecher oder Frevler an der ihm zuerkannten Strafe nachzulassen oder von ihm zu fordern oder beizutreiben sei.

Wer in der Neustadt Elbing die Gerichtsbarkeit ausübte, dem Gericht vorstand und die Verhandlungen in diesem leitete, geht aus dem Privileg von 1347 nicht hervor.

Ebensowenig erhellt, wie in diesem die Urteile zustande kamen, die der Richter nach Schluß des Verfahrens zu verkündigen hatte.

Man muß, um hierüber Aufschluß zu erhalten, andere Urkunden zu Rate ziehen.

In der Eigenschaft des dem Gericht in der Neustadt Elbing vorstehenden Richters begegnet ein mit dem Namen Schultheiß oder Schulz bezeichneter Beamter zuerst in einer Aufzeichnung des neustädtischen Stadtbuchs

gleichen Erbrechts der Söhne und Töchter aus dem flämischen Recht in Hinsicht des ehelichen Güterrechts von Todes wegen und des Erbrechts dem lübischen Recht nahe kam, mochte es sich empfehlen, das einem neuanzulegenden Dorfe zu gebende Recht nicht als kulmisches Recht, sondern als magdeburgisches zu bezeichnen. Nur so konnte, während es sonst hierin mit dem magdeburger Recht übereinstimmte, im Gerichtswesen die Verschiedenheit des kulmer Rechts von dem lübischen Recht bemerkbar gemacht und hervorgehoben werden.

zum Jahre 1341.¹⁾ Da von diesem nirgends berichtet wird, daß er gleich dem Erbrichter der Altstadt Elbing mit dem Schulzenamt und Gericht erblich beliehen gewesen sei, ebensowenig aber etwas darüber verlautet, es habe der Rat und die Bürgerschaft sich selbst den Schulz und Richter wählen dürfen, bleibt nur die Annahme übrig, daß dieser damals durch den Orden als den Landes- und obersten Gerichtsherrn widerruflich bestellt und ernannt wurde. Hierbei behielt es zunächst sein Bewenden auch noch, nachdem im Jahre 1347 die Neustadt mit lübischem Rechte bewidmet worden war.

Erst im folgenden Jahre 1348 verließ der Elbinger Komtur Alexander von Koonre dem Schulzen Reinhold das Schulzenamt und Gericht in der Stadt erblich.²⁾ Seitdem wurde dieses innerhalb bestimmter Familien an deren Mitglieder vererbt bis hin zum Jahre 1425. Da verkauften der Schulz Markus und sein Neffe Niklas (Nikolaus) „ihr freies Gericht und Schulzenamt“ an die Neustadt Elbing.³⁾ Rat und Bürgerschaft gelangten so, da der Orden der Veräußerung stattgab, sei es, daß er sie ausdrücklich genehmigte, sei es, daß er sie stillschweigend geschehen ließ, ohne Widerspruch dagegen zu erheben, in den Besitz eigener Gerichtsbarkeit. Das in der

¹⁾ S. 53: „In anno domini M^oCCC^oXL primo acta sunt coram nobis in civitate nova Elbingensi videlicet coram sculteto Friderico nomine et coram nobis scabinis qui tunc iudicio praesidebant, magistro consulum Heinmanno dicto Typhenaw et consilibus Heinmanno Sleperegelle, Heinmanno Lembark, Heinmanno sartore, Nico. Glazaw et scabinis scilicet Tidmanno Plimkyn, Conr. Winter, Frider. Leimkleker, Jo. Massow, Friderico Cerdone, quod (nun folgt eine durch einen Defekt in der Handschrift unleserlich gewordene und lückenhafte Stelle) resignavit.“ Vgl. hiermit die oben S. 81 Note 2 aus demselben Stadtbuch angeführte Aufzeichnung zum Jahre 1344.

²⁾ S. die Urkunde von 1348 im Cod. dipl. Warm. II Nr. 118. Die erbliche Verleihung schloß darum nicht die Möglichkeit aus, daß der Erbschulze Stanke, auf den es von dem Schulzen Reinhold durch Erbschaft übergegangen war, das Schulzenamt und Gericht (mit landesherrlicher Genehmigung) im Jahre 1377 an einen gewissen Andreas wiederum zu Erbrecht veräußerte und abtrat. S. Neustädt. Stadtb. S. 105.

³⁾ S. Toeppen, Elbinger Antiquitäten S. 255.

Neustadt vorhandene Gericht aber wurde Stadtgericht im eigentlichen Sinne.

Behauptete sich der Schulz in seinem Richteramt nach dem Jahre 1347, so konnte doch nicht ausbleiben, daß die Bewidmung der Neustadt Elbing mit dem lübschen Recht deren Gerichtsverfassung wesentlich umgestaltete. Die Schöffen verschwinden aus dem Gericht. Nicht weniger hört die Kombination von Gericht und Rat bei Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit auf. Die Auflassung von Grundstücken sowie von Zinsen und Renten findet demzufolge nicht mehr im Gericht, sondern vor dem Rat und allein nur noch vor diesem statt.¹⁾

Die Beteiligung des Rats an dem unter dem Vorsitz des Schulzen tagenden Gericht beschränkt sich allein noch auf die Abordnung zweier seiner Mitglieder, die, entsprechend den Vorschriften des lübischen Rechts, neben dem Schulzen Platz zu nehmen und achtzugeben haben, daß in dem Verfahren keiner der Parteien Unrecht geschehe.

Anders als das Privileg der Altstadt Elbing vom Jahre 1246 enthielt das der Neustadt vom Hochmeister Heinrich Dusmer von Arfberg im Jahre 1347 wegen Bewidmung mit dem lübischen Recht verliehene Privileg keine den Rechtszug nach Lübeck ausschließende oder erschwerende Bestimmung.

Weil in dieser Hinsicht keine Ausnahme gemacht war, wird man annehmen müssen, daß mit Verschreibung und Verleihung des lübischen Rechts auch die Vorschriften des Art. 61 (Hach, Cod. II) seiner deutschen Rezension für die Bürger und Einwohner der Neustadt Elbing Kraft und Geltung erlangten. Stand ihnen demzufolge die Freiheit des Rechtszuges an den Oberhof in Lübeck offen, so ist daraus doch andererseits zu entnehmen, daß sie, wie der Art. 61 es voraussetzt und

¹⁾ Neustädter Stadtbuch S. 96: „quos (sc. census) — filio suo coram nobis in residenti nostro consilio publice resignavit (anno 1367).“

verlangt, von dieser nur dann Gebrauch machen konnten, wenn Kläger oder Beklagter das im Gericht der Stadt ergangene Urteil nicht sowohl vor diesem, sondern noch einmal, nachdem es im Wege der Urteilsschelte an den neustädter Rat gelangt, und von diesem in zweiter Instanz Recht gesprochen war, abermals gescholten hatten.

Zugleich aber gelangen wir zu der Folgerung, daß der Rat der Neustadt Elbing, abgesehen von Ausübung der freiwilligen Gerichtsbarkeit, nicht minder berufen und berechtigt war, als zweite Instanz in streitigen Sachen, die vor dem Gericht des Erbschulzen und später vor dem eigenen Gericht der Stadt anhängig gemacht und durch dieses abgeurteilt worden waren, Recht zu sprechen.

Über die Förmlichkeiten, die bei Erhebung der Urteilsschelte und wegen Einreichung der die Klage und Antwort wiedergebenden Schriftstücke und der Beförderung nach Lübeck zu beobachten waren, verlautet nichts. Vermutlich aber beobachtete man in der Neustadt in dieser Beziehung ein gleiches oder doch ähnliches Verfahren, wie es die für die Altstadt Elbing aufgestellten, durch die Hochmeister Ludolf König 1343 und Winrich von Kniprode 1356 bestätigten Willküren vorschrieben.

Von der Freiheit, den Rechtszug nach Lübeck zu nehmen und die vom eigenen Rate ergangenen, aber gescholtenen Erkenntnisse der Entscheidung des lübecker Rats als des Oberhofes zu unterbreiten, haben die neustädtisch-elbinger Bürger nachweislich noch im Jahre 1464 Gebrauch gemacht.¹⁾ Die fragliche Einrichtung hat sich demnach, wenn nicht noch länger, so jedenfalls bis zu der Zeit hin erhalten, welche nur zwei Jahre dem Abschluß des thorner (nessauer) Friedens von 1466 vorherging, der die Städte Alt- und Neustadt Elbing von dem Ordensstaat Preußen endgültig trennte und der polnischen Herrschaft unterwarf.

¹⁾ S. Michelsen, Der ehemalige Oberhof zu Lübeck, Beilage III S. 104. 105 Nr. 20.

Anhang.

Das neuebinger Stadtbuch.

Das Archiv des Magistrats der Stadt Elbing bewahrt den Band einer Handschrift, deren Text die Worte vorangestellt sind: „*Hic est liber, in quo continentur sive scripta sunt hereditates novi Elbingi, in quibus est reditus vel census emptus annalis.*“ Die darin aufgenommenen Eintragungen, der Zeit nach beginnend mit dem Jahre 1341 und fortschreitend bis zum Jahre 1380¹⁾, betreffen nicht bloß, wie die Überschrift besagt, Grundstücke, auf welchen ein (vorbehalter) Zins oder eine durch Rentenkauf vom Gläubiger erworbene Rente lastete.²⁾ Es trifft sogar nicht einmal zu, daß der überwiegend größere Teil der Handschrift durch die Beurkundung von Rechtsgeschäften ausgefüllt würde, welche auf die Bestellung von Zinsen oder Renten abzielen, die als Real-lasten mit Grundstücken verknüpft sein sollen und diese beschweren.

Nicht allein, daß auf S. 55 eine im Jahre 1384 stattgehabte Auflassung eines Erbes beurkundet wird³⁾, ohne daß eines von früher her darauf ruhenden oder dem Veräußerer vorbehaltenen neuaufgelegten Zinses gedacht würde, finden sich dem Stadtbuch zahlreiche Einzeichnungen von Rechtsgeschäften einverleibt, die Grundstücke und Rechte an solchen überhaupt nicht zum Gegenstande haben. Den Eintragungen von Zinsen und Renten, die auf Häusern und Hofstätten lasten, stehen nahezu ebensoviele Beurkundungen über Rechtsgeschäfte gegenüber, welche in das Familien- und Erbrecht einschlagen. Hingewiesen sei hier namentlich auf die vor dem Rat erklärten Vergabungen von Todes wegen, durch welche Ehegatten sich gegenseitig ihre wohlgewonnenen und der freien Verfügung unterliegenden Güter für den Fall zuwenden, daß einer vor

¹⁾ S. Toeppen a. a. O. S. 25.

²⁾ S. die oben S. 81 Note 2 angeführte Eintragung S. 61 des Stadtb. zum Jahre 1344. S. ferner die Eintragung S. 49 zum selben Jahre: „*Actum — quod Gotfridus scultetus noster vendidit Johanni Pantkense vnum quartale de suis libris areis tali conditione, quod idem Johannes debet dare singulis annis eidem Gotfrido vnum fertonem denariorum perpetue duraturum.*“ Vgl. damit die Eintragung S. 5 zum Jahre 1342: „*Albertus de Halle habet in hereditate Johannis sculteti vnam marcā censualem super festum pasche, que potest redimi cum decem marcis addito censu — Johannes nomine Niger de Maryenburg habet in hereditate — Heinrici Tischneri tres marcas censuales — potest redimi cum octo marcis addito censu — Item Johannes nomine Niger de Maryenburg habet in hereditate Degenhardi — braxatoris duas marcas censuales vnam super festum Philippi et Jacobi et alteram super Martini episcopi. Marca potest redimi cum IX marcis addito censu.*“

³⁾ S. oben S. 80.

dem andern verstirbt.¹⁾ Stimmen in der Aufnahme von Rechtsgeschäften, welche in das Familien- und Erbrecht gehören, die Stadtbücher der Altstadt und der Neustadt Elbing überein, so stößt man in dem neustädtischen Stadtbuch auf eine ihm eigentümliche Besonderheit. Sie ist darin zu erblicken, daß auf S. 62, mitten zwischen Beurkundung von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit über die im gehegten Dinge erfolgte Verfestung und Friedloslegung von Bürgern berichtet wird, von welchen einer sich der schweren Körperverletzung eines Bürgers und damit des Friedbruches schuldig gemacht, zwei andere Bürger aber sich an diesem Verbrechen beteiligt haben und darum ebenfalls friedlos erklärt worden sind.²⁾

Von allgemeinem Interesse für die Neustadt und die Gesamtheit ihrer Bürger und Einwohner war die im Jahre 1348 erfolgte Umwandlung des bis dahin widerruflich besetzten Schulzenamtes in ein Erbschulzenamt.³⁾ Der Führer des Stadtbuches mag es um deshalb für angezeigt erachtet haben, in dieses zwei mit dem Erbschulzenamt im Zusammenhang stehende Vorgänge zu verzeichnen.

Auf S. 64 wird dem Leser Kenntnis gegeben von einem zwischen dem Rat und dem neuen Erbschulzen Reinhold durch die Ordensleute,

¹⁾ Stadtb. S. 11: „wissentlich zi deze sache dem siczczenden stule des ratis, das Herman von der Balge hy vfgebit sin elichen vrowen Elzen allis, das her hot sine wolgewunnene habe: legende grunt, erd weste nayns (nagel) weste, varinde habe bynnen landis vnd buzin landis das in anrurende si, das das nymant ansprechen moge, wen Elze sin vrouwe. Is das got vbir mich gebutit ehe wen obir zi, des gutis ist zy allis gewaldig. Is das sy einen man nymt, so sal man das gut teilin, so bute ich daz man czwene ratman dor czu setzezit dy das gut teilen vnd tor vmme so bitte ich, das man myn tochter von den ander gut gebe II mark czu cleyden (cleydern). Ouch wisse dersitzende stul des ratis, allis das ich nu hy habe vfgegebin das gebit sy mir weder her, ab got ober zy gebuat (gebutet) eher wen ober mich anno domini M^oCCC^oLX^o.“ S. ferner daselbst S. 81: „wissentlich sie vwer erbarkeit, daz Jo. Warnke syner husvrowen het nach synem tode vf gelasen allis syn gut, also hat sie gleicher wise in wider getan nach irem tode als da nirre teydigen moge nicht noch möge dar vf gesachen. Das haben si getan mit beratenen mute vnde bi gesundem liebe anno domini M^oCCC^oLXII.“

²⁾ Stadtb. S. 62 (ohne Zeitangabe): „veruestent vnd vridelos ist geleit Johannes Sleppegrellen neve (Neffe) von gotes vnd der herren (Ratmannen) vnd von rechtes gerichtes wegen vmbe vride, de (den) er gebrochen hat an Otten Fleischhouwer — do er im worchte eine wunden mit eine(m) swerte. Daz ist geschen in gehegeten dinge“ — „ouch ist verwestent vm Otten Fleischhouwern wegen Johan Cisic vnd Tilo sin Cumpen vnd Conradus de Stangenwalde von gotes vnd der herren vnd gerichtes wegen vmbe daz sie den vriden an im bruche in sine eigen hus vnd einer in da wuchte eine wunde, die andern vmb volge.“

³⁾ S. oben S. 91.

den Bezirks- und den Hauskomtur aus Elbing vermittelten und im Jahre 1348 zum Abschluß gebrachten Vergleich, der einen unter beiden Teilen entstandenen Streit in gütlicher Weise beilegte und beendigte.¹⁾ Der andere Vorgang findet sich zum Jahre 1378 auf S. 105 verzeichnet. Es handelt sich dabei um die Veräußerung des Erbschulzenamts durch den bisherigen Schulzen Stanken an den neuen Schulzen Andreas in der Weise und dergestalt, daß dieser das Schulzenamt gleichwie sein Rechtsvorgänger nicht bloß für sich, sondern auch für seine Erben und Nachkommen haben und besitzen sollte.²⁾

Anmerkung. Außer der vorstehend besprochenen Handschrift, welche ihrem verschiedenartigen Inhalte nach dem altstädtisch-elbingischen Stadtbuch entspricht oder doch sehr nahe kommt und darum selbst ebenfalls mit dem Namen Stadtbuch bezeichnet werden konnte, besitzt das Archiv des Magistrats der Stadt Elbing noch eine zweite, mehrere Blätter (Großfolio) umfassende, der Neustadt Elbing vormals angehörige Handschrift. Auf dem Umschlag steht geschrieben: „Schläfer“. Es soll dieses Wort vermutlich zum Ausdruck bringen, daß darin ein Verzeichnis aufgestellt wird, welches nicht sowohl die in der Stadt vorhandenen Häuser, sondern namentlich auch die zu diesen gehörigen und nach ihnen und den Straßen oder Gassen, in welchen sie belegen waren, geordneten leeren (schlafenden) Baustellen, sowie sonstige noch nicht bebaute Grundstücke (Gärten, Äcker, Felder usw.) umfassen sollte. Anscheinend liegt keine Reinschrift, sondern ein bloßes Konzept vor. Die Schriftzüge, die, nach Form und Art der einzelnen Buchstaben zu schließen, auf die letzten Jahrzehnte des XV. Jahrhunderts als Entstehungszeit hindeuten, sind derartig verschwommen und ineinander verschlungen, daß es mir schlechterdings unmöglich war, sie zu entziffern. Übrigens glaube ich nicht, daß die Ausbeute, welche aus dem Entziffern zu gewinnen wäre, die darauf verwandte Zeit und Mühe lohnen würde. Schon das Aussehen der Schrift, welche von Anfang bis zum Ende der Blätter die gleiche ist, weist darauf hin, daß das angelegte Verzeichnis neustädter Liegenschaften Eintragungen begreift, welche in einen verhältnismäßig kurzen Zeitraum fallen. Keinesfalls ist der Inhalt, wie Toeppen, Elbinger Antiquitäten S. 257 behauptet, mit dem 1417 angelegten Erbbuch der Altstadt Elbing in Vergleich zu stellen.

¹⁾ Der Erbschulz sollte danach zwei näher bezeichnete Höfe frei und ledig von dem Erbzins besitzen, den sonst die übrigen Bürger und Besitzer von Häusern oder anderen Grundstücken an die Stadt zu entrichten hatten, dahingegen verpflichtet sein, „alle scharwerke vnd alle geschocz vnd alles vngelt, daz de gut (Güter) vf die stat tun vnd geben“, seinerseits ebenfalls zu leisten bzw. zu bezahlen.

²⁾ S. dazu oben S. 88 Note 2.

II. Abschnitt.

Die Zeit der polnischen Herrschaft.

Nachdem mit andern dem preußischen Bunde beigetretenen Städten die Städte Elbing (Alt- und Neustadt) vom Deutschen Orden abgefallen waren, sich ihm ergeben und ihn zum Herrn angenommen hatten, erteilte der König Kasimir IV. den Bürgern der Altstadt Elbing am Bartholomäustag (25. August) des Jahres 1457 ein Privileg, das man wegen des Umfanges und des Wertes der verliehenen Güter und Gerechtsame, mit denen sie dadurch begnadigt wurden, das elbinger Hauptprivileg genannt hat.

Zum Lohn für die¹⁾ ihm bewiesene Treue und zum Ersatz des Schadens, den sie während des Krieges mit dem Orden erlitten, verleiht er ihnen, im Einverständnis mit den Räten der beiden Lande Polen und Preußen eine größere Anzahl von Dörfern, den Wald, der vormals zu dem in der Altstadt befindlichen, in der Kriegszeit zerstörten Ordensschlosse gehörte, und das früher ebenfalls damit vereinigt gewesene Fischamt in allen seinen Grenzen zu Wasser und zu Lande. Alle ihre Dörfer und Höfe mit Äckern, Wäldern, Gewässern, Mühlen, mit großen und kleinen Gerichten sollte die Altstadt Elbing frei und ewiglich zu lübischem Recht besitzen.²⁾ Der Geltungsbereich dieses Rechts erfuhr damit eine sehr ansehnliche räumliche Ausdehnung. Er umfaßte fortan außer dem engeren Stadtbereich und der vor den Mauern und Toren der Stadt belegenen, vom Deutschen Orden ihr verliehenen städtischen Freiheit das den Bürgern vom Könige Kasimir IV. neu verliehene größere Landgebiet.

¹⁾ S. den deutschen Text des Priv. v. 25. August 1457 in der Preußischen Sammlung allerhand handschriftl. u. gedruckt. Urkunden I, S. 321—325.

²⁾ S. das Priv. v. 1457 bei den Worten „Alle diese Begnadigung, es sey in Dörfern, Höfen—Äckern, Wäldern—Wassern—Mühlen— mit —Gerichten, es seyen kleine oder große, baussen oder binnen, sollen sie in allen — Gräntzen zu gemeiner Gebrauchung frey vnd ewiglich in Lübischem Recht besitzen.“

Eine Vergünstigung von nicht geringerer Tragweite und Bedeutung betraf das Verhältnis der Altstadt Elbing zu den Königen von Polen als ihren neuen Herren und obersten Gebietern.

Kasimir IV. begab sich für seine Person und für seine Nachfolger des Rechts, der Stadt einen Hauptmann aus der Mitte des den König umgebenden Rats zu setzen. Er gestattet insbesondere den Bürgern, alljährlich aus der Zahl ihrer Ratmannen 4 derselben zu wählen und dem König als geeignete Bewerber für das Amt des Hauptmanns in Vorschlag zu bringen. Von diesen sollte der König einen zum Hauptmann bestätigen und ernennen.¹⁾ Ferner bewilligt er den Bürgern die Freiheit, alte Willküren abzuschaffen und neue Willküren nach Bequemlichkeit der Stadt aufzustellen.²⁾

Das ihnen damit gemachte Zugeständnis war ein uneingeschränktes und vorbehaltloses. Auch für die städtische Freiheit und die Ordnung des dortigen Gerichtswesens bedurften sie ferner nicht mehr der landesherrlichen Bestätigung.³⁾

Der Zweck des Hauptprivilegs war jedoch nicht bloß dahin gerichtet, den altstädtischen Bürgern neue Rechte und Freiheiten zu gewähren, deren sie zuvor nicht teilhaftig gewesen waren. Es wollte sie zugleich vor der Gefahr einer etwaigen künftigen Vergewaltigung und willkürlichen Entziehung ihrer von alters her erworbenen Rechte schützen. Um dieser vorzubeugen, bestätigte der König Kasimir IV. der Altstadt Elbing alle von Kaisern, Königen, Fürsten, Hochmeistern des Deutschen Ordens und anderen Herren erteilte Privilegien, Willküren und Gewohnheiten mitsamt ihrem gewöhnlichen „Lübeckschen Rechte“. ⁴⁾

¹⁾ S. das Priv. von 1457 bei den Worten: „Auch wollen wir, daß nie von uns und unsern Nachkömmlingen, Königen in Polen über und ober der Stadt kein Hauptmann aus ihrem Raht gesetzt werden soll, sondern sie sollen jährlich 4 kiesen ihres Rahts, von denen wir ihnen jährlich einen zum Hauptmann bestätigen sollen“.

²⁾ S. die Worte des Priv. von 1457: „So erlauben wir ihnen auch Willkühren abe zu thun und zu setzen nach Bequemlichkeit der Stadt.“

³⁾ Vgl. hiermit das oben S. 27 und 35 Bemerkte.

⁴⁾ S. die Worte des Privilegs von 1457 „zu Vermeidung mancherley

Zur Bezeigung des Dankes für die empfangenen Wohltaten und um zugleich der Herrschaft über ihre Stadt Anerkennung und Ausdruck zu verschaffen, sollte Rat und Bürgerschaft verpflichtet sein, alljährlich zu Pfingsten 400 ungarische Gulden dem König von Polen und seinen Nachfolgern zu zahlen. Außerdem bedingt Kasimir IV. sich aus, daß die Stadt für ihn, die Königin und ihre Nachfolger einen Hof mit den nötigen Gemächern bauen und herstellen lasse und in Würden erhalte, auch ihn den König, die Königin und seine Nachfolger, so oft sie dorthin kommen würden, mit dem für die Hofhaltung erforderlichen Holz und Heu versorgten.¹⁾

Die Neustadt Elbing wurde durch das Privileg von 1457 nicht berührt. Der König Kasimir IV. behielt sich diese und die Verfügung über sie vor.²⁾

Seinen Grund hatte das darin, weil damals, wenn nicht die Neustadt selbst, so doch der von ihr an den Orden und

Unwillen und Gewalt, die zu Zerbrechung ihrer alten Privilegien von unsern Nachkömlingen oder Anwalden (= Statthaltern) geschehn möchten, so bestätigen wir ehgedachter alten Stadt Elbing alle ihr Privilegien in Kraft dieses Briefes, die sie haben von Kaysern, Königen, Fürsten, Hochmeistern und anderen Herrn, mit allen ihren löblichen Willküren und Gewohnheiten, mit samt ihrem gewöhnlichen Lübeckischen Rechte, demnach sie in allen den Fällen zu richten als die Stadt Lübeck thut, wie mit dem unsere lieben Getreuen unser Stadt Elbing begnadigt sind und begabt“.

¹⁾ S. die Worte des Privilegs v. 1457: „Vor dieser Begnadigung sollen der Raht mit der Gemeinde derselben unserer alten Stadt Elbing, uns und unsern Nachkömlingen Königen in Polen verpflichtet seyn zu geben jährlich 400 Ungarische Gulden auf Pfingsten zu Bekäntnis der Herrschaft —. Auch sollen sie uns bauen für uns, unsere Königin und unsere Nachkömlinge einen Hof und Gemach, und den in Würden halten und uns darin, und unsere Königin und Nachkömlinge mit Holz und Heu versorgen, so oft wir dahin kommen.“

²⁾ S. die Worte des Privilegs v. 1457 „die neue Stadt Elbing und die Pfarre der alten Stadt Elbing, die wir in Lehn unsrer Majestät wollen behalten, also doch, daß wir niemanden darin setzen wolten, der ihnen (nämlich den Bürgern der Altstadt) nicht eben wäre noch bequem“. Mit der Pfarre der alten Stadt Elbing war die Pfarre der Nikolaikirche gemeint. Über diese behielt sich der König das Kirchlehn (Patronat) vor, während er das Patronat über die übrigen dortigen Kirchen dem Rat überließ und mitverlieh.

nachher an den polnischen König zu entrichtende jährliche Zins verpfändet oder mit Vorbehalt des späteren Wiederkaufs vom Könige dem Woywoden von Marienburg Stibor von Baisen überlassen und abgetreten worden war.¹⁾

Das Rechtsverhältnis, in welches die Neustadt Elbing hierdurch versetzt war, blieb längere Zeit ein unsicheres und schwankendes. Der Schwebezustand hörte erst im Jahre 1478 auf. Da ordnete König Kasimir IV. durch ein besonders deshalb erteiltes Privileg die Einverleibung der Neustadt in die Altstadt Elbing an.²⁾

Die näheren Bestimmungen darüber, wie diese ins Werk zu setzen sei, waren folgende:

1. Der Rat der Altstadt ward ermächtigt, der Neustadt Ratmannen zu erwählen und den Tag der Ratssitzung anzuberaumen und ihnen mitzuteilen.

2. Er sollte befugt sein, den neustädtischen Bürgern Recht zu sprechen und das Regiment über sie ausüben, gleich wie das in der Altstadt geschah.

3. Der altstädtische Rat erhielt vom Könige den jährlichen Zins geschenkt, den die Einwohner der Neustadt von ihren Äckern, Wiesen, Vorwerken, Mühlen usw. an die Landesherrschaft zu entrichten hatten.

Freilich mußte diese Schenkung vorerst noch an die beschränkende Maßgabe geknüpft werden, dass sie unbeschadet des Anspruchs geschähe, welchen der marienburger Palatin oder Woywode auf einen Teil des der Landesherrschaft

¹⁾ Fuchs, Beschreibung der Stadt Elbing I S. 42.

²⁾ S. das Privileg v. Jahre 1478 bei Crichton, Urkunden und Beiträge zur Preuß. Geschichte I. Sammlung (1788) S. 45—48 bei den Worten: „*civitatem novam veteri civitati annectimus et conglutinamus decernentes pro corpore et fundo unius civitatis reputandam utram earum. Quod antiquae civitatis consulatus diem comitiorum indicet, et apud eum remaneat potestas locandi consules — omnibus incolis ejusdem civitatis judicandi, imperandi et gubernandi non secus nec aliter, quam in veteri civitate —. omnem censum annuum ex — civitate nova per — incolas nobis solvi consuetum — consulibus antiquae civitatis Elbing damus, donamus et largimur perpetue et in aevum sine praejudicio tamen magnifici Stibori de Baysen Palatini Marienburgensis — quem licebit praefatae civitati nostrae apud eam redimere et redemptum perpetue possidere*“. Vgl. hierzu Fuchs a. a. O. II S. 440 Note *).

sonst zustehenden Zinses (71 Mk. 6 Skot) zu erheben hatte wegeneinerdemKönigdargeliehenenSummevon etwa 500Mk., der von diesem ihm verpfändet oder widerkäuflich überlassen und abgetreten worden war. Jedoch sollte der altstädtischen Bürgerschaft freistehen, diesen Zinsteil durch Berichtigung der Schuld von 500 Mk. einzulösen oder wieder zu kaufen, und diese so an sich zu bringen und für immer zu erwerben.

Von dieser Befugnis hat dann auch der Rat der Altstadt Gebrauch gemacht. Er fand den Stibor von Baysen ab und machte so die Altstadt zur alleinigen Gläubigerin der zinspflichtigen Bürger und Einwohner der Neustadt. Nicht oder doch nur mit Modifikationen und beschränkenden Maßgaben kamen dahingegen die vorhin zu 1 und 2 genannten Bestimmungen zur Ausführung. Rat und Bürgerschaft der Neustadt erhoben, weil sie meinten dadurch in ihren von alters her erworbenen Freiheiten und Rechten gekränkt zu sein, gegen deren Anwendung Widerspruch. Sie erreichten es auch, daß das Verhältnis ihrer Stadt gegenüber der Altstadt und deren Rat sich für sie mehr oder weniger günstiger gestaltete, als König Kasimir IV. beabsichtigt hatte.¹⁾ Die Neustadt behielt ihren eigenen, wenn auch in der Zahl seiner Mitglieder verkleinerten Rat, ebenso ihr eigenes Gericht. Freilich aber verloren beide Behörden die frühere Selbständigkeit. Die Eingliederung in die Altstadt brachte es mit sich, daß Rat und Gericht der Neustadt dem altstädtischen Rat untergeordnet wurden.

In wichtigen die Bürger und Einwohner der Neustadt ebenso wie der Altstadt berührenden Angelegenheiten kam es sogar zu einer Verschmelzung beider Räte, indem die neustädtischen Ratmänner zu den Sitzungen des altstädtischen Rats mit herangezogen wurden und in diesem ihre Stimme mit abzugeben hatten.

Wie gestaltete sich nun die elbingische Gerichtsverfassung, solange die polnische Herrschaft währte? Welche Veränderungen vollzogen sich darin auf Grund der Privilegien von 1457 und 1478 und im weiteren Verlaufe der Zeit bis hin zur Einverleibung Elbings in den preußischen Staat?

¹⁾ S. Fuchs a. a. O. II S. 440 Note *) vgl. mit den Ausführungen I S. 295. 296.

Es machten da einerseits die Eingriffe der polnischen Könige durch die von ihnen erlassenen Verordnungen, andererseits aber auch nicht weniger die der Altstadt Elbing vom König Kasimir IV. durch das Hauptprivileg von 1457 bewilligte weitgehende Autonomie einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die elbinger Rechtsbildung und namentlich auf das Gerichtswesen geltend.

Es erklärt sich so die Erscheinung, daß während manche und wichtige Rechtssätze des lübischen Rechts ihre Anwendung verloren, die Aufnahme des römischen Rechts erleichtert ward und seine Vorschriften an Stelle der früher maßgebenden Bestimmungen des deutschen und lübischen Rechts in die gerichtliche Praxis eindringen und beachtet und befolgt wurden.¹⁾

Wir gehen zunächst wieder von der Altstadt Elbing aus. Da zeigt sich gegenüber der früheren Zeit eine bemerkenswerte Veränderung. Sie ward hervorgerufen durch die überwiegende Stellung und Bedeutung, die der Rat innerhalb der Gerichtsverfassung erlangt und den Einfluß, den er infolge dessen auf die Rechtspflege zu äußern in den Stand gesetzt ist. Will man einen klaren Einblick in die anscheinend recht verwickelte und verworrene Organisation der mehreren und verschiedenartigen, nebeneinander bestehenden Behörden gewinnen, muß man scharf vorweg auseinanderhalten die vom Mittelalter her überkommenen Gerichte einerseits und den Rat und die von diesem abgezweigten Ämter auf der andern Seite. Den letzteren standen Ratsherren vor, welche neben der Erfüllung anderer administrativer und finanzieller Amtspflichten richterliche Funktionen zu versehen hatten und die deshalb selbst Richter hießen, gleichwie einige der ihnen übertragenen Ämter wohl auch mit dem Namen Gerichte bezeichnet wurden.

Fassen wir an erster Stelle die beiden aus der älteren Gerichtsverfassung überkommenen und beibehaltenen Gerichte ins Auge.

¹⁾ S. hierüber die weiterhin anzuführende Schrift des elbinger Ratsheeren Gottfried Zamehl Sectio II c. 5. Da heißt es von dem Stadtgericht bzw. dem Vogtgericht „*Judicat ex praeceptis juris Lubicensis, a quo ad*

Die Rechtspflege innerhalb des engeren Bereiches der Altstadt übt der Richter oder Stadtrichter aus, wie jetzt der die Stelle des Schulzen einnehmende Beamte heißt. Er wird vom Rat aus dessen Mitgliedern gewählt. Dem Gericht des engeren Stadtbereichs stand so als Richter stets nur ein Rathsherr vor. Auch das genügt indes noch nicht, seine amtliche Eigenschaft genauer zu kennzeichnen. Der Stadtrichter ist zugleich Inhaber mehrerer neuentstandenen, vom Rate geschaffenen und von dessen Kollegium abgezweigten Ämter. Es wird weiterhin hierauf zurückzukommen sein.

Außerhalb der Mauern und vor den Toren der Stadt behielt der Vogt, den zu wählen das Privileg von 1288 dem Rate bewilligt hatte, das von ihm bekleidete Richteramt. Sein Gerichtsbezirk aber erfuhr auf Grund des Hauptprivilegs von 1457 eine sehr erhebliche Erweiterung. Er beschränkte sich nicht mehr allein auf die städtische Freiheit, sondern umfaßte zugleich das damals der Altstadt durch den König Kasimir IV. verliehene, von der Stadt fernab gelegene Landgebiet. Später behielt es dabei freilich nicht sein Bewenden. Als der König Johann Kasimir von Polen im Jahre 1657 dem Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg Elbing verpfändete, führte diese Tatsache als weitere Folgen Ereignisse herbei, welche nicht nur den räumlichen Umfang des vogteilichen Gerichtsbezirks auf seine früheren, mit der Stadtfreiheit zusammenfallenden Grenzen einschränkte, sondern ihn sogar noch etwas mehr einengte und verkleinerte.¹⁾

statuta sua recurrit, in horum defectum ad jus commune seu civile vel ad jus provinciale Prussiae, in criminalibus ad constitutiones Caroli V“.

¹⁾ S. Fuchs a. a. O. I S. 279. 280. 291. Es sei hier kurz an nachstehende geschichtliche Vorgänge erinnert. 1657 war Elbing an den großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg durch König Johann Kasimir von Polen für 400 000 Taler verpfändet worden. Daraufhin besetzte es sein Sohn Kurfürst Friedrich III. im Jahre 1698. Nachdem er 1700 durch Verpfändung der polnischen Reichskleinodien gesichert war, gab er es an Polen zurück. Als dann aber die auf 300 000 Taler herabgesetzte Pfandsomme nicht bezahlt ward, setzte sich der inzwischen zum König in Preußen erhobene Friedrich I. 1703 in den Besitz nicht zwar Elbings überhaupt, wohl aber des elbinger Stadtgebietes. Mit diesem

Weil der Vogt zugleich bei Verhandlungen mit dem Rat für die Gemeindevertretung (sog. zweite Ordnung)¹⁾ das Wort zu führen hatte, konnte kein Ratsherr, sondern nur ein Bürger aus der Gemeinde zum Vogt gewählt und ernannt werden.²⁾ Ließ sich doch nur von einem Bürger, der nicht auch Ratmann war, erwarten, daß er bei entstehenden Meinungsverschiedenheiten und Zwistigkeiten als Wortführer der Gemeindevertretung die Interessen der Bürgerschaft gegenüber dem Rat mit Unbefangenheit und zugleich mit der nötigen Energie wahrnehmen würde.

Außerdem war der Vogt noch Beisitzer im Wettgericht. Es wird darauf an anderer Stelle zurückzukommen sein.

In beiden Gerichten, dem Stadt- und dem Vogtgericht, hatten vom Rat dazu verordnete Ratsherren neben dem präsidierenden Richter Platz zu nehmen und den Verhandlungen beizuwohnen. Die Aufgabe, die sie zu erfüllen hatten, beschränkte sich jedoch nicht mehr wie früher, den Vorschriften des lübischen Rechts entsprechend, auf eine Überwachung des Richters, um zu verhüten, daß dieser der einen oder der anderen Partei Unrecht tue. Sie nahmen vielmehr jetzt als wirklich mittätige Beisitzer zusammen mit dem Richter an der Rechtsprechung selbst teil. Von ging auch die Ausübung der Gerichtsbarkeit innerhalb desselben an Brandenburg-Preußen über. Erst 1706 überließ der König Friedrich I. durch ein besonders deshalb erlassenes Reskript „die Jurisdiktion sowohl in ökonomischen wie in Zivilsachen“ dem elbinger Rat. Deren Ausübung wurde fortan dem Außenkämmerer übertragen, von dem später die Rede sein wird. Der Vogt erhielt die einmal von seinem Gerichtsbezirk abgetrennte Jurisdiktion nicht wieder zurück.

¹⁾ Mochte wohl auch schon zur Ordenszeit der altstädtische Rat in besonders wichtigen Fällen Vertreter der Bürgerschaft in größerer oder geringerer Zahl zur Mitberatung und Mitbeschlußfassung heranziehen, so erhielt doch erst durch eine von dem König von Polen damit beauftragte Kommission die altelbinger Gemeindevertretung eine genauer bestimmte Ordnung und Gliederung und ihre Stellung gegenüber dem Rat eine größere Sicherheit. S. Toeppen a. a. O. sowie Fuchs a. a. O. I S. 274. 275.

²⁾ Gegen Ausgang der Zeit der polnischen Herrschaft (1767) erlangte die Bürgerschaft mit der Freiheit, die Mitglieder der Gemeindevertretung, welche bisher der Rat zu wählen hatte, selbst zu wählen, zugleich das Recht, zwei Kandidaten dem Rat für das Vogtamt in Vorschlag zu bringen, von denen dieser dann einen zum Vogt zu wählen und als solchen zu bestellen hatte. Fuchs I S. 282.

Urteilsfindern und namentlich von Fürsprechern, die der Richter aufgefordert hätte, die ihnen vorgelegten Urteilsfragen zu beantworten, ist keine Rede mehr. Sie verschwinden gänzlich aus der Geschichte der altelbingischen Gerichte. Es tritt in dieser Hinsicht auch keine Änderung ein, nachdem das revidierte lübische Recht von 1586 in den mit diesem Recht bewidmeten altpreußischen Städten bekannt geworden ist und in die Praxis ihrer Gerichte Eingang gefunden hat.¹⁾

Die darin Buch V Tit. I art. 1. 2 verzeichneten Vorschriften vermochten nicht, sich gegenüber dem heimischen Gewohnheitsrecht, das sich seit dem Ausgang des Mittelalters in Altelbing entwickelt und herausgebildet hatte, durchzusetzen.

Urkunden oder andere Quellen, welche mit ausdrücklichen Worten besagten, der Richter habe in Gemeinschaft mit seinen Beisitzern selbst und allein zu urteilen und Recht zu sprechen, ohne genötigt zu sein, das der Entscheidung unterzulegende Urteil von nichtständigen Urteilsfindern oder, wie es später geschah, von einem der Fürsprecher finden und vorschlagen zu lassen, liegen freilich nicht vor. Dennoch ist an der Tatsache, daß die fragliche Veränderung in der Geschichte der Gerichtsverfassung der Altstadt Elbing, wenn nicht schon gegen Ende des XV. Jahrhunderts, so doch im Verlaufe des XVI. und XVII. Jahrhunderts sich vollzogen hat, nicht wohl zu zweifeln. Sie ist der Schrift des Ratsherrn Gottfried Zamehl zu entnehmen, betitelt: *De magistratibus, ordinibus, officialibus*

¹⁾ Eine förmliche Rezeption des revidierten lübischen Rechts hat in keiner der altpreußischen Städte, in welchen zur Zeit der Emanation noch lübisches Recht galt, stattgehabt. Wohl aber hat die gerichtliche Praxis, bald mehr, bald weniger, die Vorschriften des revidierten lübischen Rechts als für die Rechtsprechung maßgebend anerkannt und zur Anwendung gebracht. Am deutlichsten geht das aus dem Inhalt der frauenburger Ratsakten hervor. Bd. I S. 243 wird in einer Prozeßsache von einer der Parteien auf Lib. III Tit. I art. 4 des revidierten lübischen Rechts verwiesen. Nicht minder aber beruft sich das Gericht Bd. I S. 308 auf dieses und zwar auf Lib. IV Tit. XII art. 1. S. ferner Bd. I S. 318, wo der Richter (Nikolaus Wiedrich) seine Entscheidung auf Lib. IV Tit. I. art. 1 stützt.

deque ipsa reipublicae Elbingensis in Prussia administratione civili liber singularis patriae dicatus anno 1665, von der eine bis jetzt noch nicht gedruckte, während des XVIII. Jahrhunderts gefertigte Abschrift im Archive des elbinger Magistrats aufbewahrt wird.¹⁾

Der Verfasser berichtet darin (sect. II c. 10) über das Amt des Vogtes und dessen Rechte und Obliegenheiten. Nachdem er seiner Stellung als Vertreter der Gemeinde (advocatus communitatis) gedacht hat, sagt er von ihm: „judicio censorio assidet habetque votum tertium“.²⁾

Wird hier dem Vogt, wenn er im Wettgericht als Beisitzer auftritt, ein Stimmrecht zugeschrieben, so darf man daraus folgern, daß die beiden Ratsherren, welche in der gleichen Eigenschaft an den Sitzungen des Stadt- bzw. des Vogtgerichts teilzunehmen hatten, ebenfalls ermächtigt und befugt waren, neben dem vorsitzenden Richter ihre Stimme abzugeben und so bei dem Zustandekommen des Urteils und der zu treffenden Entscheidung ihrerseits mitzuwirken. Es wäre ja ohnedem nicht recht zu verstehen, warum mit dem Ausdruck Beisitzer in dem einen Falle ein weiterer, im andern Falle ein engerer Begriff verknüpft gewesen sein sollte, der den beiden Ratsherren im Gericht die ehemalige, wesentlich nur passive Rolle zuteilte. Jeder Zweifel aber schwindet, wenn man folgende Erwägung anstellt: Das Wettgericht stellt sich, wie wir später sehen werden, ebenso wie das Wettamt, von dem es selbst ja nur ein Glied war, als eins der mehreren vom Rate abgezweigten Ämter dar. Wenn in dieses der Vogt, obwohl er für seine Person nicht dem Rate angehörte, als Beisitzer berufen und ihm in diesem ein Stimmrecht eingeräumt ward, verlangte die ausgleichende Gerechtigkeit, daß den beiden in das Stadtgericht und den beiden in das Vogtgericht deputierten Ratsherren keine andere, noch geringere rechtliche Eigenschaft und Bedeutung beigelegt und zuerkannt wurde, als sie dem

¹⁾ Das Original der Zamehlschen Schrift ist in Elbing nicht mehr vorhanden.

²⁾ Die Worte *judicium censorium* gebraucht er, um damit das Wettgericht zu bezeichnen. Vgl. Toeppen a. a. O. S. 244. 248.

Vogt zukam, wenn und so oft er an dem Wettgericht als Beisitzer teilnahm. Man hat dabei den Einfluß, den der Rat und die von ihm geübte Gerichtsbarkeit auf die Rechtsprechung innerhalb der Städte in neuerer Zeit geltend machte, nicht außer acht zu lassen noch zu unterschätzen.

Diesem Einfluß des Rates, dessen Mitglieder, soweit sie mit der Rechtspflege zu tun hatten, immer zugleich Urteilsfinder und Richter in einer Person waren, ist es denn auch zuzuschreiben, daß es dem Vogt überlassen und freigestellt war, nach eigenem Ermessen darüber zu befinden, ob er in den seiner Zuständigkeit unterliegenden Sachen selbst und allein erkennen oder, wenn diese ihm verwickelter und schwieriger zu sein schienen, vor das Vogtgericht verweisen und dort nach vorgängiger Verhandlung darüber unter Mitwirkung seiner Beisitzer entscheiden lassen wollte.¹⁾ Wohl zu merken: nur diese Alternative kommt in Betracht, nicht ist etwa noch daran zu denken, daß der Vogt, wie das lübische Recht es gebot, in Fällen, wo die Entscheidung durch Urteil nötig war und von ihm gefordert wurde, diese vor die dazu berufenen Finder verwies.²⁾

Die sachliche Zuständigkeit des Stadt- und des Vogtgerichts beschränkte sich der Hauptsache nach auf die Entscheidung bürgerlicher Rechtsstreitigkeiten. Auf den Wert des Streitgegenstands kam es hierfür insofern an, als Streitigkeiten über Sachen geringen Werts (sog. Bagatellsachen) nicht im Gericht des engeren Stadtbereichs angebracht werden konnten.³⁾

Im Vogtgericht hing es, wie in allen Prozessen, so auch in solchen über Sachen geringen Wertes, vom Vogte ab, entweder⁴⁾ selbst in ihnen zu erkennen, oder sie an das Gericht, dem er vorstand, zu nehmen.⁵⁾ Die Frage, ob, wann und wie weit das Stadtgericht mit der Strafgerichtsbarkeit

¹⁾ S. Fuchs a. a. O. I S. 278, der sich der von Gottfried Zamehl in dessen oben angeführter Schrift gegebenen Darstellung des Vogtamts anschließt.

²⁾ Rev. lüb. R. L. V Tit. I art. 1.

³⁾ Sie gehörten, wie sich weiterhin zeigen wird, vor das Richteramt.

⁴⁾ S. oben S. 103.

⁵⁾ Fuchs a. a. O. I S. 278.

befußt war, empfiehlt sich, um Wiederholungen zu vermeiden, nicht an dieser Stelle, sondern erst im Zusammenhange mit dem Rat und seinen Ämtern und der von ihm wahrzunehmenden Rechtspflege zu erörtern.

In gewissen Fällen griff zwar nicht eine Vereinigung der beiden altstädtischen Gerichte zu einem größeren Gesamtgerichte Platz, wohl aber hatten bei Vornahme gewisser richterlicher Amtshandlungen beide Richter, Vogt und Stadtrichter, zusammen zu wirken.

Bei dem vor der Hinrichtung zum Tode verurteilten Verbrecher in der Laube des Rathauses zu haltenden öffentlichen Gericht saß der Vogt obenan. Er nahm so die Stelle des ersten Vorsitzenden ein, während der Richter sich mit der Rolle des zweiten Vorsitzenden begnügen mußte.¹⁾ Handelte es sich um Einweisungen und rechtliche Aufhebungen, so kam es darauf an, wo solche zu geschehen hatten. Innerhalb der Stadt führte der Richter den Vorsitz, außerhalb ihrer Mauern der Vogt.¹⁾

Noch ist hier des sog. offenbaren Rechts zu gedenken. Es treten zur Abhaltung dieses Gerichts, das jährlich zweimal, im Frühjahr und im Herbst, in der Laube des Rathauses, vom Jahre 1712 ab innerhalb der Räume des letzteren gehalten wurde, der Vogt und der Richter und zwei Beisitzer des Stadtgerichts sowie der actor ex officio zusammen.²⁾ Die ihm zufallende Aufgabe beschränkt sich auf Vornahme von Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit. Es hatte durch Aufnahmen zu gerichtlichen Protokollen die Veränderungen zu berichtigen, welche in der Zwischenzeit eines halben Jahres von einer Gerichtssitzung zur andern in der Belastung von Häusern und andern Grundstücken mit Zinsen und Renten und mit den später an deren Stelle tretenden Hypotheken vor sich gegangen war. Der actor ex officio, zu dem man vermutlich einen Fürsprecher bestellte, hatte, wie man sich vorstellen darf, von Amts wegen an die Richter das Begehren zu richten und den Antrag zu stellen, daß Eintragungen, Abtretungen und

¹⁾ Fuchs a. a. O. I S. 278.

²⁾ S. Fuchs a. a. O. I S. 279.

hinwieder auch Löschungen der Grundlasten und Hypotheken mit dem zurzeit tatsächlich bestehenden Zustande in Übereinstimmung gebracht würden. Das Gericht aber beschloß, wenn kein gegründetes Bedenken sich erhob, daß diesen Anträgen stattzugeben und demgemäß zu den Akten die in der Belastung des einen oder andern unbeweglichen Gutes stattgehabten Veränderungen zu verzeichnen seien.

Man kann darin vielleicht die Anfänge einer Einrichtung erblicken, welche bestimmt war, dem Zwecke des öffentlichen Glaubens in einer zunächst freilich noch recht unvollkommenen Weise zu dienen.

Wir gehen jetzt zur Besprechung der Ratsgerichtsbarkeit über. Ihr Begriff ist hier ein weiterer, als der dafür gebrauchte Ausdruck erwarten läßt. Er umfaßt nicht sowohl die vom Rate als Kollegium geübte Rechtspflege, sondern auch die richterlichen Funktionen, welche die Ratsherren in den ihnen vom Ratskollegium übertragenen Ämtern neben der Besorgung anderer administrativer und finanzieller Geschäfte wahrzunehmen befugt und verpflichtet waren.

In der Rangordnung der Behörden nimmt wegen der ihm eigentümlichen besonderen Beschaffenheit und Bedeutung, die es vor den übrigen Ämtern auszeichnet, das burggräfliche Amt die erste Stelle ein.

Der Burggraf ist gleichbedeutend mit dem Hauptmann der Stadt, den der König von Polen nach den im Hauptprivileg von 1457 getroffenen Bestimmungen aus vier ihm alljährlich von der Bürgerschaft vorzuschlagenden Mitgliedern des Rates auszuwählen und zu bestätigen hatte.¹⁾ Die Amtsbezeichnung Hauptmann erhielt sich nicht lange. Sie wurde, wenn nicht schon früher, im Verlaufe des XVI. Jahrhunderts gegen die des Burggrafen vertauscht. Nachdem der Sprachgebrauch in den Städten des polnischen Preußens, welche das gleiche Vorrecht wegen Besetzung der Stellen des Hauptmanns besaßen wie die Altstadt Elbing, hierin vorangegangen war, bedienten sich

¹⁾ S. oben S. 95.

die polnischen Könige selbst in den von ihnen ausgestellten Urkunden der Bezeichnung Burggraf.¹⁾

Als Kandidaten für das burggräfliche Amt kamen vornehmlich die Bürgermeister in Frage. Da die Altstadt Elbing vier Bürgermeister hatte, blieb die Vorschrift des Hauptprivilegs, daß die vier dem Könige für Besetzung der Stelle des Hauptmanns der Stadt in Vorschlag zu bringenden Kandidaten Ratmannen sein sollten, gewahrt. Gehörten doch alle vier Bürgermeister dem Rate der Stadt als Mitglieder an.

So geschah es denn, daß meistens der König auf vorgängige Präsentation einen der vier dem Rate vorsitzenden Bürgermeister als Burggrafen für die Amtsdauer eines Jahres bestätigte und ernannte. Nur bisweilen gelangte dieses Amt an einen Ratsherrn, der, ohne Bürgermeister zu sein, dem Könige in Vorschlag gebracht worden war.²⁾

Der Burggraf hatte den König in der Ausübung wichtiger Hoheitsrechte der Stadt gegenüber zu vertreten. Daher nahm er im Rate die oberste Stelle ein. Es kam das dadurch zum Ausdruck, daß er im Ratssaale an einem besonderen Tische allein saß.

Die dem Burggrafen²⁾ von Amts wegen obliegenden Aufgaben waren hauptsächlich darauf gerichtet, Frieden und Sicherheit in der Stadt zu wahren und jeder Art von Gewalttätigkeiten zu begegnen.

Hieraus ergibt sich sein maßgebender Einfluß auf die Strafgerichtsbarkeit und deren Handhabung. Er hatte die erste Untersuchung einzuleiten, wenn Verbrechen begangen wurden, welche die innere Ruhe der Stadt störten. Man rechnete dahin Mordtaten, Diebstähle, blutige Schlägereien, nicht weniger aber auch Ehebruch und andere Verbrechen und Vergehen wider die Sittlichkeit.

Strafsachen von geringerer Bedeutung erledigte er, wenn sie zu seiner Kenntniss gelangten, selbst, indem er die Delinquenten entweder frei ließ oder zu leichten Strafen

¹⁾ S. v. Brünneck, Das Burggrafenamt und Schultheißentum in Magdeburg usw. S. 90.

²⁾ Fuchs a. a. O. I S. 286. 287.

oder Bußen verurteilte. Die größeren überwies er dem Stadtgericht zu genauer Untersuchung, das damit auch, wo es nötig erschien, den Angeschuldigten der Tortur zu unterwerfen ermächtigt ward. Ging hierauf der Spruch des Stadtgerichts bei ihm ein, so hing es vom Befinden und Ermessen des Burggrafen ab, ihm seine Bestätigung zu erteilen oder aber die dem Verurteilten zuerkannte Strafe zu mildern oder auch zu schärfen. Während der ersten Zeit der polnischen Herrschaft stand dem Verurteilten noch frei, wider das vom Burggrafen ausgegangene Erkenntnis Berufung einzulegen und diese, wenn nicht beim Könige selbst, so doch vor dem durch diesen eingesetzten Gerichtshofe anzubringen. Das hörte jedoch später auf. Durch ein den größeren Städten des polnischen Preußen, zu welchem außer Thorn und Danzig auch Elbing gehörte, am 15. Mai 1696 verliehenes Privilegium erklärte der König Johann III. den alljährlich von ihm ernannten Burggrafen für berechtigt, in Strafsachen, sei es allein, sei es mit Zuziehung und Beirat des städtischen Rates endgültige Entscheidungen mit der Kraft rechtskräftiger Urteile zu treffen.¹⁾

Hieraus ergab sich von selbst, daß der Burggraf für die Vollstreckung der rechtskräftigen Strafurteile zu sorgen berechtigt wie verpflichtet war.

Endlich möge hier noch bemerkt sein, daß die Juden, sofern sie die Beklagten waren, vor ihm Recht nehmen

¹⁾ S. den Auszug aus dem im Text bezeichneten Privileg von 1696 in meiner Schrift „Das Burggrafenamt und Schultheißenamt in Magdeburg usw.“ S. 100 Note 1 und beachte darin namentlich die Worte: „facti appellatio non detur, sed decreta eiusdem (sc. burggravii) — ob publicam securitatis rationem pro re judicata habeantur“. Wenn Fuchs a. a. O. I S. 287 sagt, der Burggraf habe die an ihn vom Stadtgericht zurückgelangten Akten dem Rat vorgetragen, der das von jenem gefällte Urteil bestätigte, milderte oder schärfte, welches er, der Burggraf hierauf vollstrecken ließ, so unterläßt er doch nicht an anderer Stelle I S. 295, anzudeuten, er habe dadurch nur sein kollegiales Entgegenkommen bezeigen wollen. Keineswegs war der Burggraf an das Urteil des Rates gebunden. Überzeugte er sich davon, daß dieses, mochte es nun dem Urteil des Stadtgerichts beitreten oder es ändern, zu Unrecht ergangen sei, so stand es ihm immer noch frei, anders zu entscheiden.

mußten.¹⁾ Seinen Grund hatte das wahrscheinlich darin, daß, weil die Juden unter dem besonderen Schutze des Königs standen, der Burggraf als dessen Vertreter mit Wahrnehmung dieses Schutzes betraut war. Mochte er doch um deshalb als besonders geeignet scheinen, in Fällen, wo Juden die Beklagten waren, unparteiisch und ohne wider sie voreingenommen zu sein, zu richten.

Der Besprechung der übrigen Ämter uns zuwendend²⁾, ziehen wir zuvörderst diejenigen in Betracht, welchen Bürgermeister vorstanden.

1. Das Präsidentenamt. Von den vier Bürgermeistern nahm nächst dem Burggrafen der Präsident die erste Stelle ein. Er war das Haupt der Stadt, berief den Rat und die Gemeindevertretung (sog. zweite Ordnung) zusammen. In den Ratssitzungen führte er das Wort, gab die erste Stimme ab und verkündete nach der Mehrzahl der von den erschienenen Mitgliedern abgegebenen Stimmen den gefaßten Beschluß.

Als Einzelrichter entschied er über leichtere Injurien-sachen und andere Streitigkeiten geringerer Bedeutung unter Bürgern und Gästen (Fremden, die sich in der Stadt aufhielten), nicht weniger über Streitigkeiten ohne Rücksicht auf den Wert des Gegenstands, die schleunige Erledigung und ein summarisches Verfahren erheischten.

2. Das Amt des Vizepräsidenten.

Vizepräsident wurde der Bürgermeister genannt, der die Stelle des Präsidenten versah, wenn dieser durch Krankheit oder Geschäfte, die seine Abwesenheit außerhalb der Stadt mit sich brachten, verhindert, nicht minder aber auch dann, wenn er verstorben war.

Weil er die Vormundschaftssachen innerhalb des engeren Stadtbereichs und in der Freiheit der Stadt zu be-

¹⁾ Fuchs a. a. O. I S. 287.

²⁾ Die nachstehenden Angaben fußen, soweit sie in die Zeit vom Ausgang des XV. J. bis über die Hälfte des XVII. J. fallen, in der oben S. 156 angeführten Schrift des elbinger Ratsherrn Gottfried Zamehl Sect. II c. 5. 10 und der daraus geschöpften Übersicht der altelbinger Amtsverfassung, welche Fuchs in seiner Beschreibung der Stadt Elbing I S. 289 ff. gibt.

arbeiten hatte, hieß er auch Waisenrichter. Wenn diese, weil sich Verwicklungen und Schwierigkeiten herausstellten, eine tiefer eindringende Untersuchung bedingten, hielt er das Waisengericht ab. In ihm führte er den Vorsitz, während drei Ratmänner, der Außenkämmerer, der Landrichter und der Fischmeister als Beisitzer teilnahmen.

Von andern Geschäften der freiwilligen Gerichtsbarkeit fielen in den Umfang seiner sachlichen Zuständigkeit die Erteilung von Konzessionen zu Aufgeboten und Trauungen in der Stadt und deren Freiheit.

3. Das Wechselrichteramt. Wechselrichter war der vierte Bürgermeister. Das Wechselgericht war außer ihm als dem Vorsitzenden und Leiter der Verhandlungen noch mit drei Ratsmännern als Beisitzern besetzt.

Infolge eines der Altstadt Elbing von König August II. 1758 erteilten Privilegs erlangten die im Wechselgericht ergangenen Urteile sofort Rechtskraft, ohne daß eine Berufung dawider statthaft gewesen wäre.¹⁾

Richten wir das Augenmerk nunmehr auf die Ämter, welchen schlichte Ratmänner vorstanden. Während einige dieser Ämter²⁾ Ratsherren bekleideten, die alljährlich wechselten, standen den übrigen Ämtern solche vor, welche für die Dauer von drei Jahren gewählt und ihnen vorgesetzt wurden.

1. Das Kämmereramt.

Kämmerer gab es drei in der Altstadt Elbing. Von ihnen interessieren hier jedoch nur zwei: der Innen- und der Außenkämmerer.

a) Der Innenkämmerer stand der Stadtkasse vor und überwachte die öffentlichen Bauten. An der Rechtspflege beteiligte er sich nur insofern, als er in Gemeinschaft mit dem Außenkämmerer und einem Gerichtschreiber der Errichtung von Testamenten beizuwohnen

¹⁾ Dieses Privileg wurde der von dem altelbinger Rat kraft der der Stadt durch das Hauptprivileg von 1457 bewilligten Autonomie abgefaßten und publizierten Wechselordnung einverleibt. Fuchs a. a. O. I S. 289. 290.

²⁾ Richteramt, Wett- und Vizewettamt.

hatte, die in und bei der Stadt innerhalb der Grenzen des elbinger Gebietes gemacht wurden.¹⁾

b) Der Außenkämmerer führte seinen Namen deshalb, weil er bis zu der auf Grund der vorangegangenen Verpfändung erfolgten Besitznahme des altelbinger Stadtgebietes durch den König in Preußen Friedrich I. (1703) alle Einnahmen zu erheben und zu berechnen hatte, die der Kämmerei aus den Dörfern und Gütern zufließen, welche die Altstadt Elbing im Jahre 1457 vom König Kasimir IV. von Polen verliehen bekommen hatte.²⁾

Mit dem Pfandbesitz ging die Ausübung der Jurisdiktion im altelbinger Territorium an Brandenburg-Preußen über. 1706 aber fand sich, wie bereits erwähnt ist, der König Friedrich I. bewogen, diese in ökonomischen und Zivilsachen dem altstädtischen Rat wiederum einzuräumen und zu überlassen. Dieser bildete nunmehr zwei neue Gerichtsbezirke. Der eine von diesen umfaßte die vom König Kasimir IV. der Altstadt 1457 verliehenen und bis zum Jahre 1703 mit dem Gerichtsbezirk des Vogtes vereinigt gewesene, infolge der Verpfändung und Besitznahme durch Brandenburg-Preußen aber davon getrennte Niederung und außerdem einige Dörfer und Höfe auf der Höhe, die schon zur Ordenszeit der Stadt gehört hatten. Die letzteren waren früher ebenfalls im Gerichtsbezirk des Vogtes inbegriffen gewesen und erst 1703 davon abgetrennt worden.

Innerhalb dieses Bezirks übertrug nun der Rat die Ausübung der Zivilgerichtsbarkeit dem Außenkämmerer, welcher vormals, wie oben bemerkt wurde, bis zum Jahre 1703 dort schon mit der Erhebung der Einnahmen für die Kämmerei befaßt und betraut gewesen war.

¹⁾ Fuchs a. a. O. I S. 290. Schrieb das revidierte lübische Recht in B. II Tit. I Art. 2 vor, wenn jemand ein mündliches Testament machen wolle, solle er es tun in Gegenwart zweier Ratmannen, so wick die altelbinger Gerichtsverfassung hiervon insoweit ab, daß sie den Bürgern und Einwohnern nicht mehr überließ, aus der Mitte der Ratmannen sich zwei, vor denen sie testieren wollten, auszuwählen, sondern ein für alle mal bestimmte, es sollten von den Mitgliedern des Rates nur allein der Innen- und der Außenkämmerer bei Errichtung von Testamenten zugezogen werden.

²⁾ Fuchs a. a. O. I S. 291.

Mit der Zivilgerichtsbarkeit ward zugleich die Aufsicht über die Schulen und Kirchen verknüpft. Diese wiederum brachten es mit sich, daß der Außenkämmerer die Erlaubnisscheine für Aufgebote und Trauungen für Amtsinsassen zu erteilen hatte.¹⁾

2. Das Landrichteramt.

Der Landrichter hatte die Gerichtsbarkeit in den von der Nogat und dem Elbingflusse mehr entfernten, auf der Höhe belegenen Teilen des Gebietes, welches der Altstadt nach dem Abfall vom Orden vom König Kasimir IV. zum Lohn bewiesener Treue 1457 geschenkt worden war. Es bildete dieser den zweiten der vom Rate neugebildeten Gerichtsbezirke, während er vor 1703 ebenfalls zum Bezirke des Vogtes gehört hatte. Die dem Landrichter darin übertragene Gerichtsbarkeit kam nach Art und Umfang durchaus mit der des Außenkämmerers überein.²⁾

3. Das Fischmeisteramt schloß neben der Aufsicht und Verwaltung der Fischerei die Zivil- und Polizeigerichtsbarkeit im Bereiche seiner räumlichen Zuständigkeit ein. Diese aber erstreckte sich außer über die Fischerdörfer (Jungfer und Streckfuß) über die Wasserflächen des Elbingflusses, des Drausensees und des frischen Haffes, soweit diese innerhalb der Grenzen des elbinger Territoriums fielen.

4. Das Wettamt und das Wettgericht.

Der Ursprung des Wettamtes geht bis in die Ordenszeit zurück. Schon damals hatten einige vom Rat aus seiner Mitte abgeordnete Ratmannen, die sog. Wettherren, nicht allein auf dem Markt, sondern³⁾ auch außerhalb desselben den Handel in der Altstadt Elbing zu beaufsichtigen. Insonderheit lag ihnen ob, durch geeignete polizeiliche Maßnahmen und Androhung von Bußen vorzubeugen und zu verhindern, daß die wegen des Handels in die städtischen Willküren aufgenommenen Gebote und Verbote durch die

¹⁾ Fuchs a. a. O. I S. 292.

²⁾ Fuchs a. a. O. I S. 292 vgl. auch das. I S. 280.

³⁾ Darüber daß gemäß den Vorschriften des lüb. R. (art. 43 (Hach, Cod. II) der altelbinger Rat als Kollegium berufen gewesen wäre, in Fällen von Übertretungen der in den Ratsverordnungen und Willküren enthaltenen Vorschriften zu richten, verlautet nichts.

Bürger der Stadt und durch Fremde, die dahin kamen, übertreten würden. Ob jedoch gegen die Zuwiderhandelnden nur im Verwaltungswege eingeschritten, oder gegen sie ein wenn auch abgekürztes gerichtliches Verfahren eröffnet und durchgeführt wurde, ist wegen Mangels an Quellenmaterial nicht festzustellen.¹⁾

Mehr erfahren wir aus den Nachrichten, welche der Zeit der polnischen Herrschaft entstammen.²⁾ Danach stand dem anscheinend neugeschaffenen Wettamt ein mit dem Namen Wettherr bezeichneter Ratmann vor. Er führte die Aufsicht über die Polizei in der Stadt und überwachte namentlich den Verkehr auf dem Markte und die dort feilgebotenen Waren.

Damit verband sich zugleich eine richterliche Tätigkeit. Als Einzelrichter schlichtete er und entschied, wo es zu keiner gütlichen Einigung unter den Beteiligten kam, alle kleineren Streitigkeiten im Handel, welche einfach gelagert waren und Gegenstände geringen Werts betrafen. Die wichtigeren und größeren überwies er zur Aburteilung und Entscheidung dem aus ihm, dem Wettherrn, als dem Vorsitzenden, aus einem zweiten Ratsherrn, dem Vizewettherrn (so genannt, weil er den Wettherrn in Fällen von Kranksein oder Abwesenheit oder, weil dieser verstorben war, zu vertreten hatte), sowie aus dem Vogt und drei Ältesten der Gemeinde als Beisitzern (Assessoren) zusammengesetzten Wettgericht.³⁾

¹⁾ S. die von Toeppen a. a. O. S. 244 aus der altstädtischen Willkür mitgeteilte Notiz, unerlaubten Kauf betreffend. „ob den wettherren an jemandes miszgedächte, das er mit eines gastes gelde kaufschlagete, den mogen sie bebotten: will er sich des entledigen, das soll er tuhn in den heiligen ohne argelist also gefach, als er bebottet wird von denen wettherren oder gebe die vorgeschriebene busse (VI mrc.).“ Vgl. hierzu Schmidt-Rimpler, Geschichte des Kommissionsgeschäfts in Deutschland I S. 115 ff. (Halle a. S. 1915). Die hier in Rede stehende Willkür findet sich verzeichnet in einer von dem Sekretär Jakob Wunderlich († 1691) gefertigten Abschrift des verloren gegangenen Wettbuchs der Altstadt Elbing. Toeppen a. a. O. S. 222. Wettbücher gab es zwei, eins für die Altstadt und ein anderes für die Neustadt Elbing. Sie waren nichts weiter denn Verzeichnisse der mehreren und zu verschiedenen Zeiten aufgestellten städtischen Willküren (Toeppen a. a. O. S. 223). ²⁾ Fuchs a. a. O. I S. 293. 294.

³⁾ Da viele Handelsstreitigkeiten im abgekürzten Verfahren auf der

5. Das Richteramt.

Der dem Stadtgericht vorstehende Richter (früher Schulz) hatte in der Eigenschaft des Rats Herrn noch ein ihm vom Rat übertragenes besonderes Amt zu versehen. Die ihm damit zufallende richterliche Tätigkeit richtete sich darauf, daß er als Einzelrichter Streitigkeiten über Sachen geringeren Wertes (Bagatellprozesse) verhandelte und entschied.

Die Untersuchung wendet sich nunmehr der richterlichen Tätigkeit zu, welche der Rat in der kollegialischen Zusammensetzung einer Behörde wahrnahm.

Die enge Verbindung, in welcher der Rat mit denjenigen seiner Mitglieder stand, denen er die Verwaltung der von ihm abgezweigten Ämter übertrug, hatte eine eigentümliche Erscheinung zur Folge, der wir in der Geschichte der altelbinger Gerichtsverfassung begegnen. Wenn in den Ämtern Rechtshandel von größerer Wichtigkeit vorkamen, über welche die damit befaßten Rats Herren¹⁾, weil sie ihnen zu verwickelt und zu schwierig schienen, Bedenken hatten, als Einzelrichter zu entscheiden, trugen sie diese dem Ratskollegium vor. Der Rat aber erkannte darin entweder selbst oder gab sie an das Stadtgericht ab. Sofern er selbst erkannte, sprach er in erster Instanz Recht, im andern Fall entschied als Gericht erster Instanz das Stadtgericht.²⁾

Stelle erledigt und entschieden wurden, hatte der Wettherr, sei es, daß er als Einzelrichter verhandelte und erkannte, sei es, daß eine Sache vor dem Wettgericht anhängig gemacht wurde, über Ableistung von Eiden, über Arreste und über Strafen und deren Vollstreckung zu beschließen und zu entscheiden. Und zwar geschah das mit der Maßgabe, daß Berufungen wider die gefaßten Beschlüsse oder ergangenen Urteile im allgemeinen nicht gestattet waren und allein in Fällen zugelassen waren, wenn größere Summen auf dem Spiele standen. Fuchs a. a. O. I S. 293.

¹⁾ Nur Ratsherren, die lediglich Mitglieder des Rats waren, nicht auch die den oben S. 109. 110 besprochenen Ämtern vorstehenden Bürgermeister.

²⁾ Weil solches unter bezeichneten Umständen auf Ersuchen des Rates Recht sprach, kam dessen örtliche Zuständigkeit dabei nicht in Frage. Das Stadtgericht vermochte daher auch in Fällen zu entscheiden, wo Klagen anhängig gemacht waren wider Beklagte, die nicht innerhalb der Stadt ansässig waren, oder wo es sich um Grundstücke handelte, welche nicht dort, sondern außerhalb der Stadt und ihrer Freiheit im Gerichtsbezirk des Außenkämmerers oder des Landrichters lagen.

Die vom Ratskollegium in erster Instanz geübte Gerichtsbarkeit begriff übrigens nicht allein Rechtsstreitigkeiten, welche, ohne daß darüber von ihnen bereits erkannt worden war, durch die einzelnen, dem einen oder dem andern Amt vorgesetzten Ratsherren an den Rat gelangten und hier verhandelt und abgeurteilt wurden. Sie griff, als das revidierte lübische Recht von 1586 in den mit lübischem Recht bewidmeten altpreußischen Städten bekannt geworden war und seinen Einfluß auf das gerichtliche Verfahren geltend machte, allem Vermuten nach nicht minder dann Platz, wenn ein Bürger, statt vor dem Stadt- oder vor dem Vogtgericht, vor dem Rat Klagen anstengte, oder wenn der Beklagte, weil er nicht vor dem Stadt- oder dem Vogtgericht dem Kläger zu Rede und Antwort stehen mochte, ehe und bevor er vor eines dieser beiden Gerichte geladen war, in vorgeschriebener Weise dem Kläger seinen Willen, vor dem Rate Recht zu nehmen, hatte ankündigen lassen.¹⁾ Daß der Ratsherr Gottfried Zamehl in seiner 1665 zum Abschluß gebrachten Schilderung der altelbinger Gerichtsverfassung hiervon nichts sagt, steht der hier vertretenen Meinung nicht entgegen.

Nachdem die Möglichkeit einer Rechtsprechung des Rates in erster Instanz zugelassen war, ist nicht abzusehen, warum dieser nicht auch unter den im revidierten lübischen Recht bezeichneten Umständen stattgegeben werden sollte. Irgendein haltbarer Grund, um zu meinen, die Vorschriften des revidierten lübischen Rechts B. V Tit. III art. 6. 7 seien in der Altstadt Elbing nicht für maßgebend erachtet worden und daher von der Anwendung ausgeschlossen geblieben, ist, soweit ich sehen kann, nicht aufzufinden.

Immerhin war die gelegentliche und nur, wenn die bezeichneten Umstände zutrafen, durch den Rat in erster Instanz ausgeübte streitige Gerichtsbarkeit von bloß sekundärer Bedeutung.²⁾ Der Schwerpunkt der Ratsgerichtsbarkeit fiel, wie im Mittelalter, so auch späterhin in die

¹⁾ Rev. lüb. R. B. V Tit. III art. 6. 7.

²⁾ Häufiger kam, nach den Ratsakten von Frauenburg zu schließen, der dortige Rat in die Lage, in Prozessen zu verhandeln und zu entscheiden, in welchen er von vornherein als Gericht erster Instanz durch

Verhandlung und Entscheidung von Prozessen, die im Wege der Berufung vor sein Kollegium in zweiter Instanz gelangten.¹⁾

Eine Berufung (appellatio) an den Rat fand nicht allein gegen die im Stadtgericht oder dem Vogtgericht ergangenen Urteile statt, sondern die Möglichkeit, solche einzulegen, stand der einen oder der andern Partei, die sich bei dem ersten Urteil nicht beruhigen mochte, ebenso auch wider Erkenntnisse offen, die in den Ämtern ergingen, mochten diese nun durch den dem betreffenden Amt vorgesetzten Ratsherrn als Einzelrichter gesprochen sein, oder von den mit einigen der Ämter verbundenen Spezialgerichten. Nur die Urteile des Wechselgerichts und des Wettgerichts machten da Ausnahmen. Die ersteren wurden gemäß den in der elbinger Wechselordnung und der königlichen Ordonnanz vom Jahre 1758 getroffenen Vorschriften ohne weiteres rechtskräftig. Die Urteile des Wettgerichts schlossen die Appellation zwar nicht schlechterdings aus, gaben ihr aber nur statt, wenn größere Geldsummen als Gegenstand des Prozesses in Frage kamen.²⁾

Wie aber verhielt es sich mit der Berufung in Fällen, in welchen das Ratskollegium als Gericht erster Instanz schon einmal Recht gesprochen hatte?

Weder Gottfried Zamehl noch der sich auf ihn stützende Fuchs sprechen sich hierüber aus. Ebenso wenig hat die aufgeworfene Frage im revidierten lübischen Recht eine Beantwortung erfahren. Ja es scheint sogar der Umstand, daß dieses Stadtrecht, wo es von Urteilen, die in erster Instanz ergingen, handelt, nur allein die von Niedergerichten gesprochenen Urteile berücksichtigt (B. V Tit. 10), die Zulässigkeit einer Berufung an den Rat in Fällen auszuschließen, wo dieser bereits einmal in derselben Prozeßsache Recht gesprochen hatte.

Dennoch wird m. E. die Möglichkeit einer Berufung

den Kläger oder den Beklagten angerufen worden war. S. darin z. B. Bd. I S. 110, Bd. II S. 670.

¹⁾ Über die Ersetzung der Urteilsschelte durch die Appellation (Berufung) s. Rev. lüb. R. B. V Tit. 10 art. unic.

²⁾ Fuchs a. a. O. I S. 289, S. 294.

an den Rat auch dann, wenn von diesem schon einmal ein Urteil in erster Instanz gefällt war, nicht zu bestreiten sein. Die Annahme des Gegenteils würde zu dem widersinnigen Ergebnis führen, daß es, je nach der Sachlage, von dem willkürlichen Befinden und Belieben des Rates¹⁾ oder einer der Parteien (des Klägers oder des Beklagten) abgehangen hätte, den Instanzenzug einzuschränken und zu bewirken, daß ein Rechtsstreit statt einer dreimaligen, nur einer zweimaligen richterlichen Entscheidung unterbreitet würde. Allerdings hat, wer sich zu der hier vertretenen Ansicht bekennt, vorauszusetzen, daß einem notwendigen Erfordernis Genüge geschehe. Das Ratskolleg, das berufen sein sollte, in einem Prozeß Recht zu sprechen, welcher den Rat schon einmal beschäftigt hatte und von ihm abgeurteilt war, mußte aus Ratsherren gebildet und zusammengesetzt werden, welche nicht schon einmal in derselben Sache erkannt hatten.

Soviel über die Berufung an den Rat.

Wie aber gestaltete sich während der Zeit der polnischen Herrschaft die weitere Berufung von dem Rat der Altstadt Elbing an ein diesem übergeordnetes Gericht höherer Instanz, wenn der Kläger oder Beklagte dieses anrief, um womöglich eine andere und für ihn günstigere Entscheidung zu erlangen?

Der Abfall vom Deutschen Orden und der zwischen diesem und Polen im Jahre 1466 zu Thorn oder richtiger

¹⁾ Wenn der einem der Ämter vorgesetzte Ratsherr eine Prozeßsache, statt selbst zu entscheiden, vor den Rat brachte, würde das Ratskollegium, die Ausschließung der Berufung gegen das von ihm ergehende Urteil vorausgesetzt, es völlig in der Hand gehabt haben, zu verhindern daß wider seine Rechtsprechung in erster Instanz noch einmal ein Gericht höherer Instanz angerufen werden konnte. Dahingegen hätte, wenn der Rat, statt selbst zu entscheiden, die Sache an das Stadtgericht abgab, gegen das von diesem gefällte Urteil der Berufung an den Rat kein Hindernis entgegengestanden. Hinwiederum würde es in den oben erwähnten nach dem rev. lüb. R. B. V Tit. III art. 6. 7 möglichen Fällen dem Willen und Entschluß des Klägers oder des Beklagten überlassen gewesen sein, eine Entscheidung des Rats als erster Instanz mit der Wirkung herbeizuführen, daß gegen diese nur allein noch an das dem Rat übergeordnete Gericht höherer Instanz Berufung eingelegt zu werden vermochte.

gesagt zu Nessau geschlossene Frieden, welcher Elbing endgültig vom Ordensstaate trennt, berührte den Rechtszug von dort nach Lübeck und an dessen Rat als den Oberhof fürs erste nicht.

Noch in den Jahren 1489 und 1496 hat der lübecker Rat über Rechtsstreitigkeiten entschieden, in denen gegen Urteile des elbinger Rats Berufung erhoben war.¹⁾

Der Rechtszug von Elbing nach Lübeck hörte erst im XVI. Jahrhundert auf.

Die nach vorhergegangener Beratung und Vereinbarung mit den Ständen des polnischen Preußens durch den König Alexander bestätigten und am 18. September 1506 publizierten Konstitutionen der Lande Preußen²⁾ trafen wegen der Appellation Vorschriften, wodurch diese ganz neu geregelt wurde.

Fortan sollte das oberste inländische weltliche Gericht seinen Amtssitz in Marienburg haben, sein Richterpersonal aber zusammengesetzt sein aus dem marienburger Woywoden als Vorsitzenden und acht in den Gesetzen und Gewohnheiten des Landes erfahrenen, durch die Stände gewählten Männern.

Gegen Urteile dieses Gerichtshofes ward der Partei, die sich dadurch beschwert fühlte, allein noch die weitere Berufung an den König von Polen verstattet, zugleich aber daran die Bedingung geknüpft, daß der Wert des Streitgegenstandes mindestens der Summe von 4000 Mk. preußischen Geldes gleichkam. Die so an ihn gelangenden Prozesse wollte und sollte der König gemäß den Rechten und Privilegien der Lande Preußen aburteilen und entscheiden lassen, so daß niemandem an seinem Recht, möge es kulmisches oder lübisches sein, Abbruch geschehe.³⁾ Hiermit war für die elbinger Bürger ein für allemal der Rechtszug

¹⁾ S. Michelsen, Der ehemalige Oberhof zu Lübeck S. 37, S. 231 Nr. 211, S. 303 Nr. 234.

²⁾ S. Corpus juris Polonici Vol. III p. 2sq. constitutiones terrarum Prussiae p. 3sq. De appellatione Nr. 8—11.

³⁾ S. in den angeführten constitutiones terrarum Prussiae Nr. 11 bei den Worten „a quorum (nämlich der marienburger Richter) sententiis non licebit nisi ad Regiam Majestatem appellatio, ubi tales causae a Regia Majestate secundum jura et privilegia terrarum Prussiae judicari

nach Lübeck und die Möglichkeit einer Berufung an den lübecker Rat abgeschnitten und verwehrt.

Man würde indes irren, wollte man meinen, es hätten die Konstitutionen vom Jahre 1506 und die darin getroffenen Bestimmungen wegen der Appellation mit ihrem gesamten Inhalt in Elbing Geltung erlangt und Anwendung gefunden. Die bevorzugte Stellung, welche König Kasimir IV. durch das Hauptprivileg von 1457 der Altstadt Elbing eingeräumt und bewilligt hatte, indem er sie zu einer der großen¹⁾, der königlichen Gewalt unmittelbar unterworfenen Stadt erhob, erlaubte nicht, daß ihrem Rat und dem aus seinen Mitgliedern gebildeten Gericht das in Marienburg bestellte Landesgericht vorgesetzt würde, um eine Zwischeninstanz zwischen ihm und dem König zu bilden und über Sachen zu entscheiden, in welchen der elbinger Rat Recht gesprochen hatte. Es verlautet denn auch nichts davon, daß das nach den Konstitutionen von 1506 in Marienburg zu bestellende oberste polnisch-preußische Landesgericht jemals über Rechtsstreitigkeiten zu entscheiden befugt gewesen wäre, in welchen elbinger Bürger dieses anrufen und seine richterliche Hilfe wider die vom elbinger Rate ausgegangenen Urteile im Wege der Berufung begehrt hätten. Die uns überlieferten Nachrichten kennen kein dem elbinger Rate übergeordnetes Landgericht des polnischen Preußens. Sie eröffnen gegen seine Entscheidungen allein die Möglichkeit, an den König von Polen bzw. an das von ihm mit der Verhandlung und Entscheidung beauftragte Assessorialgericht in Warschau zu appellieren.²⁾ Und selbst die Möglichkeit, im Wege der Appellation sich an den König oder das königliche Gericht zu wenden und seine richterliche Hilfe anzurufen, war keine bedingungslose noch unbeschränkte. Nur in bürgerlichen

et diffiniri debent ita, ut nemini fiat praejudicium sui juris tam Culmensis, quam Lubicensis“.

¹⁾ S. oben S. 108.

²⁾ S. Fuchs a. a. O. I S. 295 und vgl. damit noch wegen des vom König mit der Untersuchung und Aburteilung von Berufungssachen beauftragten königlichen Gerichts das weiterhin anzuführende Privileg des Königs Wladislaus IV. vom Jahre 1639.

Rechtsstreitigkeiten konnte an den König oder das königliche Gericht appelliert werden. In Strafsachen erlangten, wie bereits früher erwähnt ist, nicht zwar schon von Beginn der polnischen Herrschaft an, wohl aber später und zwar seit dem Jahre 1696 die vom Burggrafen im Namen und in Vertretung des Königs bestätigten Urteile sofort Rechtskraft.¹⁾

Immerhin blieb auch, die Zivilprozeßsachen anlangend, die Zulässigkeit der Berufung auf die Dauer keine uneingeschränkte. Sie wurde durch ein Privileg des Königs Wladislaus IV. von dem Nachweis abhängig gemacht, daß der Wert des Streitobjekts mindestens 400 polnischer Gulden ausmache.²⁾

Nachdem wir in der Untersuchung der historischen Entwicklung der elbingischen Gerichtsverfassung so weit vorgeschritten sind, erhebt sich jetzt noch die Frage: welchen Anteil nahm der Rat der Altstadt innerhalb der Zeit der polnischen Herrschaft an der freiwilligen Gerichtsbarkeit?

Da ist vor allem eine bemerkenswerte Wandlung festzustellen, welche im Verlaufe des XVI. und XVII. Jahrhunderts vor sich geht.

Die Auffassung liegender Gründe, wenn solche verkauft oder anderweitig veräußert wurden, verschwindet. Das revidierte lübische Recht vermochte daran nichts zu ändern. Der elbingische Gerichtsgebrauch setzte sich über dessen in B. III Tit. VI art. 1 aufgenommenen entgegenstehenden Vorschriften hinweg.

An die Stelle der ehemaligen Auffassung vor dem Rat tritt die Bestätigung der Kaufverträge bzw. der sonstigen auf die Veräußerung von Grundstücken abzielenden Rechts-

¹⁾ S. oben S. 108.

²⁾ S. das Privileg des Königs Wladislaus IV. vom Jahre 1639 die Appellation betreffend (Crichton, Urk. u. Beiträge zur preuß. Geschichte I S. 58–59) bei den Worten: „*praesente diplomate nostro concedimus imo auctoritate nostra regia interdicimus, ne appellationes in causis omnibus inter cives et incolas vel etiam advenas coram magistratu — in postea agitandis, quae quidem summam 400 flor. polonicor. non accedant — ad nos et iudicium nostrum admittantur*“.

geschäfte durch den zuständigen Richter, in dessen Amtsbezirk sie belegen sind.¹⁾

Ebenso hört die Versetzung und Verpfändung von Grundstücken vor dem Rat auf. Die Entgegennahme der hierauf gerichteten mündlichen oder schriftlichen Willenserklärungen und die Beglaubigung der sie enthaltenden Urkunden geht an den Stadtrichter und den Vogt und das sog. offenbare Recht über.²⁾

Es gilt das namentlich von Bestellungen der auf Grundstücken haftenden Hypotheken, die, als das römische Recht mehr und mehr im polnischen Preußen und in Elbing bekannt wird und Einfluß gewinnt, während des XVII. Jahrhunderts den bis dahin vorherrschenden dinglich gesicherten Rentenkauf verdrängten.³⁾ Die Anlage und Einrichtung eines besonders für die Eintragung von Hypotheken an Grundstücken bestimmten Pfandbuchs steht hiermit im Zusammenhange.⁴⁾

Das Vormundschaftswesen schied zwar ebenfalls aus

¹⁾ Fuchs a. a. O. I S. 280. Vgl. Beseler, System des deutschen Privatr. (3. Aufl.) I S. 339 N. 17—19. Auch in Frauenburg fand im XVII. Jahrh. eine Auflassung vor dem sitzenden Rat nicht mehr statt. Der Abschluß von Kaufverträgen über Grundstücke geschah jedoch hier nicht vor dem Rat, sondern im bürgermeisterlichen Amt unter Zuziehung von Zeugen. Der Bürgermeister bestätigte diese Verträge. S. Frauenburger Ratsakten I S. 510 ff. „Käufe, so vor dem bürgermeisterlichen Amt — de anno 1660 — circa 1661 — berahmt und abgeschlossen“; ferner I S. 529; anno 1685, 6. Mai, wird ein Grundstückskauf geschlossen. Gegen Ende der Urkunde heißt es: „Von Ehrenvesten Herrn Bürgermeister ratihabiret und bekräftiget. In dessen officio, act. ut supra.“

²⁾ S. oben S. 105.

³⁾ Die erste Eintragung eines hypothekarisch sichergestellten Kapitals findet sich im altstädtischen elbinger Erbbuch von 1417, S. 57, bei einem Hause, das, wie die vorangehende Einzeichnung ausweist, am 30. April 1601 Wilhelm Florin zur Hälfte als ein ihm durch seine Frau eingebrachtes Heiratsgut, zur andern Hälfte als von ihm selbst erworbenes fahrendes (gewonnenes) Gut besaß. Es war dieses danach mit einer für den Brauer Georg Weil bestellten Hypothek von 2500 fl. zu 3 % alljährlich zu Ostern zu entrichtenden Zinsen belastet. Kapital und Zinsen müssen zurückgezahlt worden sein. Es ergibt das der später zugefügte Nebenvermerk „cassatum anno 1646. 12. Oct.“ Auch ist die Eintragung selbst durchgestrichen.

⁴⁾ Es soll hierauf in dem dieser Abhandlung zugefügten Anhang näher eingegangen werden.

dem Geschäftsbereich des sitzenden Rates aus, vor den die darunter fallenden Sachen ehemals gewiesen waren. Nicht aber hörte darum etwa überhaupt jede Beteiligung des Rates an der in Vormundschaftssachen zu betätigenden freiwilligen Gerichtsbarkeit auf. War doch, wie wir sahen, einem der mehreren Bürgermeister, und zwar dem Vizepräsidenten, die Beaufsichtigung und Leitung des Vormundschaftswesens in und bei der Stadt als eignes Departement zugeteilt und überwiesen. Heißt er darum der Waisenherr, so wurde damit angedeutet, welche Wichtigkeit man der von ihm zu beweisenden Fürsorge für das Wohl der Minderjährigen und Waisen und der über sie zu übenden Aufsicht beimaß.

Neben ihm und, wie man wohl annehmen darf, mit Unterordnung unter ihn, hatten der Außenkämmerer, der Landrichter und der Fischmeister, ein jeder in seinem Amtsbereich, die Vormundschaftssachen zu bearbeiten. Da mit ihren Ämtern stets nur Ratsherren betraut wurden, hörte auch zwischen ihnen und dem Rate nicht jeder Zusammenhang auf. Das nähere Verhältnis, in welchem sie sich zu dem Rate befanden, trat besonders dann in die Erscheinung, wenn es darauf ankam, über Vormundschaftssachen zu befinden und zu beschließen, in welchen wirtschaftliche und rechtliche Schwierigkeiten auftauchten, die eine genaue Untersuchung und Prüfung nötig machten. Das in solchen Fällen vom Vizepräsidenten einzuberufende und abzuhaltende Waisengericht stellte geradezu einen engeren Ausschuß des Rates vor. Setzte es sich doch aus Personen zusammen, die sämtlich, der eine in der Eigenschaft als Bürgermeister, die übrigen drei: der Außenkämmerer, Landrichter und Fischmeister in der Eigenschaft von Ratsherren dem Rate als Mitglieder angehörten.¹⁾ Man würde jedoch irrigen Vorstellungen Raum geben, wollte man aus dem Verhältnis, in welchem das Waisengericht zu ihm stand, die Schlußfolgerung ziehen, es sei der sitzende Rat nicht befugt gewesen, in höherer Instanz über Vormundschaftsangelegenheiten zu beschließen und zu ent-

¹⁾ Fuchs a. a. O. I S. 289.

scheiden. Es stand vielmehr wider die vom Waisengericht beschlossenen Verfügungen den Interessenten der Weg der Beschwerde offen. In Fällen aber, wo nach stattgehabter kontradiktorischer Verhandlung von ihm erkannt und entschieden worden war, fand wider die vom Waisengericht gefällten Urteile Berufung an den Rat statt.¹⁾

Ferner wird man, obschon darüber keine Nachrichten vorliegen, annehmen dürfen, daß das Ratskollegium sich auch mit Beschwerden zu befassen hatte, welche die dadurch betroffenen Personen über Verfügungen erhoben, die der Vizepräsident, der Außenkämmerer, der Landrichter oder der Fischmeister, ein jeder in seinem Amtsbezirke für sich allein ergehen ließen, ohne die betreffende Vormundschaftssache, weil sie keine besondere Schwierigkeit mit sich brachte, an das Waisengericht zu verweisen.

Für die Regelung von Nachlassen und für Erbteilungen kam es darauf an, ob an diesen nur allein mündige Personen beteiligt waren, oder neben und mit solchen zugleich Unmündige und Minderjährige.

Im ersteren Falle gehörten sie vor den Stadtpräsidenten, in letzterem Falle fielen sie dem Geschäftsbereich des Vizepräsidenten anheim, der sie durch den notarius pupillaris (Waisenschreiber) besorgen ließ und die darin aufgenommenen Verhandlungen bestätigte.²⁾

Daß der Stadtrichter und der Vogt und nicht weniger die in ihren Amtsbezirken eine Jurisdiktion ausübenden Ratsherren Handlungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit stattzugeben und zu vollziehen ermächtigt waren, möchte ich für alle Fälle bejahen, wo die überlieferten Nachrichten nicht ausdrücklich die eine oder die andere ihrer Kognition vorenthalten und andere Beamte oder Behörden allein und ausschließlich zu deren Vornahme für befugt erklären.

Die Richtigkeit dieser Annahme vorausgesetzt, würde dem Rat daneben nur noch das Recht vorbehalten geblieben sein, Beschwerden gegen die Richter bzw. wider die richterliche Funktionen wahrnehmenden Ratsherren wegen der von ihnen verstatteten und bestätigten Handlungen der

¹⁾ Fuchs a. a. O. I S. 294.

²⁾ S. Fuchs a. a. O. I S. 288. 289.

freiwilligen Gerichtsbarkeit oder aber auch, weil sie deren Vornahme verweigerten, entgegenzunehmen und, wenn diese für gegründet erkannt wurden, andere Verfügungen zu treffen.

Die Neustadt Elbing behielt, nachdem sie der Altstadt auf Grund des Privilegs von 1478 angegliedert war, ihr eigenes, freilich aber dem altstädtischen Rate untergeordnetes Gericht.

Aus der Mitte der neustädter Ratsherren, deren es nur noch vier gab, wurde alljährlich einer zum Richter gewählt. Als solcher führte er den Vorsitz und leitete die Verhandlungen im Stadtgericht. Von den drei übrigen Ratsherren waren zwei bestimmt, in der Eigenschaft von Beisitzern an der Beratung und Abstimmung über das zu sprechende Urteil teilzunehmen. Sie wurden daher gleichwie der das Richteramt bekleidende Ratsherr Gerichtsherren genannt.

Die vollständige Besetzung des neustädter Gerichts verlangte außerdem noch die Zuziehung eines Notars. Er mußte Jurist sein und, um als solcher gelten zu können, sich die erforderliche gelehrte und fachwissenschaftliche Bildung angeeignet haben.

Andererseits war es Vorschrift, daß zu Gerichtsherren (Richtern und Beisitzern) nur Ratsherren aus dem Kreise der Laien (Nichtjuristen) gewählt und berufen werden durften.¹⁾

Berufungen gegen die vom neustädter Gericht ausgehenden Erkenntnisse hatten, wie die ihm in der Neustadt überhaupt angewiesene untergeordnete Stellung es mit sich brachte, an den Rat der Altstadt Elbing zu geschehen.²⁾ Der weiteren Berufung von diesem an den lübecker Oberhof machten die Konstitutionen der Lande Preußen vom Jahre 1506 ein Ende.

Wegen der an die Stelle des Rechtszuges nach Lübeck tretenden Berufung an den König von Polen bzw. an das königl.

¹⁾ S. Fuchs a. a. O. I S. 295. 296.

²⁾ S. Fuchs a. a. O. I S. 296.

Gericht in Warschau wurden für die Bürger der Neustadt die gleichen Vorschriften maßgebend wie für die der Altstadt Elbing.

Die erste Teilung Polens vom Jahre 1772 hatte die Einverleibung Elbings und seines Gebietes in den preußischen Staat zur Folge. Nicht sofort, wohl aber ein Jahr danach, hörte die elbingische Gerichtsverfassung zu bestehen auf. Sie wurde abgeschafft durch ein besonderes vom Generaldirektorium in Berlin namens des großen Königs Friedrich II. erlassenes Reglement vom 17. September 1773. Es setzte an Stelle des altstädtischen Rats und des neben ihm bestehenden, wenngleich ihm untergeordneten Rats der Neustadt Elbing einen vereinigten Magistrat, der in vier verschiedene Departements, Polizeimagistrat, Stadt-, Waisen- und Wettgericht zerfiel.¹⁾

Diese Städteordnung, welche an der damals in der Organisation der preußischen Staats- und Kommunalbehörden vorherrschenden Verbindung²⁾ der Verwaltung mit der Justiz festhielt, dauerte fort bis zur Einführung der Städteordnung vom 19. November 1808. Diese wiederum ist ersetzt worden durch die noch gegenwärtig geltende Städteordnung für die sieben (früher sechs) östlichen Provinzen der preußischen Monarchie vom 30. Mai 1853. Der Verbindung aber der Verwaltung mit der Justiz machten, wie im Lande überhaupt, so in Elbing das Publikandum vom 16. Dezember 1808 und die Verordnungen vom 26. Dezember 1808 und vom 27. Oktober 1810 ein Ende.

Mit der Aufhebung seiner vom Mittelalter her übernommenen, in der Zeit der polnischen Herrschaft durch die ihm durch das Hauptprivileg von 1457 zugestandene weitgehende Autonomie ausgebauten und weiter entwickelten Gerichtsverfassung trat gleichzeitig das der Alt- und der

¹⁾ Fuchs a. a. O. I S. 298.

²⁾ S. Ernst v. Meier, Die Reform der Verwaltungs-Organisation unter Stein und Hardenberg S. 11 ff. 40 ff. 70 ff. N. C. C. XII 527, 679 ff., G. S. 1810 S. 3 ff. Ernst v. Meier a. a. O. S. 188 ff. 198 ff. 215 ff.

Neustadt Elbing von dem Hochmeister des Deutschen Ordens verliehene und verbriefte und von neuem durch König Kasimir IV. von Polen 1457 bestätigte lübische Recht außer Kraft.¹⁾

Dem vom Magistrat an allerhöchste Stelle gerichteten Gesuch²⁾, die Stadt Elbing bei dem lübischen Recht fernerhin zu belassen, konnte, wie die für die westpreußische Regierung erlassene Instruktion vom 21. September 1773 Tit. I § 11³⁾ sagt, aus dem Grunde nicht stattgegeben werden, weil dieses „alte Recht zu dunkel und durch so viele Interpretationen der Kommentatoren⁴⁾ in eine solche Ungewißheit gebracht worden sei, daß sehr oft über den Sinn desselben und was eigentlich das Lübecker Recht disponiere, weitläufige Streitigkeiten entstanden“.

Man wird die durch den damaligen, mit der Einrichtung der westpreußischen Justiz beauftragten Großkanzler von Fürst⁵⁾ angeratene und von Friedrich dem Großen gebilligte und bestätigte gesetzgeberische Maßregel der gänzlichen Abschaffung des lübischen Rechts⁶⁾ in Elbing für durchaus gerechtfertigt anzuerkennen haben.

Die in der Instruktion vom 21. September 1773 nam-

¹⁾ S. v. Kamptz, Prov. u. statut. Rechte I § 78 Nr. 21, § 132 Nr. 32.

²⁾ Gestützt wurde dieses Gesuch durch Berufung auf das alsbald nach der Besitznahme des polnischen Preußens (mit Ausschluß von Danzig und Thorn) erlassene Notifikationspatent vom 28. September 1772 (Nov corp const. Boruss. Brandenb. T. V P. I S. 454) und die darin erteilte, nachher in die Instruktion vom 21. September 1773 Tit. I § 3 übernommene Versicherung, der König wolle die Städte Elbing bei ihren wohl hergebrachten Rechten, Privilegien und Begnadigungen erhalten.

³⁾ N. C. C. T. V P. II S. 21. 26.

⁴⁾ Man hat da namentlich an den stralsunder Syndikus David Mevius zu denken.

⁵⁾ S. über ihn den Artikel in der Allgemeinen deutschen Biographie Bd. VIII S. 214.

⁶⁾ An Stelle des lüb. R. wurde durch die Instruktion vom 21. September 1773 in Elbing das verbesserte Landrecht König Friedrich Wilhelms I. vom Jahre 1721 eingeführt. Damit hörte dort zugleich jede fernere Geltung der vom Rat, kraft der ihm durch das Privileg von 1457 bewilligten Autonomie, erlassenen Prozeß- und Wechselordnung, ebenso wie die der älteren Willküren und Gewohnheitsrechte, nicht weniger aber auch die Geltung der von dem Könige von Polen ergangenen Verordnungen auf.

haft gemachten Gründe waren nicht die einzigen, welche sich für diese Maßregel anführen ließen. Es kam noch ein anderer wichtiger Umstand hinzu, welcher dem preußischen Gesetzgeber Ursache und Anlaß geben konnte, sich für gänzliche Abschaffung des lübischen Rechts in Elbing zu entscheiden.

Was galt denn vom lübischen Recht zu jener Zeit noch in Elbing? Sieht man genauer zu, so kamen für die praktische Anwendung wenig mehr denn die das eheliche Güter- und das Erbrecht betreffenden Bestimmungen des lübischen Rechts in Betracht. Von dessen sonstigem Inhalte hatten sich als Trümmer eines verfallenen, einst stattlichen Rechtsgebäudes in der Anwendung nur noch einige wenige Vorschriften erhalten.

Anhang.

Das Pfandbuch der Altstadt Elbing.

Der Ratsherr Gottfried Zamehl, der seine Darstellung des Stadtregiments und der Gerichtsverfassung seiner Vaterstadt im Jahre 1665 abschloß, weiß vom Dasein eines Pfandbuches nichts. Selbst davon, daß um jene Zeit in der Altstadt Elbing die Anlage eines solchen geplant und in Aussicht genommen worden sei, findet sich bei ihm nicht die geringste Andeutung. Ebenso wenig berichtet hiervon Fuchs noch irgendein anderer Schriftsteller neuerer Zeit. Die Kenntnis der Tatsache, daß die Altstadt Elbing ein Pfandbuch besessen hat, verdanke ich der mir in liberalster Weise erlaubten Einsichtnahme in die Ratsakten der ermländischen Stadt Frauenburg, betreffend die Zeit von 1645—1772.

Im II. Bande dieser Ratsakten findet sich S. 406—407 nachstehende beglaubigte Kopie einer vom Gericht der Altstadt Elbing zu Protokoll aufgenommenen und ausgefertigten Urkunde: „Actum coram judicio veteris civitatis Elbing den 16. Juli 1697.

Der E. David Leichert als Machthaber Seel. Antonii Remigii nachgelassene Frau Wittib insinuiret ein abgewichenenes E. Richterl. Ambts¹⁾ erhaltenes Attest de anno 1696 den 31. Juli kraft welches gedachte Frau Remigius mit ihren curatore, dem E. Joann Steinicke verlaublich hat,

¹⁾ Man muß sich erinnern, daß der elbinger Stadtrichter alljährlich neu gewählt wurde und wechselte. An Stelle des 1696 dem Stadtgericht vorgestandenen Richters trat daher im folgenden Jahre 1697 ein anderer Richter.

daß sie zweytausend Gulden anno 1696, den 22. July empfangen und solche mit 6 Procent zu verinteressiren versprochen, weßwegen Sie zu Versicherung der künftigen Bezahlung ihr unbeschwertes Hauß, die sogenannte Englische Kirche verhypotheciert und zugleich nachgegeben, daß solcher Grund in Eb. Gerichts-Pfand-Buch ingrossiret werde. Wenn nun ihre Bitte (dahin gehet), daß solche inscriptio ihren Fortgang gewinnen möge, allst ersuchet Sie gehorsamst, daß die gemelte Hypotheca E. E. Hochw. Thum-Capittel zu gut, als von welchem die Gelder erhoben, inscribiret und copia extradiret werde. E. E. Gericht hatt die Pfandes-Verschreibung gebettenermaßen verstattet, auch copia davon zu extradiren nachgegeben.“

Nach Inhalt der hier eingeschalteten, vor dem Frauenburger Domkapitel am 21. Juli 1696 verlautbarten Schuld- und Verpfändungsveranschreibung bekennt die in Elbing ansässige Frau Anna Maria, Witwe des verstorbenen Doktors der Medizin und elbinger Bürgers Anton Remigius von dem Domherrn Johann Georg Kunigk, als dem Verwalter des geistlichen beneficium corporis Christi der Pfarrkirche zu Frauenburg, 2000 polnische Gulden empfangen zu haben gegen die Verpflichtung, dieses Kapital mit 6% alljährlich zu verzinsen. Zur Sicherung der richtigen Bezahlung von Zinsen und Kapital setzt sie ihr in Elbing belegenes Haus mit Zubehör und zugleich ihr ganzes gegenwärtiges und noch zu erwerbendes bewegliches Gut dem bezeichneten beneficium und dessen gegenwärtigem Verwalter zum Pfande und verpflichtet sich, die von ihr und ihrem Beistande zu unterschreibende und mit ihrem Siegel zu versiehende Urkunde zu den Akten des Gerichts der Stadt Elbing, wo sich die genannten Güter befinden, oder zu den Hypothekenbüchern („sive ad libros hypothecarios“) einzureichen und darin ingrossieren zu lassen. Es folgen die Unterschriften der Schuldnerin Anna Maria Remigius und ihres erbetenen Kurators Johans Steinick sowie des Sekretärs und Notars des frauenburger Domkapitels mit Hinzufügung der von ersteren beiden unterzeichneten Bemerkung, daß sie von Sinn und Bedeutung des vorhergehenden Inhaltes wohl verständigt worden seien.

Die Kopie der im Gericht der Altstadt Elbing über das dort verhandelte am 16. Juli 1697 aufgenommene Urkunde nebst eingeschlossener Abschrift der durch die Witwe Anna Maria Remigius unter Beistande ihres Kurators vor dem frauenburger Domkapitel am 21. Juli 1696 abgegebenen Schuld- und Verpfändungserklärung endet mit dem durch den zuständigen elbinger Sekretär darauf gesetzten Vermerk „Ex actis hypothecariis extradidi“. Erweislich ist hiernach die in der bezeichneten Urkunde des altelbinger Gerichts verfügte Ausfertigung und Ausreichung der Kopie erfolgt. Dahingegen erhellt nicht, wem diese Kopie zugestellt worden, und durch wen sie dem Rat der Stadt Frauenburg zur Aufbewahrung in dessen Akten anvertraut und überreicht worden ist.

Daß in den Jahren 1696/97 in der Altstadt Elbing ein gerichtliches Pfandbuch vorhanden war, stellt die in Abschrift mitgeteilte Urkunde vom 16. Juli 1697 außer Zweifel.

Die Zeit, wann solches angelegt worden ist und die ersten Eintragungen darin stattfanden, kann wegen nicht ausreichenden Quellenmaterials¹⁾ nicht genau angegeben werden. Immerhin mangelt es nicht an Anhaltspunkten, um die Jahre, innerhalb deren die Einführung eines gerichtlichen Pfandbuchs in der Altstadt Elbing geschehen ist, zum wenigsten annähernd richtig zu bestimmen. Es handelt sich dabei um eine neue, 1696/1697 erst kürzlich ins Werk gesetzte Einrichtung. Solches beweist der Umstand, daß das frauenburger Domkapitel die verwitwete Frau Anna Maria Remigius in der vor ihm erklärten Schuld- und Pfandverschreibung vom 21. Juli 1696 erklären läßt, sie wolle und werde solche Urkunde zu den Akten des elbinger Stadtgerichts oder zu den Hypothekenbüchern einreichen und darin eintragen lassen. Wäre die Tatsache, daß die Altstadt Elbing ein gerichtliches Pfandbuch besaß, damals bereits allgemein bekannt gewesen, so hätte das frauenburger Domkapitel nicht Anlaß gehabt, sich in der bezeichneten vorsichtigen Weise auszudrücken. Sie zu wählen, erschien nur so lange angebracht, ja geboten, als man Grund haben mochte, in das Vorbringen der Witwe Remigius und ihres Kurators, es sei in der Altstadt Elbing die Einrichtung eines Pfandbuches geschaffen und es würde von seiten des dortigen Stadtgerichts Eintragungen von Hypotheken in dieses stattgegeben, Zweifel zu setzen.

Das Bedürfnis für den Zweck der Eintragung von Hypotheken, welche an Grundstücken bestellt wurden, ein Pfand- oder Hypothekenbuch anzulegen und in Gebrauch zu nehmen, konnte sich erst dann einstellen, als der Realkredit in der Form der Hypotheken und ihre Bestellung an Grund und Boden einen größeren Umfang annahm und häufiger Anwendung fand, um schließlich den Rentenkauf ganz zu verdrängen.

Ein Umschwung trat in dieser Beziehung in der Altstadt Elbing erst verhältnismäßig spät ein. Findet sich doch, wie wir uns erinnern²⁾,

¹⁾ Die ersten und ältesten Bände des altelbinger Pfandbuchs sind anscheinend verloren gegangen. Trotz aller Nachforschung ist es nicht gelungen, zu ermitteln, ob und wo sie etwa noch vorhanden sind. Sie haben sich weder im Archiv des elbinger Magistrats, noch im Staatsarchiv zu Danzig auffinden lassen. Das letztere bewahrt nur die Bände des elbinger Pfand- oder Hypothekenbuchs auf, welche der Zeit von 1721--1772 entstammen. Sie verdanken ihre Erhaltung vermutlich dem Umstande, daß sie als Unterlage für die nach 1772 einzurichtende preuß. Hypothekenverfassung und namentlich später nach Emanation der Hypothekenordnung von 1783 als Unterlage für die nach dieser anzulegenden neuen Hypothekenbücher dienen mochten.

²⁾ S. oben S.121 Note 3. In Lübeck verdrängte das verzinsliche Darlehen, das gegen hypothekarische Sicherheit an Grundstückseigentümer bewilligt wurde, den Rentenkauf im Verlaufe des XVII. Jahrhunderts. Rehme a. a. O. S. 80. In Frauenburg trat die beregte Veränderung im Realkredit anscheinend noch später ein. Frauenb.

in dem bis in die ersten Dezennien des XVIII. Jahrhunderts fortgeführten Erbbuch von 1417 nur eine einzige Hypothek eingetragen neben den sonst darin aus Rentenkäufen herrührenden Belastungen von Grundstücken.

Ich komme so zu dem Ergebnis, daß das altelbinger Pfandbuch aller Wahrscheinlichkeit nach gegen Ausgang des letzten Jahrzehnts des XVII. Jahrhunderts, keinesfalls aber vor 1665 als dem Jahre, in welchem der Ratsherr Gottfried Zamehl seine Schrift über das Stadtrecht und die Gerichtsverfassung Elbings verfaßte, eingerichtet und zur Eintragung von Hypotheken benutzt worden ist.

Welche juristische Bedeutung aber hatte nun die von Eigentümern der Grundstücke, an welchen diese ihren Gläubigern zu mehrerer Sicherheit der ihnen wider sie zustehenden Darlehns- oder sonstigen Forderungen Hypothek bestellten, bei dem Richter, in dessen Gerichtsbezirk die Güter lagen, nachgesuchte und durch diesen verstattete Pfandverschreibung, und welche Wirkung knüpfte sich insbesondere an die nachfolgende Eintragung der Hypotheken in das Pfandbuch? Daß die Schuld- und Verpfändungserklärung, wenn der Richter, vor dem sie mündlich zu den Akten verlaubar oder dem sie schriftlich eingereicht wurde, der Verpfändung des ihm bezeichneten Grundstücks nachgab und die Eintragung der Hypothek in das gerichtliche Pfandbuch bewilligte, dem Gläubiger den Beweis der Tatsache des Bestehens seiner Forderung an Kapital und Zinsen und der zu deren Sicherheit mit dem Grundstück bestellten Hypothek wesentlich erleichterte, liegt auf der Hand. War er doch, sobald diese in dem Falle eines entstehenden Rechtsstreits bezweifelt und bestritten wurde, in den Stand gesetzt, sich auf den öffentlichen Glauben zu berufen und zu stützen, der dem Gerichtsakte und nicht weniger, sondern womöglich noch mehr, der von einem durch Rat

Ratsakten I S. 25: „Act. vor dem bürgermeisterl. Amt 5. Juni 1655. Es erscheint im Beistande ihres Kurators die Katharina nachgelassene Witwe des Gregor Schmidt und erklärt, sie habe auf ihren im Stadtfelde belegenen $\frac{1}{4}$ Hufen Landes gegen widerkäuflichen Zins 6 für 100 jährlich aufgenommen und empfangen vom Hospital in Frauenburg 150 polnische Gulden. II S. 558: Es erscheinen am 6. Oktober 1694 und erklären zu den Akten der Stadt Frauenburg die Jungfrau Regina Anna Sophia und Matthes, nachgelassene Kinder des Peter Schwarz und der Regina im Beistand des Bürgers Jakob Gastmann vor dem Herrn Johann Georg Kunigk, Domherrn in Frauenburg usw. auf ihren 2 Morgen Acker zu Widerkauf gegen jährlichen Zins sechs Procent 900 Mk. empfangen zu haben“ und vgl. damit andernteils daselbst II S. 262: Am 9. Januar 1738 erscheint Jakob Theklinski und erklärt, daß er von Herrn — Joseph Hugnovin geliehen in censum 5% erhalten habe 200 fl. Zur Hypothek hat Schuldner seine 2 Morgen Acker verschrieben mit der Maßgabe, wenn er mit Bezahlung der Zinsen im Rückstand bleibe, soll Gläubiger befugt sein, die 2 Morgen Acker „cum omni usu-fructu“ in Besitz zu nehmen.

und Gericht mit der Führung des Buchs beauftragten und überwachten Sekretär bewirkten Eintragung der Hypothek beiwohnte.

Schwieriger ist die Beantwortung der Frage: wie gestaltete sich das Verhältnis des Hypothekengläubigers, der eine gerichtlich verlautbarte oder vom Richter genehmigte und bestätigte und in das Pfand- oder Hypothekenbuch eingetragene Schuld- und Pfandverschreibung in Händen hatte und besaß, gegenüber einem oder mehreren anderen Gläubigern, für welche auf demselben Grundstück Renten oder Hypotheken hafteten, ohne in das Pfand- oder Hypothekenbuch eingetragen worden zu sein? Da stellt sich aus den überlieferten Akten heraus, daß der Richter der Pfandverschreibung und Eintragung auf altstädtische elbinger Liegenschaften aufgenommener Hypotheken nicht anders denn mit dem Vorbehalte stattgab, es geschehe solches unbeschadet des Rechts der Stadt wegen des für diese darauf lastenden Erbzinses.¹⁾

Daß dieser Erbzins im Erbbuch von 1417 oder im neu angelegten Pfandbuch für die Stadt verzeichnet sei, wird nicht vorausgesetzt. Der deshalb gemachte Vorbehalt ist ganz allgemein gefaßt. Er schließt so auch einen Zins mit ein, der nirgendwo bisher eingetragen war.

Wichtig für die Beantwortung der aufgeworfenen Frage ist ferner eine andere Tatsache, welche aus einer vier Jahre zuvor ausgestellten altelbinger Urkunde hervorgeht, von der eine beglaubigte Abschrift nach Frauenburg ausgereicht und auf Ersuchen und Antrag des Gläubigers, der sie zugestellt erhalten hatte, den Akten des Frauenburger Rates einverleibt wurde.

In einer zu Elbing am 1. November 1717 von dem Gerichte der Altstadt entgegengenommenen und genehmigten²⁾ Schuld- und Pfand-

¹⁾ S. Liber hypothecarum judicialium de anno 1720. 1721 usque ad ann. 1732 (Staatsarchiv zu Danzig Abt. 309A Nr. 1 p. 15 „anno 1721 die 14. Mai hat E. E. Gericht folgende Pfand-Verschreibung salvo tamen jure civitatis nachgegeben“. Es reiht sich hieran die Schuld- und Pfandverschreibung. Jakob Krause, Krugbesitzer, bekennt am 21. März 1721 in Elbing, er habe vom frauenburger Domkapitel 1000 Floren zu 5% Zinsen dargeliehen erhalten und verpfändet diesem seinen in der Einlage (Enklave) zunächst der Nogat gelegenen Krug mit Zubehör und beantragt in securitatem crediti die Hypothek in das Gerichts-Pfandbuch ingrossieren zu lassen. Auch verpflichtet er sich, das Grundstück Niemandem sonst weiter zu verpfänden. Nebenbei mag hier erwähnt sein, daß der des Schreibens unkundige Komparent seine gewöhnliche Hausmarke $\hat{\lambda}$ unter die zu Protokoll erklärte Pfandverschreibung setzt.

²⁾ S. Frauenburger Ratsakten Bd. II S. 813. 816. Lambert Trebbels verpfändet dem Administrator des wohlloblichen Stifts, Johann Georg Kunigk die ihm eigentümlich gehörige Hälfte des auf dem Markt der Altstadt Elbing gelegenen Gasthauses „Zum schwarzen Adler“ behufs Sicherung eines Darlehns von 600 Gulden und bittet und beantragt, daß die „hypotheca alß von allen und in specie von Unmündigen und

verschreibung wird von der Hypothek, um die es sich handelt, ausdrücklich gesagt, sie sei „von allen und in specie von Unmündigen oder sonst in den Rechten enthaltenen privilegierten Schulden quit und frey“. Diese vom Schuldner dem Gläubiger und dem instrumentierenden Richter gegenüber ausgesprochene Versicherung hat nur Sinn und Zweck bei der Annahme, daß die von letzterem bewilligte Eintragung der Hypothek im Pfandbuch nicht die Bedeutung noch Wirkung hatte, die gesetzlichen Pfandrechte der Unmündigen und Minderjährigen und sonstigen in den Rechten, d. h. in den römischen Rechtsquellen anerkannten gesetzlichen oder privilegierten Pfandrechte auszuschließen. Die dem Pfandschuldner abverlangte oder vielleicht auch aus freien Stücken von ihm erklärte Versicherung, das den Gegenstand der Hypothek bildende Grundstück sei frei und unbeschwert von Hypotheken, deren Entstehung sich allein in einem Rechtssatz (Gesetz) gründete, wäre ja ohnedem gegenstandslos und überflüssig gewesen. Hätte es ja dann eben keine anderen, denn die im Pfandbuch eingetragenen und darum dinglich wirksamen Hypotheken gegeben. Rechtssatz (Gesetz) vermöchte dann wohl den Titel abzugeben, auf Grund dessen die Eintragung stattfand, nicht aber ausgereicht haben, das Hypothekenrecht selbst entstehen zu lassen. Selbst aber darin wird man den Zweck und die rechtliche Bedeutung des Pfandbuchs und der in ihm angenommenen Eintragungen nicht zu erblicken haben, daß dadurch die außergerichtliche Bestellung von Hypotheken an Grundstücken im Wege der vertragsmäßigen Vereinbarung zwischen Schuldner und Gläubiger unmöglich gemacht und ihre Entstehung schlechterdings verhindert und ausgeschlossen worden wäre.

Worin zeigte sich denn nun aber die besondere Wirkung der Eintragung einer gerichtlich verlautbarten und verschriebenen Hypothekenbestellung im Pfand- oder Hypothekenbuche der Altstadt Elbing? Welcher Vorteil knüpfte sich hieran für den Hypothekengläubiger und welche höhere und stärkere Kraft gab sie seiner Forderung in dinglicher Hinsicht?

Sie äußerte sich meines Erachtens darin, daß sie seiner Hypothek ein Vorrecht gab, nicht zwar gegenüber der gesetzlichen und privilegierten Hypothek, wohl aber im Verhältnis zu allen vertragsmäßig bestellten, im Pfand- oder Hypothekenbuch nicht eingetragenen Hypotheken.

Ein argumentum e contrario ist hierfür dem in einigen Urkunden

sonst in den Rechten privilegierten Schulden quit und frey und mit der ausdrücklichen renunciatio gemelte diese hypothec keinem weiter zu verpfänden, auch diese Pfandverschreibung keinem andern zukommen zu lassen in Eines Wohlloblichen Ehrbar Gerichts- Pfandbuch ingrossiret werde“. Vgl. ferner die im danziger Staatsarchiv aufbewahrte Abt. 309A Nr. 19 S. 8—10 verzeichnete Urkunde vom 14. Mai 1721 „hatt E. E. Gericht folgende Pfand-Verschreibung salvo jure civitatis et minorennium nachgegeben“.

begegnenden Vorbehalte zu entnehmen. Die richterliche Genehmigung der Schuld- und Pfandverschreibungen und die daraufhin bewirkte Eintragung in das Pfand- oder Hypothekenbuch erfolgte unbeschadet der den Minderjährigen an demselben Grundstück zustehenden gesetzlichen Hypothek.¹⁾ Hieraus wird man schließen dürfen, die in das Pfand- oder Hypothekenbuch eingetragenen Hypotheken hatten zwar hinter die gesetzlichen und privilegierten Hypotheken zurückzutreten, einerlei ob letztere vor oder nach der zu bewirkenden Eintragung der gerichtlichen Schuld- und Pfandverschreibungen entstanden. Dahingegen sollten sie allen älteren, an demselben Grundstück durch Vertrag bestellten Hypotheken vorgehen.

Denn ließ auch die Eintragung der Hypothek die an dem betreffenden Grundstück kraft gesetzlicher Vorschrift entstandenen oderspäter erst noch entstehenden Hypotheken unberührt, so ergab sich daraus doch andererseits für die Beurteilung des Verhältnisses der eingetragenen Hypotheken zu andern als gesetzlichen und privilegierten Hypotheken, daß die Eintragung nicht zwar das Dasein nicht eingetragener, am selben Grundstück bestellter Hypotheken, dahingegen allerdings deren Rang und Sicherheit berührte und zu mindern und zu beeinträchtigen vermochte.

Dieses aus den gerichtlich genehmigten Schuld- und Pfandverschreibungen und deren Eintragung in das Pfand- oder Hypothekenbuch der Altstadt Elbing abstrahierte Hypothekenrecht stimmt im wesentlichen überein mit dem im Landrecht des Herzogtums Preußen vom Jahre 1620 und dessen beiden späteren Redaktionen, dem kurfürstlich brandenburgischen revidierten Landrecht vom Jahre 1685 und dem verbesserten Landrecht des Königs Friedrich Wilhelm I. vom Jahre 1721 gesetzlich geregelten Hypothekenrecht, soweit dieses Grundstücke betrifft.²⁾

¹⁾ S. die S. 131 Note 2 angeführten Urkunden.

²⁾ S. LR. 1620 B. IV Tit. V art. 5 § 1 „setzen, ordnen und wollen wir, daß, welcher seine liegenden Güter, Res soli seiner Schulden halber verpfänden, verhypotheciren oder versetzen will, der mag es thun: doch soll solches anders nicht, denn vor Gericht und unsern Amtsleuten oder Land-Gerichten geschehen, und in den Gerichts- oder Amts-Büchern insinuiret und eingeschrieben werden. Ohne dem soll solche Versetzung, oppignoratio oder hypotheca unkräftig und nichtig seyn.“ Rev. Churfürstl. Brandenb. L. R. 1685 B. IV Tit. V art. 5 § 1; Verb. L. R. 1721 P. I B. IV Tit. V art. 5 § 1 und vgl. damit einerseits L. R. 1620 B. IV Tit. V art. 5 § 4: „Wann auch ein Gläubiger für zwey oder drey Zeugen, oder durch Aufrichtung eines Vertrages, so mit etlicher Hände Siegel bekräftiget, Hypothecam generalem oder speciale constituirn würde, So soll es auch für eine Hypotheca geacht, und allen chirographariis creditoribus vorgezogen werden,“ andererseits aber wiederum daselbst § 5: „Es sollen aber die gerichtlichen Verpfändungen, wenn sie noch vor dem bey einem Schuldner entstehenden concursu geschehen, allen andern Hypothecis, so nicht coram Judice geschehen, fürgehen, ungeachtet, ob die andern

Hält man sich gegenwärtig, daß Elbing 1657 durch den König Johann Kasimir dem Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm von Brandenburg verpfändet wurde und daß die Verpfändung nachher zu einer Besitznahme des elbinger Stadtgebiets durch Friedrich I., König von Preußen, führte, so ist es durchaus wahrscheinlich, daß, als es gegen Ende des XVII. Jahrhunderts zur Einführung eines gerichtlichen Pfandbuchs kam, Ratmannen und Richter der Altstadt Elbing bei den brandenburgisch-preußischen Beamten, mit welchen aus Anlaß des Übergangs des ländlichen Gebietes ihrer Stadt in den preußischen Pfandbesitz sich gegenseitige Beziehungen anknüpften, über die preußische Hypothekengesetzgebung Erkundigungen einzogen und sich von diesen insonderheit darüber unterrichten ließen, welche besondere rechtliche Bedeutung und Wirkung man den in die Gerichtsbücher insinuierten und eingeschriebenen Hypotheken¹⁾ zuschrieb und beilegte. —

Sehen wir jetzt zum Schluß noch, in welcher Weise die Einrichtung des Pfandbuchs, nachdem sie ins Leben gerufen war, der Gerichtsverfassung der Altstadt Elbing eingeordnet und angegliedert ward. Namentlich erheben sich da die Fragen: welche Stellung nahm der mit der Führung des Pfandbuchs betraute Sekretär ein, wem war er untergeordnet, und welche Richter bzw. Jurisdiktion ausübende Ratsherren waren befugt, ihm Weisungen und Befehle wegen Eintragung von Hypotheken zu erteilen?

In den ältesten elbinger Aktenstücken, von welchen uns beglaubigte, nach Frauenburg ausgereichte und in die dortigen Ratsakten aufgenommene Kopien vorliegen, geschieht des elbinger gerichtlichen Pfandbuchs im Zusammenhang mit Verhandlungen Erwähnung, die sich vor dem altstädtischen Stadtgericht abspielten. Es könnte danach scheinen, als sei das Pfandbuch zunächst eine allein für den engeren Bereich der Altstadt berechnete und bestimmte Einrichtung gewesen, von der man anfänglich nur Gebrauch machte bezüglich der Eintragung von Hypotheken an Häusern, die innerhalb der Ringmauern Altelbings belegen waren. Doch ist es wohl nur ein unglücklicher Zufall, daß über die ersten Eintragungen von Hypotheken keine anderen Nachrichten auf unsere Zeit gekommen sind, denn allein solche, welche Häuser des engeren Bereiches der Altstadt betreffen.

Als gegen Ausgang des XVII. Jahrhunderts die eingetretene Änderung in der Form und Art des auf unbewegliche Güter bewilligten Realkredits die Anlegung eines Pfandbuchs notwendig oder doch wünschenswert machte, mußte sich das Bedürfnis, von dem in dem einen Gerichtsbezirk der Stadt vorhandenen Pfandbuch in anderen Bezirken ebenfalls Gebrauch zu machen, mehr und mehr fühlbar machen. Jedenfalls hörte, wenn sie überhaupt jemals vorher bestanden hatte, die beschränkende Maßgabe der Bestimmung des Pfandbuchs auf Eintragungen

der Zeit halber älter wären“; Rev. L. R. 1685 B. IV Tit. V art. 5 §§ 1. 4. Verbess. L. R. 1721 P. II B. IV Tit. 5 §§ 1. 4.

¹⁾ S. vorige Note.

von Hypotheken an Häusern des Stadtgerichtsbezirks im XVIII. Jahrhundert auf. In einem Aktenstück vom 14. Mai 1721 wird von dem nicht näher, sondern nur generell als das Ehrbare oder Wohllobliche bezeichneten Gericht gesagt, daß, nachdem es die vor ihm erklärte Pfandverschreibung als zu Recht geschehen anerkannt hat, es der Eintragung der bestellten Hypothek in das Pfandbuch stattgibt.¹⁾ Welches Gericht aber ist hier gemeint? Da das verpfändete Gut ein in der Einlage (Enklave) zunächst dem Nogatstrom belegenes Kruggrundstück ist, kann als zuständiges Gericht in fraglichem Falle kein anderes in Frage kommen als das Gericht, dem der das Amt des Außenkämmerers bekleidende und zugleich richterliche Funktionen ausübende Ratsherr vorstand.²⁾

Verhältnismäßig spät tauchen in dem heute dem danziger Staatsarchiv angehörenden Bänden des altelbinger Pfandbuchs oder Hypothekenbuchs, wie man es später nannte³⁾, Eintragungen von Schuld- und Pfandverschreibungen (Obligationen) auf, die mit Genehmigung des Vogtgerichts oder des Landgerichts geschahen.⁴⁾

Eine erst allmählich vor sich gegangene Erweiterung des vom Pfandbuch gemachten Gebrauchs über den Bereich der örtlichen Zuständigkeit des Stadtgerichts ist aus diesen Aktenstücken nicht abzunehmen. Es kann für den sie enthaltenden letzten Band davon um so weniger die Rede sein, weil schon weit früher, im Jahre 1721, Eintragungen von Hypotheken nachgegeben wurden, die in der Niederung und zunächst der Nogat befindliche Grundstücke betrafen und mit Bewilligung und auf Weisung des Außenkämmerers hier vorgenommen wurden, dessen örtliche Zuständigkeit sich bis dorthin erstreckte.

Wenn wirklich die Einrichtung des Pfandbuchs anfänglich auf das Stadtgericht und seinen Bezirk beschränkt gewesen wäre, so würde, als man daran dachte, auch die Bürger und Einwohner anderer Gerichts-

¹⁾ S. das oben S. 131 Note 2 angeführte Aktenstück.

²⁾ S. oben S. 131 Note 1.

³⁾ Der die Eintragungen aus der Zeit von 1720/21—1742 einschließende Band führt die Bezeichnung „*Liber hypothecarum judicialium*“, der letzte, aus der Zeit von 1762—1772 stammende Band zeigt die Aufschrift „*Liber hypothecarum publicarum*“.

⁴⁾ Danziger Staatsarchiv Abt. 305 A Nr. 5 S. 1 ff.: „anno 1767 die 9 mens. Januar. Mit Genehmigung E. E. Vogt-Gerichts sind folgende Obligationen zu ingrossiren nachgegeben worden“ 1. Schuld- und Pfandverschreibung des Andres Preuß und seiner Ehefrau Christine Preuß geb. Mundt (und deren erbetenen Beistands J. C. Preuß) vom 1. Dezember 1767, 2. des Martin Weidam und seiner Ehefrau vom 1. Januar 1767. Dasselbst S. 344, 1769 23. Februar „mit Genehmigung E. E. Vogt-Gerichts sind folgende Obligationen ingrossiret“ (folgen zwei Schuld- und Pfandverschreibungen). Dasselbst S. 477 anno 1770 die 6. Februar „mit Genehmigung E. E. Landgerichts ist folgende Obligation ingrossiret“ (es folgt der Wortlaut der Schuld- und Pfandverschreibung).

bezirke daran teilnehmen zu lassen, in erster Linie wohl der Bezirk der städtischen Freiheit und des ihm vorgesetzten Vogts hierfür in Betracht gezogen und berücksichtigt worden sein, nicht aber der weit von der Mitte der Stadt entfernte Amtsbezirk des Außenkämmerers.

War das gerichtliche Pfand- oder Hypothekenbuch von vornherein dazu geschaffen, den Zwecken und dem Nutzen der Bürger und Einwohner der sämtlichen Teile und Gerichtsbezirke der Altstadt Elbing zu dienen, oder erhielt es doch bald diese allgemeine Bestimmung, so mußte es sich als notwendig herausstellen, daß der Rat den mit der Führung des Buches zu beauftragenden Sekretär ernannte und es übernahm, dessen amtliche Tätigkeit zu beaufsichtigen und zu überwachen.

Damit vertrug es sich indes sehr wohl, daß dieser Beamte an die ihm von den Richtern wegen Eintragung der vor Gericht geschehenen oder richterlich genehmigten und bestätigten Schuld- und Pfandverschreibungen erteilten Weisungen gebunden und verpflichtet war, diesen nachzukommen.

Mußte er doch gewärtig sein, daß, wenn der Richter Beschwerde erhob, der Rat disziplinarisch wider ihn einschritt und ihn zwang, verweigerte oder versäumte Eintragungen vorzunehmen und der Weisung oder dem Befehl, der ihm zugegangen war, zu gehorchen.

Nichts verlautet vom Dasein eines Pfand- oder Hypothekenbuchs in der Neustadt Elbing. Weder in den Bänden des altstädtischen Pfand- oder Hypothekenbuchs, welche sich im danziger Staatsarchiv befinden, noch in den frauenburger Ratsakten habe ich, aller angewandten Mühe ungeachtet, eine Notiz zu entdecken vermocht, die auf Vornahme der Eintragung von Hypotheken, welche auf neustädter Grundstücken lasteten, hätte schließen lassen. Ich möchte daher vermuten, daß man sich in der Neustadt Elbing mit der Verlautbarung der Schuld- und Pfandverschreibungen vor dem Gericht und zu dessen Akten begnügte, um den so bestellten Hypotheken eine verstärkte Sicherheit zu verschaffen. Man mochte es hierbei bewenden lassen, weil man die mit der Anlage und Führung eines Pfandbuchs verknüpften Kosten aufzuwenden scheute. Zu einer Vereinbarung aber zwischen dem neustädter und dem altstädter Rat, die dahin gerichtet gewesen wäre, dem neustädter Gericht die Mitbenutzung des altstädter Pfand- oder Hypothekenbuchs zu gestatten und zu ermöglichen, ist es anscheinend nicht gekommen.